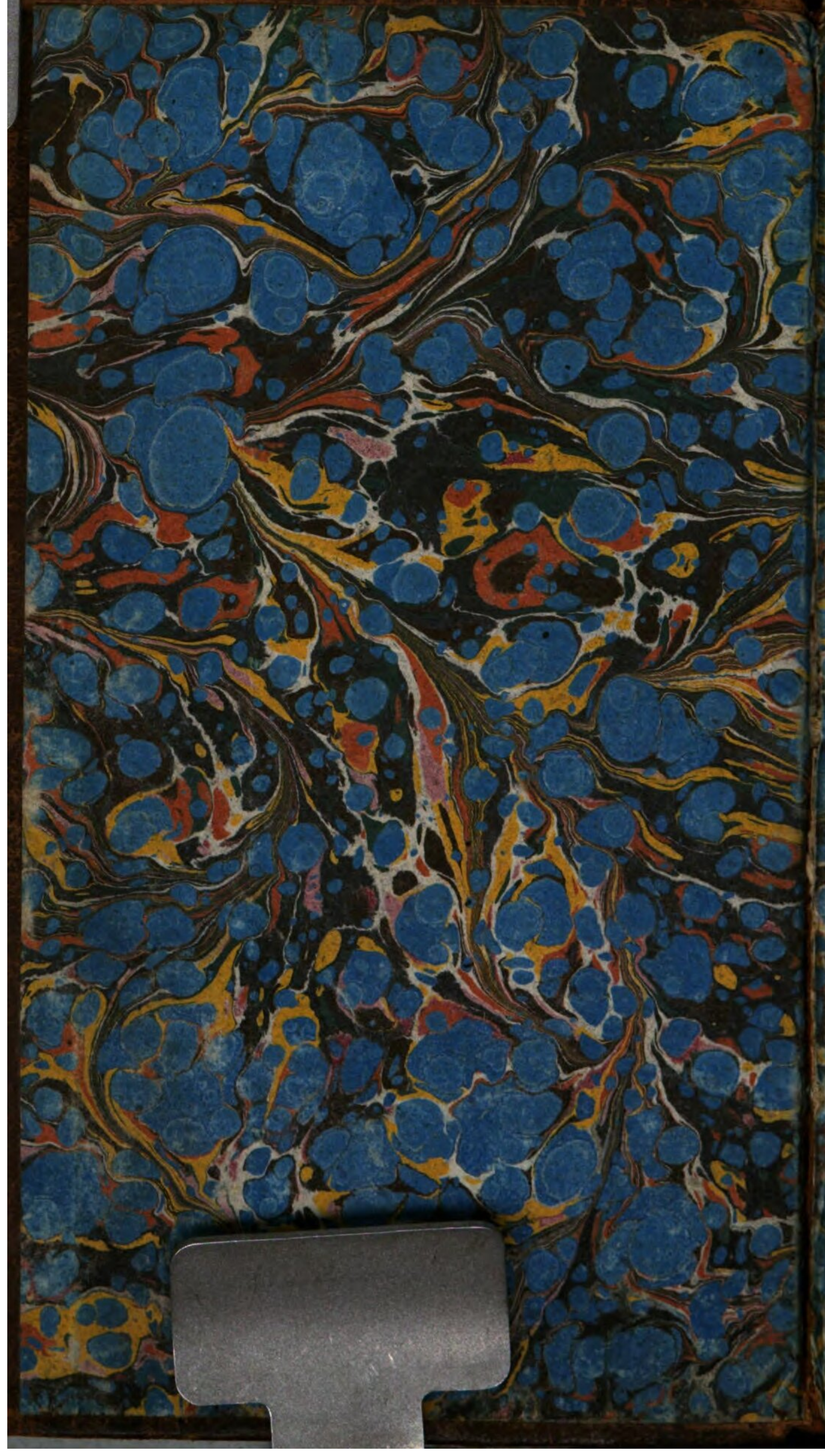






<36606327730013



<36606327730013

Bayer. Staatsbibliothek

nur dieses 1 Bändchen!

PH. 1626. a.

Ph. Ar. 456. - 1

Feuerbach

R

F

200

35

I. Buch - Kern der Oberherrn
I. Kap. Ueber den Gegenstand
des "Ueber die Errichtung,
Beseitigung und Bestimmung einiger
4. "Ueber Regent der wege
des zweifelhafte
nicht gewungen
des B. des B. und Vorkindern
Recht zur Wider
des B. des B. Beweis, dass
tatsache, wenn er
V. Prüfung der wichtigsten
8. Fortsetzung des Vorherge
des B. des B. Regent, in der
nach, dass solche Rechte
mit Recht gewun
des B. des B. einige Abgrenzung gege
des B. des B. steht
des B. des B. Ueber die Art des recht
in Allgemeinen.
+++++

D i s p o s i t i o n.

=====

- I. Buch - Kann der Oberherr
1. Kap. Ueber den Gegenstand
2. " Ueber die Errichtung,
3. " Bestimmung einiger zu
4. " Der Regent darf wegen
Zweckwidrigkeit d
nicht gezwungen w
5. " Druck und Verminderung
Recht zur Widerse
6. " Direkter Beweis, dass
dürfe, wenn er de
7. Prüfung der wichtigsten
8. Fortsetzung des Vorherge
9. Der Regent, insofern er
solche die Rechte
mit Recht gezwung
10. Einige Argumente gege
stehlichkeit des
11. Ueber die Art des recht
im Allgemeinen.

+++++

gezwungen werden?

1. dieser Schrift.

den Begriff und Zweck des Staats.

dieser Untersuchung wichtiger

Lehrbegriffe.

der Zwecklosigkeit oder

der Mittel zum Staatszwecke

werden.

g der Glückseligkeit geben kein

etzung.

der Oberherr gezwungen werden

en Unterwerfungsvertrag verletzt.

Gegenargumente.

ehenden.

bloße Privatperson ist und als

der Untertanen kränkt, kann

gen werden.

κατ' ἀνθρώπων gegen die Unwider-

Regenten.

lichen Zwangs gegen den Regenten

+++++

Rep. 35



THOMAS HOBBS

Malmesburiensis.

H. Lips sculp.

ANTI-HOBBS

oder

über die Grenzen der höchsten Gewalt
und das Zwangsrecht der Bürger
gegen den Oberherrn,

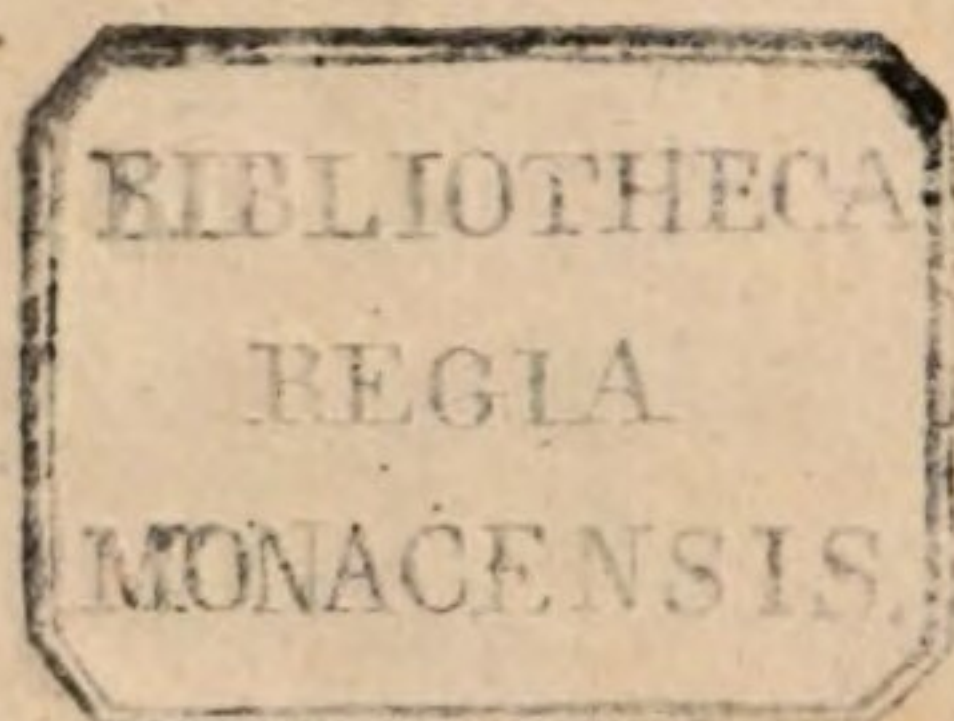
von

D. Paul Johann Anselm Feuerbach

Erstes Bändchen.

Er f u r t

in der Henningsischen Buchhandlung
M DCCXCVIII.



BIBLIOTHECA

REGIA

MONACENSIS

Dem

Herrn Justiz - Rath

D. Gottlieb Hufeland.

Δοσις ολιγητε φιλητα.

Homer. Odyss.

Dem

Herrn Justiz-Rath

D. Gottlieb Hufeland

Δοκιμὴ ὀφθαλμῶν

Hom. Oph.

*V*erschiedenen und gewiss nicht immer lobenswürdigen Absichten, haben die Zuschriften von jeher ihr Daseyn zu verdanken gehabt. Vielleicht aber ist noch nie eine aus einer lauterern Absicht und einer reineren Gesinnung geflossen, als die gegenwärtige. Sie hat das innigste Gefühl der Dankbarkeit und eine unbegrenzte Ergebenheit zu ihrer Quelle. Sie waren einer meiner ersten Lehrer in dem Naturrecht, und Ihnen verdanke ich grösstentheils die Vorliebe, mit der ich diese für das Wohl des Menschengeschlechts und die Bearbeitung des positiven Rechts so

wohlthätige Wissenschaft umfasse.
Sie waren aber auch mein Lehrer in
den wichtigsten Theilen des positiven
Rechts: und der wohlthätige Geist,
den Sie dieser Wissenschaft einhauch-
ten; die Einheit, zu der Sie die zer-
streuten, bisher verworrenen Rechts-
theile vereinigten; die philosophische
Präcision, die Sie den schwankenden
Begriffen; die Gründlichkeit und Wahr-
heit, die Sie den Rechtssätzen ertheil-
ten — diese wohlthätigen Schöpfungen
Ihres Geistes waren es, die mich von
einer, vielleicht nicht ganz ungegrün-
deten Verachtung dieser Wissenschaft

heilten und mir die lebendige Überzeugung abnöthigten, dass auch hier für den denkenden Kopf Befriedigung zu erwarten und zu finden sey.

Ich habe nun mein Leben dieser Wissenschaft geweiht und stehe im Begriff, in ihr als Lehrer aufzutreten. Das wenige, was ich daher auf dieser Laufbahn der Welt oder meinen Zuhörern seyn werde, das habe ich nur Ihnen zu verdanken. — Dass ich dies öffentlich bekenne, kann Ihnen gleichgültig seyn; aber nicht mir, der ich diese und noch so viele andere Ver-

dienste um mich zu tief empfinde, als
dass ich es von mir erhalten könnte,
diese Regungen stillschweigend in mir
zu verschliessen.

Von ganzem Herzen

Ihr

ergebenster

Der Verfasser.

Vorrede.

Es beschäftigt sich diese Schrift mit der Auflösung einer der wichtigsten, aber auch gewifs der schwierigsten Fragen des allgemeinen Staatsrechts. Sie soll dieselbe in ihrem ganzen Umfange beantworten und dadurch, so weit es die Kräfte ihres Verfassers erlauben, ein nicht unwichtiges Bedürfnis einer sehr wohlthätigen und fruchtbaren Wissenschaft befriedigen. — Zwar hat schon der neuerdings erschienene *Antimachiavel* dieses Geschäft unternommen — eine Schrift, die gewifs jeder Freund des Naturrechts, der zugleich die Schwierigkeiten dieser Untersuchungen kennt, nicht ohne

Dank aus den Händen gelegt haben wird. Allein ich bin überzeugt, daß sie bei weitem noch nicht alles erschöpft und ihren Nachfolgern noch gar vieles zu sagen und zu erörtern übrig gelassen hat. Denn 1) beschäftigt sie sich mehr mit Aufzählung der Fälle, in welchen der Oberherr gezwungen werden kann, als mit Auflösung der Präliminarfrage: kann überhaupt der Oberherr gezwungen oder nicht gezwungen werden? Diese Frage verdient aber unstreitig unsre größte Aufmerksamkeit, wenn wir nicht in Gefahr kommen wollen, daß alles, was wir auf eine bejahende oder verneinende Antwort derselben bauen, grundlos und hinfällig ist. 2) In Aufzählung der Fälle selbst, die den Unterthan zum Ungehorsam und Widerstand berechtigen sollen, scheint sie mir nicht den Weg einzuschlagen, der allein für unsre Wissenschaft

fruchbar ist. Dieser Weg ist, wie mir wenigstens dünkt, kein anderer als der, daß wir aus dem Inhalt der bürgerlichen Grundverträge die besondern Berechtigungsgründe eines Zwangsrechts der Untertanen entwickeln. Und diesen hat *Antimachia-vel* entweder gar nicht betreten oder doch nur mit leichtem Fuß berührt. —

Vielleicht macht man mir den Vorwurf, daß ich mir nicht immer gleich geblieben sey, daß ich einige Gegenstände nur obenhin berührt, bei andern mich zu lange verweilt habe. Allein ich glaube mich deswegen rechtfertigen zu können. Es giebt wie in jeder Wissenschaft, so auch in dem Naturrechte, gewisse Behauptungen, die schon bis zum Überfluß erörtert und bewiesen worden sind, und über welche im Ganzen nur eine Stimme ist. Wollte ich diese, wenn sie meinen Gegenstand betrafen, ganz mit Still-

schweigen übergeln, so würde dies nicht bloß dem Zusammenhange und der Vollständigkeit, sondern auch der vollkommenen Einsicht anderer in das was ich behauptete oder nicht behauptete geschadet haben. Wollte ich sie vollständig beweisen und von allen Seiten erörtern, so hätte ich schon oft gesagte Dinge wiederholen und meinen Lesern beschwerlich fallen müssen. Es blieb mir also nichts übrig, als sie (wie z. B. in dem fünften Kapitel geschehen ist) zwar anzuführen und meine Meinung darüber zu sagen; übrigens aber meinen Vorgängern die ausführliche Erörterung und Deduktion zu überlassen. — Dagegen giebt es andere Behauptungen, die besonders von dem Theil der Rechtslehrer, gegen welchen ich schreibe, ganz verkannt, oder mißverstanden worden sind; die als Widersprüche und Unsinn von ihm verworfen und verspot-

tet werden. Hier mußte ich tiefer eindringen und den Gegenstand in mannichfaltiger Rücksicht betrachten, wenn ich nicht den Vorwurf der Einseitigkeit und meine Schrift den der Oberflächlichkeit verdienen sollte.

Was meinen Stil betrifft, so fühle ich es sehr gut, daß er noch weit von dem Ideal des philosophischen Vortrags entfernt ist, welches ich mir gebildet und dem ich so viel, wie möglich, näher zu kommen gesucht habe. Die philosophische Schreibart muß gleich weit von Trockenheit, wie von poetischem Schmuck entfernt seyn. Sie darf daher nicht den Verstand und die Vernunft ausschliesslich beschäftigen, sondern muß auch die Phantasie leicht bewegen und uns ein ruhiges Vergnügen schenken, während wir unsern Verstand belehren. Dies geschieht vorzüglich durch die Verbindung des

Abstrakten mit dem Concreten und durch schickliche Einflechtung von Bildern, welche die Aufmerksamkeit beleben, die Begriffe versinnlichen und das, was der Verstand begriffen hat, in dem Licht der Phanthasie uns zeigen. Aber wir fallen leicht in ein anderes Extrem, indem wir die Trockenheit vermeiden wollen. Es ist nämlich schwer, die Phanthasie bloß in so weit zu beschäftigen, als sie dem Verstand gleichsam in die Hände arbeitet; ihr nicht mehr Stoff zu geben, als gerade nöthig ist, um sie für die Belebung des Allgemeinen in Thätigkeit zu setzen. Der Ungeschickte wird daher leicht in einen Stil gerathen, der zwar in unserm Jahrzehend häufig schön genannt wird, der aber gewiß unter die Kennzeichen des sinkenden Geschmacks gehört. Er wird die Phanthasie nicht selten auf Kosten der Erkenntniß beschäftigen und die Begriffe, statt sie

in ihrer ursprünglichen Gestalt zu zeigen, uns nur durch das gefärbte Glas einer erhitzten Einbildungskraft erblicken lassen. — Das andere Erfoderniß einer ächt philosophischen Sprache ist *Ruhe*. Der Philosoph darf nicht in das Geschäft des Redners eingreifen und durch das Feuer eignen Leidenschaft seine Leser oder Zuhörer in Leidenschaft versetzen wollen. Er erregt dadurch nicht bloß ein gerechtes Mißtrauen gegen die Wahrheit seiner Sätze, sondern stört auch die Aufmerksamkeit und Stille des Geistes, welche zur richtigen Auffassung der Begriffe und zur Abwägung der Gründe unumgänglich nothwendig ist. Seine Sätze müssen daher in ungestörter Ordnung an dem Faden der Vernunft fortlaufen und wenn er sie uns in Beziehung auf unser Gefühl oder das Interesse unseres Herzens darstellen will, so muß er dieses nur durch sanfte Gefühle bewe-

gen, nicht durch grelle Bilder der Leidenschaft erschüttern wollen.

Dies sind die Grundzüge meines Ideals. Und je bestimmter ich mir es denke, desto niederschlagender ist mir der Anblick dieser Blätter. Ein Schriftsteller, der sich durch gute und gefällige Schreibart auszeichnen will, muß, nach meiner Überzeugung, zum Theil durch gesellschaftlichen Umgang, diesen lebendigen Wechseltausch der Gedanken gebildet seyn: eine Bedingung, die bei einem Menschen nicht eintreten kann, welcher sich aus verschiedenen Ursachen fast aus der menschlichen Gesellschaft ausgeschlossen hat und der den Umgang so wenig sucht, als er von ihm gesucht wird.

Ich fürchte übrigens gar nicht, daß man mich wegen meiner freimüthigen Äußerungen eines bösen Willens und gefährlicher Absichten beschuldigen wird. Meine einzige Absicht ist zu

belehren und zur weiteren Ausbildung
 einer von meinen Lieblingswissenschaften
 ein kleines, unbedeutendes Schärf-
 lein beizutragen. Ich spreche bloß
 als Gelehrter zu Gelehrten, als Freund
 einer Wissenschaft zu andern Freun-
 den derselben, von denen ich Be-
 lehrung, Berichtigung und Erwei-
 terung meiner Einsichten erwarte.
 Nirgends habe ich die Widersetzlich-
 keit als gutangepriesen, deren Recht-
 mäßigkeit ich behaupten zu können
 glaubte und absichtlich habe ich die-
 ser Schrift eine äußere Form gege-
 ben, durch welche sie den Händen, in
 welche sie sich vielleicht verirren,
 und in denen sie gefährlich genannt
 werden könnte, für immer entzogen
 ist. — Man sieht es überdies auch
 endlich ein, daß die Wahrheit den
 Staaten nie gefährlich sey, und daß
 keine Gewalt sie unterdrücken könne.
Socordiam eorum inridere libet, sagt

Tacitus, qui praesenti potentia credunt exstingui posse etiam sequentis aevi memoriam. Nam contra punitis ingeniis gliscit auctoritas, neque externi reges, aut qui eadem saevitia usi sunt, nisi de decus sibi atque illis gloriam pepererunt. — Dies alles dem bessern Theil des Publicums. Die besoldeten Delatoren verdienen kein Wort eines redlichen Mannes.

Warum ich diese Schrift nicht *Anti-Machiavel*, sondern *Anti-Hobbes* genannt habe, wird dem gelehrten Leser von selbst einleuchten. Machiavel ist nie unser Gegner, wenn wir gegen den unbedingten Gehorsam und über die rechtlichen Grenzen der höchsten Gewalt sprechen. Er ist Politiker und nicht Rechtslehrer und hat in keinem seiner Werke die Frage, welche unserer Untersuchung zum Grunde liegt, auch nur von ferne berührt. Sein *Princeps* hat

keinen Rechtsgegenstand, sondern beantwortet die Frage: wie muß ein Despot verfahren, wenn er consequent seyn will? — Dagegen konnte ich wohl den berühmten *Thomas Hobbes* zu meinem Hauptgegner wählen. Er ist selbst als Rechtslehrer der scharfsinnigste und consequenteste Vertheidiger des Despotismus und des sklavischen Gehorsams.

Als Vorredner zu dieser Schrift hätte ich nun wohl nichts mehr zu sagen, als mich und sie mit ihren etwanigen Tugenden und Gebrechen der philosophischen Welt zu empfehlen. Aber hier finde ich den schicklichsten Ort das Publikum kürzlich mit einem kleinen Unternehmen bekannt zu machen, das schon seit langem zu meinen Lieblingsplanen gehört, und das ich weder zu beginnen noch auch wieder aufzugeben gesonnen bin, ehe ich seine Stimme darüber ver-

nommen habe. Dieses Unternehmen ist ein Commentar zu *Rousseau's Contract social*, eine Schrift, die mehr als irgend eine andere dieser Art einen Commentar verdient und desselben bedürftig ist. Dieser sollte aber, nach meinem Plan, nicht bloß in rechtlicher und politischer Hinsicht *erläutern*; sondern auch, wo es nöthig wäre, *erweitern* und *berichtigen*, und die Ideen des Gesellschaftsvertrags sowohl mit verschiedenen andern Äußerungen Rousseau's, als auch mit den Ideen eines *Hobbes*, *Montesquieu*, *Kant* u. s. w. *vergleichen*. Das Ganze würde ich endlich mit einer Abhandlung über den Geist der Rousseauischen Schriften überhaupt und des Gesellschaftsvertrag insbesondere eröffnen.

Das zweite Bändchen beschäftigt sich mit der Aufzählung und Ausführung der besondern Fälle, in welchen

der Oberherr gezwungen werden darf. Die Materialien dazu liegen völlig bereit, und es wird sobald erscheinen, als mir meine überhäuften Arbeiten anderer Art einige Muse werden verstat- tet haben. Vielleicht folgt noch ein drit- tes Bändchen, in welchem ich die Ar- ten und Grenzen des Zwangsrechts der Unterthanen untersuchen und die psychologische Frage: wie kann eine Insurrection entstehen? so wie das politische Problem: wie kann dem Aufstand der Unterthanen vorgebeugt werden? untersuchen will.

Jena, den 12. August

1797.

Der Verfasser.

der Oberflächengruppen werden
Die Materialien dazu liegen be-
reit, und es wird sobald erschaffen
als nur meine übrigen Arbeiten
anderer Art eingelegt werden ver-
stehen. Vielleicht wird die Ar-
beit bald in der Hand der Ar-
ten und Grenzen des Verstandes
der Kunstwerke unterworfen und die
psychologische Frage: wie kann eine
Idee in der Natur so wie das
politische Problem: wie kann der
Aufstand der Unterthanen vorgebeugt
werden? untersucht werden.

Am 1. August 1800.
Der Verfasser

A n t i - H o b b e s .

Anti-Hoppe.

Erstes Buch.

*Kann der Oberherr gezwungen
werden?*

Erstes Kapitel.

Über den Gegenstand dieser Schrift.

Thomas Hobbes, Zeitgenosse Cromwells und Karls des Ersten, zeigt sich uns in seinen Schriften als entschiedener Freund des Despotismus und einer durch nichts beschränkten höchsten Gewalt. Der Regent ist ihm alles, und der Bürger nichts; jener hat unbeschränkte

Gewalt zu befehlen, dieser das einzige Verdienst, blindlings zu gehorchen. Das Eigenthum des Bürgers ist das Eigenthum des Regenten: die Rechte des Volks ein Gut des Fürsten, aus dem er machen kann, wozu seine Lust ihn treibt. „Denn Regent seyn heisst nichts weiter, als *Herr* seyn über *Viele*.“ *) Zwar ist das Wohl der Nation eine heilige Pflicht des Regenten, aber diese Pflicht ist eine bloße Pflicht der Güte, und nicht der Gerechtigkeit. **) Für keine seiner Handlungen ist er daher verantwortlich; was er thut, ist unsträflich ***) er unternehme, was er wolle, er kann sein Volk nicht beleidigen †). Er aber wird immer beleidigt, wenn das Volk sich ihm widersetzt,

*) de Cive C. VIII. §. 1.

**) ibid. C. XIII. §. 2.

***) ibid. C. VI. §. 12.

†) de Cive Cap. VII. §. 14.

oder den Gehorsam ihm versagt. Keine Verletzung eines Vertrags, keine noch so empörende Beleidigung der Gerechtigkeit, kann den Unterthan seiner unbedingten Unterwerfung entledigen. Ich muß mich unterwerfen, wenn aus was immer für einer Ursache mir ein Trabant das Todesurtheil bringt: ich muß schweigen und es mit trocknen Augen und ruhigen Armen zusehen, wenn man Vater, Gatten oder Kind an meiner Seite ermordet. Nur das kann ich mit Recht von mir ablehnen, mich selbst oder meinen Vater mit eignen Händen zu ermorden, — weil aus diesem Ungehorsam kein Nachtheil für den Staat entsteht, und der Regent doch Henker hat, die an meiner Statt ihr Amt verrichten können. *)

Mehrere unserer neuern Philosophen erklären sich für diese unbegrenz-

*) de Cive. C. VI. §. 13.

te Gewalt und den ihr gegenüber stehenden unbedingten Gehorsam des britischen Philosophen, und haben theils durch ihren Scharfsinn, theils aber auch durch das Gewicht ihres Namens jener Behauptung eine Sanktion ertheilt, die sie vielleicht nie erhalten haben würde. Sie läugnen zwar geradezu die schreckliche Behauptung, daß der Regent seinem Volke niemals unrecht thun könne, und behaupten sogar, daß er sich nie über angethanes Unrecht beklagen dürfe, wenn er wegen einer von ihm begangenen Kränkung der Rechte seiner Unterthanen, von diesen gezwungen werde. Aber sie behaupten doch zugleich, daß der Unterthan nie *ein Recht* habe, seinem Oberherrn den Gehorsam zu versagen, oder gar, selbst wenn dieser die Grundverträge verletzen sollte, mit Gewalt gegen ihn aufzustehen. Die Publicität ist ihnen die einzige Schutzmauer gegen die Anma-

fsungen einer willkührlichen Gewalt. Unter ihrer Ägide nahe sich der Unterthan bescheiden dem Throne des Regenten — und fordere, nicht Gerechtigkeit, sondern *Gnade*.

Und sollten denn die Behauptungen dieser Männer wirklich gegründet, sollte unbedingter Gehorsam den Unterthanen und eine unbegrenzte über allen Zwang erhabene Gewalt des Regenten von der *Gerechtigkeit* wirklich geboten seyn? Dies sind Fragen, die es wohl werth sind, besonders untersucht und beantwortet zu werden. Sie sind der Gegenstand vorliegender Schrift. Ein jeder wird aber leicht begreifen können, dafs es nicht sowohl ein praktisches, als vielmehr ein theoretisches Interesse ist, das uns zu einem Zweifel an jener Behauptung, und zu einer Untersuchung dieser Frage bewogen hat. Denn das Recht verbiete eine Wi-

dersetzlichkeit des Volks, oder erlaube sie — wir *sollen* immer unserem Regenten gehorchen, und nie ihm widerstehen. Wir haben die Pflicht der Gewissenhaftigkeit, keine That zu begehen, wodurch das Wohl und das Recht der Menschen, wenn auch nur möglicher Weise verletzt werden könnte; wir haben die Pflicht der Dankbarkeit gegen den Regenten und den Staat, der uns bisher die Wohlthat seines Schutzes, und mit diesem so viele, zum Theil unschätzbare Güter verliehen hat; wir haben endlich auch die erhabene Pflicht, dem Beleidiger zu vergeben. — Jene Behauptungen können wir also nicht bezweifeln, um auf das Resultat unsrer Untersuchung, wenn es die entgegengesetzte Behauptung seyn sollte, eine Maxime für unsre Handlungen gründen zu können. — Nur darum ist es uns erlaubt zu zweifeln und zu untersuchen, um unsere Er-

kenntniß zu erweitern und zu berichtigen; und so das schönste und edelste Bedürfnis des menschlichen Geistes, das Bedürfnis nach *Wahrheit* und *Wissenschaft* zu befriedigen.

Zweites Kapitel.

Über die Errichtung, den Begriff und Zweck des Staats.

Ehe wir einen festen Schritt in unsrer Untersuchung wagen können, müssen wir die ersten Principien der Wissenschaft, auf deren Boden wir uns jetzt befinden, festzusetzen suchen. Wir müssen also bis zum Begriff des Staats, seiner Entstehung und seinem Zwecke zurückgehen. — Bei diesem Geschäfte dürfen wir aber weder die Geschichte, noch die Erfahrung um Rath befragen,

so gute Dienste sie uns auch sonst in andern Wissenschaften, oder in den angewandten Theilen unserer Wissenschaft leisten können. Denn wir fragen nach Begriffen, nach denen wir die Erfahrung selbst beurtheilen und meistern wollen: wir fragen nicht: welches der Zweck der Staaten in der Erfahrung *ist*? sondern, welches der Zweck derselben, bei allem nur möglichen Widerspruche der Erfahrung, seyn *soll*. — Eben so wenig dürfen wir uns auf gewisse ppsychologische Data und darauf gegründete menschengeschichtliche Muthmassungen über die Entstehung der Staaten und die Ursachen, welche den Menschen in die bürgerliche Gesellschaft gezogen haben, stützen, um hiernach den Zweck dieser Gesellschaft, ihre Natur, ihre Pflichten und Rechte zu beurtheilen. Denn da bis zu der Entstehung der Staaten keine geschichtlichen Urkunden hinaufreichen, so ist alles, was dar-

über gedacht und gesagt wird, nichts als leere Muthmaßung und schwebende Wahrscheinlichkeit, die uns niemals zur Grundlage eines wissenschaftlichen Gebäudes dienen kann. *) Und

*) Will man etwa zum Behuf der Menschengeschichte (die man wohl noch etwas gründlicher mit solchen psychologischen Muthmaßungen, als mit der Mosaischen Poësie eröffnen kann), will man sage ich, zu diesem Behuf über die erste Entwicklung des Menschengeschlechts und seinen Eintritt in den Staat nachdenken, so muß man sich hüten, die Ursachen der Errichtung von Gesellschaften überhaupt, mit den Gründen der Errichtung eines Staats zu verwechseln. Die *mancherliche Bedürfnisse* des Menschen, zu deren Befriedigung er die Hülfe anderer bedarf, nöthigen ihn, sich in Gesellschaft mit andern zu begeben; die *Furcht* aber und das Verlangen nach Sicherheit der Rechte und des Eigenthums trieben ihn an, *bürgerliche Gesellschaften und Staaten* zu errichten. *Pla-*

wenn auch die Ursachen , welche den Menschen zum Eintritt in die bürgerliche Gesellschaft bewogen haben sollen, noch so klar und unumstößlich erwie-

to hat sich in dieser Rücksicht einen großen Irrthum zu Schulden kommen lassen. Er glaubt uns das Entstehen eines Staats gezeigt zu haben, indem er uns nur das Entstehen einer Gesellschaft gezeigt hat. Γίνεται πολις ὡς ἐγώμαι sagt er (*de Rep. Lib. II. S. 230. ed. Bip.*) ἐπειδὴ τυγχάνει ἡμῶν ἑκάστος οὐκ αὐταρκῆς, ἀλλὰ πολλῶν εὐδείας. — Οὕτω δὴ ἀρα παραλαμβάνων ἄλλος ἄλλον ἐπ' ἄλλου, τὸν δ' ἐπ' ἄλλου χρεία, πολλῶν δεομένοι, πολλοὺς εἰς μίαν οἰκῆσιν ἀγείροντες κοινῶνους τε καὶ βοηθοὺς, ταύτῃ τῇ ζυνοικίᾳ ἐθεμεθεύα πολιν ὀνομα. — — ποιήσει αὐτὴν ἢ ἡμετέρα χρεία. — Daher ist auch sein Begriff vom Staat nur der Begriff einer Gesellschaft, wenn er sagt: Staat ist οἰκῆσις πληθους ἀνθρώπων κοινοῖς δογμασι χρωμένων — πληθος ἀνθρώπων ὑπο νόμον τὸν αὐτὸν οὕτων. —

sen wären, so wüßten wir dadurch weiter nichts als das: die Menschen, welche damals in die bürgerliche Gesellschaft traten, seyen aus dieser oder jener Absicht, um diesen oder jenen Zweck zu erreichen, dazu bewogen worden. Dafs aber diese Absicht die Absicht aller Bürger, der Zweck, den sie in dem Staate zu erreichen suchten, der Zweck aller Staaten seyn solle, dieses, und also gerade das, was wir suchen, muß auf einem ganz andern Wege, nemlich auf dem Wege der reinen Vernunft, gesucht und gefunden werden.

Der Gebrauch der Freiheit eines vernünftigen Wesens darf dem Gebrauche der Freiheit jedes andern vernünftigen Wesens nicht widersprechen.

Solche Mißgriffe sind immer unvermeidlich, sobald wir nach dem empirischen Ursprung den Begriff und Zweck des Staats bestimmen wollen.

Dies ist das letzte Gesetz der Gerechtigkeit, die Grundbedingung der Behauptung unserer vernünftigen Natur in der Welt der Erscheinungen. Durch dieses Gesetz wird die äußere Freiheit unserer Handlungen bestimmt, oder die juridische Möglichkeit aller der Handlungen und Unterlassungen, durch welche eben diese äußere Freiheit anderer nicht beschränkt oder aufgehoben wird.

Die Behauptung der Freiheit ist des Menschen *Pflicht*. Denn diese Freiheit ist die formale Bedingung aller besondern Rechte des Menschen und ihre Ausübung, (die nur in concreten Handlungen und Rechten möglich ist) die Bedingung zur Moralität und zur möglichen Erreichung des höchsten Zwecks. Denn dieser fordert die Freiheit des Menschen, sowohl zur Erfüllung unserer Pflichten, als auch zum Gebrauch aller der Mittel, durch welche wir unsre

Bestimmung erreichen können. Überdies ist die Verletzung der Freiheit eine Entwürdigung unsrer vernünftigen Natur, weil wir dadurch, in die Reihe der bloßen Mittel und Sachen geworfen werden, und der Charakter eines vernünftigen Wesens; Selbstzweck zu seyn, also unsre Menschenwürde beleidigt wird. — Sollte daher die Behauptung der Freiheit nur in einem bestimmten Stande möglich seyn, so ist es Pflicht für den Menschen, diesen Stand zu suchen und zu errichten. *)

Der Mensch ist nicht bloß ein vernünftiges, sondern auch ein sinnliches

*) Ich kann in diesem ganzen Kapitel die ersten Gründe des Staatsrechts nur gleichsam in ihren Umrissen andeuten. Eine weitläufige Auseinandersetzung würde mich zu lange von meinem Hauptgegenstand entfernt halten. Ich erinnere dies ausdrücklich, damit man nicht mehr erwarte, als ich hier leisten kann.

Wesen. Als vernünftiges Wesen will er das Gute, als sinnliches das angenehme und nützliche: als vernünftiges Wesen will er die Freiheit aller, als sinnliches nur seine eigne. Es ist daher gewiß, daß die rechtliche äußere Freiheit aller nicht in einem Zustande gesichert seyn könne, in welchem jeder nur durch eigne Kräfte seine Freiheit zu schützen vermag. Denn da nicht alle an Kräften einander gleich sind, und doch alle die Neigung haben, einander zu schaden, so muß ein jeder gewärtig seyn, daß er von irgend einem Stärkeren beleidigt, in seinen Rechten gekränkt und überwunden werde. — Ein solcher Stand ist aber der Stand der *Natur*, welcher nicht etwa darum mit diesem Namen bezeichnet wird, weil er dem Menschen *natürlicher* und angemessener wäre, sondern weil er dem *künstlichen* und *erfundenen* Zustande des Staats entgegengesetzt

wird *). Wir denken uns demnach unter dem Naturstande, so weit wir seiner zur Begründung des allgemeinen Staatsrechts bedürfen, nichts weiter, als den Stand des Menschen außer dem Staate, mithin als den Stand einer völligen äußern Gesetzlosigkeit, in welchem der Mensch nur zu dem Gehorsam gegen seine ihm von ihm selbst

*) Der scharfsinnige *Pörschke* tadelt es in mehreren Stellen seines pop. Naturrechts, daß man den Ausdruck: Naturstand von dem Stande des Menschen außer der bürgerlichen Gesellschaft brauche. Denn sagt er: der Bürgerstand allein ist Naturstand, weil er allein der Natur des Menschen angemessen ist. *Pörschke* hat vollkommen Recht, wenn Naturstand das, was er meint, bedeuten soll. Allein in diesem Sinne ist, so viel ich weiß, noch von keinem Natur - Rechtslehrer älterer oder neuerer Zeiten das Wort: Naturstand, gebraucht worden. Natur ist hier der Kunst: Naturstand dem Kunstzustand entgegengesetzt.

gegebenen Gesetze der Vernunft und Freiheit verpflichtet ist. Ob er ein wirklicher Krieg aller gegen alle sey *), das brauchen wir hier nicht zu entscheiden, daß er aber ein *Stand* des Krieges aller gegen alle (*status belli omnium*

*) Dieser wirkliche Krieg aller gegen alle ist die Axe, um welche sich alle staatsrechtlichen Philosopheme unsers Hobbes drehen. „*Ad naturalem hominum proclivitatem ad se mutuo lacessendum, quam a affectibus, praesertim vero ab inani sui aestimatione derivant, si addas jam jus omnium in omnia, quo alter jure invadit, alter jure resistit, atque ex quo oriuntur omnium adversus omnes perpetuae suspiciones et studium, et quam difficile sit praecavere hostes parvo numero et apparatu, cum animo nos praevertendi opprimendique invadentes, negari non potest, quin status hominum naturalis antequam in Societatem coiretur, Bellum fuerit; neque hoc simpliciter, sed bellum omnium in omnes.*“ *de Cive C. I. §. 11.*

contra omnes) seyn müsse, das ist durch obiges entschieden. Denn in ihm ist ein jeder sich selbst und seinen Kräften überlassen. Mithin ist niemand vor Attentaten sicher: alle müssen sich also von allen Angriffe gewärtigen, und alle müssen gegen alle gerüstet seyn. — Daher sagt uns die Pflicht: *Exeundum est e statu naturali!* *)

Die praktische Vernunft hätte also der theoretischen das Problem vorgelegt: *einen Stand aufzufinden, in welchem die Freiheit des Menschen gesichert ist*, oder mit andern Worten: *einen Stand der Sicherheit, in welchem*

*) Will man die hier vorgetragenen Sätze mit dem Namen einer *Metapolitik* oder *Propolitik* bezeichnen, so habe ich nichts dagegen einzuwenden. Dafs aber die hier vorgetragene Metapolitik von der bisher gewöhnlichen Art sie zu behandeln verschieden sey, das lehrt der Augenschein.

*der Mensch so frei ist, als er es seiner vernünftigen Natur gemäfs, seyn soll. *)*

Die Verstärkung der Kräfte Einzelner geschieht durch die Vereinigung der Kräfte von Mehreren. Aus dieser Vereinigung entspringt eine Summe von Kräften, welche die Summe der Kräfte jedes Einzelnen überwiegt. Die nächste Bedingung der Existenz eines rechtlichen Zustandes ist daher eine Gesellschaft, deren Glieder sich zur Sicherheit der Freiheit vereinigen, und ihre Kräfte zum Schutze aller wechsel-

*) Es ist dies dem Wesentlichen nach das Problem, welches sich Rousseau in seinem *Contract Social* vorlegt, und welches er so ausdrückt: „*trouver une forme d'association, qui defende et protege de toute la force commune la personne et ces biens de chaque associé, et par laquelle chacun s'unissant à tous n'obéisse pourtant qu'à lui-même et reste aussi libre qu'auparavant? —*

seitig verpflichtet haben. — Jeder in dieser Vereinigung wird zurückgehalten von Beleidigungen durch die Macht, die jedem zu Gebote steht: jeder ist sicher vor Beleidigungen, weil seine individuellen Kräfte durch die gesammten Kräfte des Ganzen verdoppelt sind. So entsteht Sicherheit der Individuen gegen die einzelnen Glieder der Gesellschaft — also die *innere Sicherheit*. Auf eben diese Weise entsteht *äußere Sicherheit*, der Schutz der Freiheit gegen die, welche nicht Glieder der Vereinigung sind. Denn jeder Einzelne wird durch die Kräfte Aller, Alle werden durch die vereinigten Kräfte der Einzelnen gesichert.

Eine solche Gesellschaft, in welcher Alle gegen Alle sich ihre Freiheit verbürgen, heißt eine *bürgerliche Gesellschaft*; ein Glied derselben *Bürger* *).

*) *Bürger* (citoyen) darf nicht mit *Bürger* (bourgeois, burgensis, burgarius) ver-

Die rechtliche Art ihrer Entstehung ist der *bürgerliche Vertrag* (*pactum unionis civilis*), und dasjenige, was mittelbar oder unmittelbar in demselben enthalten ist, der *allgemeine Wille* (*volonté general*). Das *Wohl* der *Gesellschaft* besteht in der Erreichung ihres Zwecks.

Durch diesen Vertrag ist nun eine ganz neue Ordnung der Dinge, sind neue Verhältnisse, neue Rechte und neue Verbindlichkeiten begründet. Der Mensch ist nun nicht mehr bloß Mensch,

wechselt werden. Unser fürtrefflicher *Garve* glaubt (in s. Versuchen über verschiedene Gegenstände aus der Moral, der Litteratur und dem ges. Leben S. 302.), daß das Wort Bürger sowohl das bourgeois als citoyen begreife. Wenn dies auch wirklich nach dem gewöhnlichen Redebrauch ist, so glaube ich doch, daß wir in den Worten: Bürger und Burger, zwei Worte vor zwei sehr von einander verschiedene Begriffe haben.

sondern Bürger; er hat nun nicht mehr bloß die Rechte und Verbindlichkeiten des Menschen, sondern auch die Rechte und Verbindlichkeiten des Bürgers. Seine Kräfte, sein Eigenthum, seine Rechte gehören nicht mehr ihm allein, sondern dem Ganzen vereinigter Kräfte an. Denn da Alle Allen ihre Freiheit verbürgt haben, so sind Alle Allen verpflichtet, alle ihre Kräfte zu Erfüllung dieser ihrer Bürgschaft zu verwenden, und alles das zu thun, wodurch die Forderung des allgemeinen Willens (*volonté general*), welcher die Freiheit, als Zweck der Gesellschaft will, vollständig befriedigt werden könne. Für die bürgerliche Gesellschaft ist daher durch den Vereinigungsvertrag das Recht begründet, zur Erreichung des Gesellschaftszwecks die Beschränkung oder Aufhebung der in der Freiheit aller einzelnen enthaltenen möglichen Handlungen und darauf zustehenden Rechte

zu fordern, und (weil jenes Recht ein vollkommenes Recht ist, dem eine vollkommene Verbindlichkeit entspricht,) alle Einzelnen zur Erfüllung dieses ihres Versprechens durch die Gesellschaftsgewalt zu zwingen. — Allein nicht bloß zu dem, was *unmittelbar* zu dem Zwecke der Gesellschaft dient, sind die Bürger verpflichtet, sondern auch zu dem, was *mittelbar*, in wie ferne die Existenz der Gesellschaft dadurch erhalten wird, den Zweck derselben befördert oder möglich macht. Denn dadurch, daß der allgemeine Wille auf den Zweck der Gesellschaft gerichtet ist, erstreckt er sich auch zugleich auf das unbedingt nothwendige Mittel zur Erreichung des Zwecks, nemlich auf die Existenz der bürgerlichen Vereinigung selbst. Denn wer einen Zweck will, der will zugleich, ohne etwas neues zu wollen, das sich auf ihn beziehende nothwendige Mittel. Zweck

und Mittel verhalten sich zu einander, wie das Prädikat zu einem Subjekte, in dessen Begriff schon das Prädikat enthalten ist.

Wir haben also nun in der bürgerlichen Gesellschaft eine Anstalt zur möglichen Sicherheit gefunden. Allein noch ist unsre Aufgabe nicht in ihrem ganzen Umfange gelöst. Dennoch ist diese Anstalt nicht von der Beschaffenheit, daß der rechtliche Zustand seine völlige Existenz durch sie erhalten könnte. Zwar haben sich alle zum Zwecke der Gesellschaft verbunden: es sind die Kräfte Aller zur Sicherung wechselseitiger Freiheit durch die Vernunft vereinigt. Allein es ist noch keine rechtlich - constituirte *Macht* vorhanden, welche die verpflichteten Kräfte zum Zwecke der Gesellschaft leiten, und dem Wohl derselben gemäß bestimmen könnte. Jeder Einzelne ist noch der Interpret seines Bürgervertrags, jeder

bestimmt noch für sich, was er für das Wohl der Gesellschaft, zu thun oder zu unterlassen habe. Aus dieser Ursache ist kein einstimmiger Wille Aller (*volonté de tous*), keine Einheit der Kräfte, keine Harmonie in der Thätigkeit der Gesellschaftsglieder, mithin keine Erreichung des Zwecks unsrer Gesellschaft möglich. *)

Οὐκ ἀγαθόν πολυκοιρανίη· εἰς κοίρανός ἐσσι.

Es muß ein organisirender Wille vorhanden seyn, wenn der Zweck der

*) Durch den Contract Social, sagt Schlötzter (in s. allg. Staatsrecht §. 15.) „machen sie ein pactum unionis virium, noch nicht voluntatum. — Das Recht, die Verwendung seiner Kräfte mit andern und für andere selbst zu bestimmen, behält jeder sich vor: Unabhängigkeit, Freiheit, und Gleichheit, bleiben also, wie vorhin. (§. 20.) — Aber wie wird sich eine zahlreiche verfeinerte Gemeinde bei der unumschränkten ἀρχή eines jeden Mitglieds halten? Gesellschaft ge-

Bürgerverträge erreicht werden soll — ein Wille, der ein Interpret des Gesellschaftsvertrags ist, der den Privatwil-

nirt schon an sich. Auch indem sie mehr Berührungspunkte macht, vermehrt sie die Anlässe von Hader und Zank. — Menschen bleiben überall Menschen: einige werden aus Einfalt, andere aus Bosheit und Eigennutz dem Bürgerbunde entgegenhandeln. Auch unter aufgeklärten oder gutartigen Menschen, wird bei der Verschiedenheit menschlicher Einsichten (*quot capita, tot sensus*), Uneinigkeit unvermeidlich seyn. Kein Richter ist da, der entscheiden, der fort-dauernden Gehorsam gegen die einmal genommenen Verabredungen erzwingen, der Übertretung strafen darf. Wird dadurch die Gesellschaft nicht völlig aufgelöst, und sinkt also wieder in den öden Familienstand zurück; so wird doch das wenigste von dem Guten, das der Familienverein möglich macht, erreicht werden.“ — Diese Worte sind der beste Commentar zu dem, was ich hier gedrängt gesagt habe.

len der Gesellschaftsglieder zum Wohl des Ganzen bestimmt. Einem solchen Willen müssen sich Alle unterwerfen, welches durch den *Unterwerfungsvertrag* (*pactum subjectionis*) geschieht. Die Bürger ertheilen durch denselben einer Person das Recht, den Willen aller Individuen zum gemeinschaftlichen Zweck der bürgerlichen Gesellschaft zu leiten, und constituiren auf diese Weise einen Willen, *dessen besondere Entschlüsse als gemeinschaftliche Entschlüsse aller Bürger anerkannt werden sollen*, und der mithin, weil er den allgemeinen Willen zur Ausführung und Wirksamkeit zu bringen hat, das *Organ* des allgemeinen Willens ist. Ein solches Organ des allgemeinen Willens, (welches, wenn es in dem Gesammtwillen aller Bürger sich befindet, die Gesellschaft zur *Demokratie* *), und

*) In diesem Falle ist Pluralität der Stimmen, oder sonst ein anderes Medium

wenn es sich in einer physischen Person oder in einem Corpus von Optimaten befindet, zur *Monarchie*, oder zur *Aristokratie* macht) heißt *Regent*, *Oberherr*. *) Diejenigen, deren Privatwillen der Regent zu bestimmen hat, sind die *Unterthanen* (*subditi*).

Der Regent hat demnach die Rechte der Gesellschaft auszuüben, und den Willen der Unterthanen gemäß dem Staatszwecke zu bestimmen. Diese Regierungsrechte können nach der Art, wie sie sich äußern, in vier Klassen, welches Einheit der Willensbestimmungen bewirkt, der Oberherr.

*) Ich nehme beide Ausdrücke hier in weiterer Bedeutung, und unterscheide sie nicht weiter, weil ich für diese Schrift keine Unterscheidung derselben zu bedürfen glaubte. Ein System des allgemeinen Staatsrechts, darf sich aber einen synonymen Gebrauch dieser Worte nicht zu Schulden kommen lassen.

gebracht werden, in das *Recht der Oberaufsicht*, (*jus supremæ inspectionis*), das *Recht zu verfügen* (*jus legislationis s. potestas legislativa*), das *Recht, die Unterthanen zu richten*, (*potestas judiciaria*), und das *Recht, alles, was er nach den drei vorhergehenden Rechten bestimmt hat, zu exequiren* (*potestas executoria*) *) denn da der Re-

*) Dies ist meiner geringen Einsicht nach die einzige wahre Eintheilung der Staatsgewalten. Gewöhnlich führt man nur drei Regierungsrechte auf, nemlich 1) die oberaufsehende, 2) die gesetzgebende, 3) die ausübende Gewalt. Allein damit können wir nicht ausreichen, und müssen uns gar wunderlich drehen und wenden, wenn wir die Richtigkeit und Vollständigkeit dieser Eintheilung in der Anwendung rechtfertigen wollen. Unter welches Hoheitsrecht, um nur Eins anzuführen, wollen wir denn das oberherrliche Recht der Jurisdiction subsumiren? Unter das Recht der Ausübung, wie es

gent den allgemeinen Willen zu realisiren, mithin die Mittel zum Zweck der Gesellschaft zu wählen hat, so muß er das Recht haben, sich von allen dem zu unterrichten, dessen Erkenntniß die Erreichung des Staatszwecks möglich macht. Da ihm das Geschäft ob-

Schmalz gethan hat? — Aber es sind doch wohl zwei ganz specifisch verschiedene Akte der höchsten Gewalt, einen bestimmten Fall unter ein vorliegendes Gesetz subsumiren, und das, was vermöge dieser Subsumtion entschieden ist, durch die Gesellschaftsgewalt exequiren. *Hufeland* hat in seinen Lehrsätzen des Naturrechts u. a. §. die Eintheilung in vier Regierungsrechte zuerst dem Publicum vorgelegt. Ich selbst bin unabhängig von den Äußerungen dieses verdienstvollen Mannes, von der Nothwendigkeit einer solchen vierfachen Eintheilung überzeugt worden. Hr. *Heydenreich* hat in seinem Staatsrechte diese Hufelandische Eintheilung angenommen, ohne seinen Vorgänger zu nennen.

liegt, den Willen der Unterthanen zum Gesellschaftszwecke zu bestimmen, so muß ihm das Recht zustehen, (durch Anstalten, Gesetze, Befehle) zu bestimmen, was von dem Bürger seiner Verpflichtung gemäß geschehen soll. Da er verpflichtet ist, die wechselseitigen Rechte der Unterthanen gegen die Unterthanen zu schützen, so muß er berechtigt seyn, die streitigen Rechte derselben zu untersuchen und darüber zu entscheiden. Weil endlich die Ausübung dessen, was von der höchsten Gewalt bestimmt worden, die letzte Bedingung der Wirksamkeit derselben, und der wirklichen Erreichung des gesellschaftlichen Zweckes ist, so muß ihm das Recht zukommen, alles, was er verfügt oder bestimmt hat, zu exequiren.

Der Regent ist *Repräsentant* der Gesellschaft: denn sein oberherrlicher Wille ist der Wille aller. Er ist *erster*

Diener des Staats: *) denn er ist der erste Beförderer des Gesellschaftszwecks. Er ist *inappellabel*: denn er ist höchster Richter im Staat. Er ist *unverantwortlich*: (*αυτοπευθυτος*) denn das Volk hat sich dem Organ des allgemeinen Willens unbedingt unterworfen. Er ist als Regent *unwiderstehlich*: denn er hat die höchste Gewalt im Staate. Er kann nicht *gerichtet* werden: denn er selbst ist der höchste Richter. Es kann Niemand *neben* ihm und Niemand *über* ihm seyn: denn nur Ein Wille kann organisirender Wille seyn.

Durch den Regenten erhält also die Gesellschaft Leben, der Privatwille Harmonie, und die Vereinigung ist ihrer Vollendung nahe. Aber noch nicht

*) Über diese zum Nachtheile der höchsten Gewalt so oft mißbrauchte Phrase s. Hegemeister in seinen Zusätzen zu Schnauberts *Diss. de Principe legibus suis obligato*. Zusatz 3.

ist sie das ganz, was sie seyn muß, um ihren Zweck mit der möglichsten Vollkommenheit erreichen zu können. Zwar ist ein Organ vorhanden: aber noch ist nicht die Art der Wirksamkeit dieses Organs bestimmt: es ist noch nicht bestimmt, *wie* und auf welche Weise sich der allgemeine Wille durch sein Organ erklären soll. Diese Art der Wirksamkeit des Organs erhält ihr Daseyn durch den *Verfassungsvertrag* (*pactum ordinationis civilis*), durch welchen sich einer Seits das Volk, anderer Seits das Volk und der Regent über die Einrichtung und Verfassung der Gesellschaft vereinigen. Die Gesetze, welche die Verfassung bestimmen, heißen die (positiven) *Grundgesetze* (*leges fundamentales*): der Inbegriff derselben die *Constitution*.

Durch den Vertrag der Unterwerfung und Verfassung wird die bürgerliche Gesellschaft zum *Staate*, das heißt,

zu einer *organisirten bürgerlichen Gesellschaft* *), mithin zu einer Anstalt, in welcher der gesuchte rechtliche Zustand, die vollkommene Sicherung wechselseitiger Freiheit vorhanden ist.

Und so hätte die theoretische Vernunft in der Idee eines Staats die Aufgabe der praktischen gelöst.

„Wie? wird man hier einwenden, der Mensch im Staate wäre also wirklich so frei, wie er es seiner Natur nach

*) Diese wenigen Worte, die freilich den bestimmten Begriff von einer bürgerlichen Gesellschaft voraussetzen, enthalten die nothwendigen Merkmale eines *Staats*, und stimmen im Wesentlichen mit den allgemein anerkannten Bestimmungen von einem Staate überein. So sagt *Hufeland* (Lehrsätze des Nat. R. §. 408. u. a.) „Ein *Staat* ist eine Einrichtung (?) einer größern Gesellschaft, vermöge deren die Kräfte der Gesellschaft in allen Fällen zur Ausübung des Zwangs vereinigt werden können.“

wirklich seyn soll? der Bürger, dessen Freiheit durch Anstalten, Gesetze und Befehle des Staats umzäunet ist, der durch Ketten, Gefängnisse und lebendige Maschinen gezüchtigt werden darf, sollte in einem Stande der Freiheit leben?“ Laßt uns ruhig die neue Ordnung der Dinge, welche aus dem Staate hervorgeht, überblicken, um dem Staat und seinem Bürger den ehrwürdigen Rang zuzusichern, der ihm in der That gebührt, und nur von der Unvernunft oder der Bosheit versagt werden kann.

Nur bitte ich, bei dieser Untersuchung ja nicht die wirkliche Welt im Blicke zu haben, und sich aus dem Buche der Geschichte oder der Erfahrung über den Freiheitszustand des Bürgers belehren zu wollen. In der Welt finden wir nur einen matten Widerschein von dem reinen Lichte der Wahrheit und des Rechts, und schöne gleissende

Namen übertünchen uns oft die häßliche Gestalt der Sache. Viele prangen mit dem Namen des Bürgers, die doch nur Knechte heißen sollten: viele tragen das Diadem eines Regenten, die doch nur Herrn und Sklaven unter Sklaven sind: viele Gesellschaften lügen sich Staaten, die doch nur übertünchte Kerker sind, in denen das Kettengerassel zusammengekuppelter Leibeigenen und Sklaven wiederhallt. *) Die Idee des Staats sey unser einziger Führer, das einzige Original zu unserm Gemählde.

Nicht der lebt schon in *dem Stande der Freiheit*, der bloß zur Freiheit berechtigt ist. Der freie Neger, den

*) Ich denke hier, wie es sich wohl von selbst versteht, nur an die Staaten, in denen der orientalische Despotismus haust — an die Herren der Türken, Sinesen, Dahomer u. s. w. u. s. w.

sein Vater an europäische Barbaren verkauft, bleibt vor der Vernunft ein freier Mensch: aber die Gewalt legte ihm Ketten an, und warf ihn in einen *Stand der Sklaverei*. Nur das ist ein Stand der Freiheit, in dem der Mensch wirklich so frei *ist*, als er es seyn *soll*; in dem er das thun *kann*, was er *darf*. Der Bürgerstand allein ist also ein Stand der Freiheit. Denn allein in dem Staate, dessen Zweck kein anderer, als die Realisirung der Idee rechtlicher Freiheit ist, sind die wechselseitigen Rechte und Befugnisse des Menschen durch den Arm der öffentlichen Macht geschützt. In dem Naturstande bin ich frei vor der Vernunft, so gut wie in dem Stande der bürgerlichen Gesellschaft; aber ich bin nicht frei in der That, weil sich die Freiheit nur auf meine eignen Kräfte stützt, und von Niemanden weder verbürgt, noch vertheidigt ist.

Diejenigen, welche dem Naturstande gerne noch etwas voraus lassen möchten, und uns zu erweisen suchen, daß der Bürger darum weniger frey sey, weil seine Freiheit zum Vortheile des Staats beschränkt werden könne, diese müssen in der That die Verhältnisse bürgerlicher Gesetze und Befehle zu dem freien Willen des Menschen, so wie die Verhältnisse des Naturstandes zu der bürgerlichen Gesellschaft nur sehr oberflächlich erwogen haben.

Man denke sich einen Menschen, der sich noch mit andern in dem Stande der Natur befindet, und frage sich, was er wohl thun müsse, wenn ein anderer Sohn der Natur sein *jus in omnia* gegen ihn geltend machen, er aber dagegen Freiheit, Eigenthum oder Leben, nicht so gutwillig zur Beute dahinnen lassen wollte? — Er wird sich vertheidigen, wird sein Gütchen mit Wall und Graben umziehen, oder

Acker und Hütte verlassen, und mit bewaffneter Hand dem Feind entgegengehen. Er handelt hiebei sehr vernünftig, und was thut er anders, als daß er Handlungen unternimmt und unterläßt, um seine Freiheit zu behaupten? Hätte er nicht indessen unter einem Baume oder auf seinem Bärenfelle schlummern, oder, um ihm ein besseres Geschäft zu geben, seinen Acker umpflügen oder auch, (wie das ein gewisser Philosoph als ein unbezweifeltes Factum von dem müßigen Zöglinge der Natur behauptet,) sich hinsetzen und über die nächsten und letzten Ursachen der Dinge philosophiren können? — Alle diese Handlungen unterläßt er, um nicht mit dem Rechte zu pflügen, zu träumen oder zu philosophiren, das Vehikel aller Rechte, Leben und Freiheit zu verlieren. — Eben das thue ich aber als Bürger, wenn ich zum Vortheile des Staats

meine Freiheit und die unendliche Sphäre möglicher erlaubter Handlungen beschränken muß. Denn das Interesse des Staats, für welches ich Rechte hingebe und Handlungen unterlasse, ist nicht etwa das Interesse eines einzelnen Bürgers, oder des Regenten, oder, wie es *Jacobi* *) nennt, ein *geographisches Interesse*: sondern ein Interesse der Bürger, und zwar *Aller*, zu denen ich auch gehöre. **) Indem ich also für das Wohl des Staats Sorge, Sorge ich für das meinige, was ich thue zum Schutz der Freiheit aller, das thue

*) In einer Stelle seiner Schrift: *Etwas, das Lessing gesagt hat.*

**) Die Verordnungen, die sich auf dieses allgemeine Interesse beziehen, sind daher allein *Gesetze*. *Plato* sagt: *de legibus* IV. ταυτας δηπον φαμεν ήμεις νυν ουτ' ειναι πολιτειας, ουτ' ορθους νομους, όσοι μη ξυμπασης της πολεως ενεκα του κοινου ετεθησαν.

ich auch für meine Freiheit, weil ich ein Theil Aller bin, und meine Freiheit durch die Macht des Ganzen gesichert ist. Bedarf dies noch einer Erläuterung, so wähle ich folgendes Beispiel. Der Staat fordert meine Kräfte oder einen Geldbeitrag zur Vertheidigung gegen einen äußern Feind. Er beschränkt dadurch meine Freiheit, über mein Eigenthum und meine Kräfte nach Willkühr zu verfügen. Was geschieht aber hier? Gebe ich Eigenthum und Kräfte umsonst dahin? Gewiss nicht. Ich thue freilich für die Gesellschaft etwas, aber noch mehr für mich selbst. Und sie thut unendlich mehr für mich, als ich für sie gethan habe. Denn wozu werden meine Kräfte verwandt? dazu, daß die Gesellschaft und in ihr auch ich in meinen Rechten gesichert, und vor fremden Attentaten bewahret werde. Dazu stehe ich ihr mit meinen Kräften bei, und dafür er-

halte ich die Kräfte aller zum Gegengeschenk. Mein Kapital wuchert also mit reichlichen Zinsen. Es verhält sich zu diesen, wie Eins zu Millionen.

Wird denn aber nicht meine Freiheit oft wider Willen und gegen meine Neigung zum Vortheile des Staats beschränkt? — Allerdings: oft gegen meine Neigung, aber — nicht gegen meinen Willen. Jeder, der als Glied in die bürgerliche Gesellschaft tritt, will, kraft des allgemeinen Willens, der, (der, wenn er *Bürger* ist, auch in ihm zu finden seyn muß) den rechtlichen Zustand; er will daher auch die Mittel, durch welche er existiren kann, und will, (weil dies die höchste Bedingung der Existenz desselben ist,) die Beschränkung seiner Freiheit. Diese Veräußerung seines vorherigen unbeschränkten Dispositionsrechts über seine Freiheit, ist keine Verletzung derselben. Denn so wie in einem Rechte

die Möglichkeit des Gebrauchs oder des Nichtgebrauchs desselben enthalten ist, so ist in der Freiheit die Möglichkeit ihrer Erweiterung und ihrer Beschränkung enthalten. Wenn nun der Staat zu seinem Vortheile meine Freiheit beschränkt, so thut er nichts weiter, als wozu ich ihn vermöge eines rechtmäßigen Gebrauchs meiner Freiheit berechtigt habe. Was er also thut, das stimmt mit meinem Willen vollkommen überein: alle rechtmäßigen Gesetze, die er mir giebt, sind meine eignen Gesetze, alle Befehle, die er an mich ergehen läßt, sind Befehle, die ich an mich selbst ergehen lasse. *) Allein weil das Bürgerthum

*) *Lex est commune praeceptum, virorum prudentium consultum: delictorum, quae sponte vel ignorantia contrahuntur, coercitio: communis reipublicae sponsio. — L. I. de Legibus, Sen. et longa cons.*

das Menschseyn nicht zernichten kann, so hat der Bürger neben dem öffentlichen Interesse auch noch ein *Privatinteresse*, neben seinem allgemeinen Willen, (welches sein eigentlicher Bürgerwille ist,) auch noch einen *Privatwillen*. Dieser steht oft mit jenem im Widerspruche, und wird dann Privatwille im engsten Sinne genannt. Weil nun aber alle Handlungen der Bürger dem allgemeinen Willen gemäß seyn müssen, wenn nicht der Gesellschaftsvertrag nur eine Formel, die bürgerliche Gesellschaft ein leerer Name seyn soll, denn: το κοινον ζυγει, το τε ιδιον διασπαταις πολεις) *), so muß der Staat das Recht haben, seine Unterthanen zu zwingen, ihr Privatinteresse dem öffentlichen unterzuordnen. und ihre Handlungen dem erklärten allgemeinen Willen gemäß, einzurichten. Aber

*) Plato de legibus

auch dieser Zwang verletzt die Freiheit nicht; denn nicht wider unsern Willen werden wir gezwungen, sondern gemäß unserem Willen: indem wir als Bürger nicht bloß das wollen, wozu der Staat uns zwingt, sondern selbst den Zwang, durch den unser Privatwille dem öffentlichen gemäß werden soll. Ist etwa dieses Zwangsrecht des Staats nicht in unserm Bürgervertrag enthalten?

Aus allem diesen geht die Wahrheit hervor, daß es außer der bürgerlichen Gesellschaft keinen Stand der Freiheit giebt, daß wir nichts durch den Staat verlieren, als die Freiheit, ungestraft zu beleidigen, und daß der Staat den Rang der ehrwürdigsten und heiligsten aller menschlichen Anstalten vor der Vernunft behauptet. *Illi principi et praepotenti Deo, qui omnem hunc mundum regit, nil eorum, quae quidem sunt in terris acceptius, quam*

concilia et coetus hominum jure sociati, qui civitates appellantur *) denn was ist der Mensch ohne Freiheit? was kann er werden, und was ist er geworden ohne sie? — Vollendete Menschheit ist des Menschen Ziel. Und nur in den Armen der Freiheit, unter der Ägide der bürgerlichen Gesellschaft vermag er es, sich diesem Ziele zu nahen. Diese verbürgt ihm seine Freiheit und sein ganzes Menschseyn in ihr. Dafs es ihm daher möglich ist, nach Glückseligkeit zu streben und des erworbenen Glücks zu geniessen; dafs er Ruhe hat, seine Kräfte ungestört zu bilden und zu erhöhen; dafs er durch freie Erfüllung seiner Pflichten immer menschlicher und göttlicher werden kann: das hat er dir, du heiliger Bund der Kräfte und des Willens, das hat er dir und keinem andern zu verdanken!

*) Cic. Somn. Scip. C. 3.

— Redlicher *Hobbes*, hier ergreife ich als Freund deine Hand, und gehe eines Wegs mit dir! — „*Extra statum civitatis, unusquisque libertatem habet integerrimam quidem, sed infructuosam; propterea, quod qui propter libertatem suam omnia agit arbitrio suo, propter libertatem aliorum omnia patitur arbitrio alieno. At civitate constituta, unusquisque civium tantum libertatis sibi retinet, quantum sufficit ad bene et tranquille vivendum, tantum item aliis adimitur, ut non sint metuedi. Extra civitatem unicuique ita jus est ad omnia, ut tamen nulla re frui possit. In civitate vero unusquisque finito jure secure fruitur. Extra civitatem quilibet a quolibet spoliari et occidi potest; in civitate ab uno tantum* *). *Extra civitatem propriis tan-*

*) Versteht sich, nach meiner Theorie, nur innerhalb der Schranken der Gerechtigkeit und des Unterwerfungsvertrags.

*tum viribus protegimur; in civitate omnium. Extra civitatem fructus ab industria nemini certus: in civitate omnibus. Denique extra civitatem imperium affectuum, bellum, metus, paupertas, foeditas, solitudo, barbaries, ignorantia, feritas; in civitate imperium rationis, pax, securitas, divitiae, ornatus, societas, elegantia, scientiae, benevolentia. *)*

D r i t t e s K a p i t e l.

Bestimmung einiger zu dieser Untersuchung gehöriger Lehrbegriffe.

Der Regent, der sein Volk beleidigt, und das Volk, das sich gegen diese Beleidigung schützt, sind der Gegenstand

*) de Cive. C. X. §. 1.

uniserer Untersuchung. Um aber in der Folge desto ungehinderter und sicherer in ihr fortschreiten zu können, wollen wir an ihrer Schwelle bei einigen Vorbegriffen verweilen.

Der Regent, der die Regierung unrechtmäfsig erworben hat, heifst *Usurpator*: der sie unrechtmäfsig verwaltet, *Tyrann*: der in allem, selbst in seinem Privatwillen, unbedingten Gehorsam fordert, *Despot* *). Ein Staat, dessen Regent vermöge der Constitution den blinden Gehorsam fodern kann, ist eine *Despotie*: die Maxime des Regenten, ihn wirklich zu fordern, *Despotismus* **).

*) Von *δεσποτης*, der Herr, weil er seine Unterthanen nur als Sklaven, sich selbst als Herrn derselben betrachtet.

**) *Despotie* und *Despotismus* sind daher himmelweit von einander verschieden. Es kann da *Despotismus* seyn, wo keine

Die Zernichtung der bestehenden positiven Grundgesetze des Staats, sie geschehe gewaltsam, oder gütlich, ist eine *Revolution*; eine bloße Verbesserung oder Veränderung derselben, *Reformation* *). Eine heimliche und widerrechtliche Vereinigung der Unterthanen gegen die Person des Oberherrn

Despotie ist, und *Despotie*, wo kein *Despotismus* ist.

*) *Kant* (in s. met. A. d. R. S. 178.) nennt *Reformation* eine Veränderung der Staatsverfassung, von Seiten des Souverains (des Gesetzgebers). *Revolution* eine Veränderung (?) derselben von Seiten des Volks. — Jene allein hält er für rechtmässig. Nach meiner Überzeugung, die ich in dem ersten Theile dieser Schrift vorlegen werde, ist weder *einseitige* Veränderung oder Umwälzung der alten Verfassung von Seiten des Volks noch von Seiten des Oberherrn rechtmässig. Volk und Oberherr müssen in eine solche Veränderung einwilligen.

heißt eine *Verschwörung* oder *Conspiration*; — eine unrechtmäßige öffentliche Widersetzung des Volks gegen die höchste Gewalt des Staats eine *Rebellion*; — ein unrechtmäßiger Aufstand des Volks, um von dem Regenten durch Gewalt etwas zu erhalten, *Empörung*. — Für einen *rechtmäßigen* Aufstand des Volks habe ich aus Ursachen, die in der Ordnung der Dinge zu suchen sind, keinen besondern Namen auffinden können *). Vielleicht würde er mit dem Worte: *Insurrection* bezeichnet werden dürfen, weil dieser Ausdruck am wenigsten mit gehässigen Nebengriffen begleitet ist. Übrigens äußert sich die rechtmäßige Gewalt

*) *Junius Brutus Celta* giebt uns die wahrste und bedeutendste Ursache an. „*Siquis principi impia jubenti non obtemperat, continuo rebellis, perduellis, majestatis reus habetur.* — *Vind. contr. tyr. Q. 1.*

der Unterthanen, falls eine solche erwiesen werden könnte, auf dieselbe Art, wie die unrechtmäßige, entweder nemlich in rechtmäßiger Behauptung eines unrechtmäßigen Ungehorsams *), oder in einem gewaltthätigen Aufstand zu Behauptung eines sonstigen Rechts.

Viertes Kapitel.

Der Regent darf wegen der Zwecklosigkeit oder Zweckwidrigkeit der Mittel zum Staatszwecke nicht gezwungen werden.

Der Regent ist das Organ des allgemeinen Willens, das heißt, die Per-

*) das heißt wenn der Unterthan berechtigt ist, dem Regenten nicht zu gehor-

son, welche durch die Wahl der Mittel zum Staatszwecke, den allgemeinen Willen realisiren soll. Ohne einen Oberherrn kann, wie gezeigt worden ist, die bürgerliche Gesellschaft ihren Zweck, die Errichtung eines rechtlichen Zustandes, nicht erreichen. Denn ohne Oberherrn ist keine Einstimmung der Gesellschaftskräfte, keine Einheit des Willens möglich. Aus diesem Bedürfnis einer Willenseinheit folgt, daß nur *Einer* Regent seyn könne. *) Wä-

chen, dieser ihn zum Gehorsam zwingen will, und der Unterthan sich mit Gewalt diesem Zwange widersetzt.

*) Aufmerksamen Lesern brauche ich es wohl nicht zu sagen, daß ich hier weit entfernt bin zu behaupten, die *Regentschaft* müsse in *Einer* physischen oder moralischen Person vereinigt seyn. Diese Regentschaft mag immer vertheilt seyn. Der Oberherr hört dadurch nicht auf Ein Oberherr zu seyn. Die Person z. B., welche die gesetzgebende Gewalt in Hän-

ren zwei, oder mehrere, physische oder moralische Personen, die Oberherrn, so müßte wieder ein höherer Wille vorhanden seyn, welcher die Willensbestimmungen dieser verschiedenen Personen zur Einheit bringen könnte, und — dann wäre dieser höhere Wille der Oberherr. — Es folgt aber auch noch das: daß sich das Volk dem Regenten *unbedingt* unterworfen haben müsse. Gesetzt, es hätte ihm nur in so weit Gehorsam versprochen, als es die Wahl seiner Mittel für vernünftig und zweckmäßig anerkennen würde, oder es hätte gewisse Fälle ausgenommen, in welchen der Regent nicht als Organ des allgemeinen Willens betrachtet werden sollte, *) so würde dies einer Seits

den hat, macht mit der, welche das Recht der Aufsicht oder der Ausübung besitzt, in der Idee nur Eine Person, nur Einen Regenten aus.

*) Nemlich in der Wahl der Mittel

dem Begriff des Regenten widersprechen, anderer Seits aber die Erreichung des Gesellschaftszwecks unmöglich machen. Denn es liegt in dem Begriff eines Regenten, daß er alle Mittel zum Gesellschaftszwecke, und zwar als höchster keinem andern untergeordneter Wille, bestimme und ausführe. Und wie möchte denn die Erreichung des Staatszwecks mit einem solchen Regenten bestehen können? Sollte erst das Urtheil der Unterthanen über die Gültigkeit oder Ungültigkeit der auf die Wahl der Mittel gerichteten Willensbestimmungen des Oberherrn entscheiden, so wären die Unterthanen über dem Oberherrn, und es wäre wie-

selbst, ihrer Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit. Ich bitte dieses wohl zu bemerken, und nicht aus dem Blicke zu verlieren, weil man mich sonst leicht eines unverzeihlichen Widerspruchs beschuldigen dürfte.

der kein Wille vorhanden, welcher die geforderte Einheit in den Willensbestimmungen der einzelnen Gesellschaftsglieder bewirken könnte. — Eben dieses muß auch von dem Falle gesagt werden, wenn der Oberherr nur auf gewisse Gegenstände der Regierung beschränkt seyn sollte. Denn in den von der Regierung ausgenommenen Fällen würde sich das Volk in dem reinen Zustande der bloß bürgerlichen Gesellschaft befinden, und mithin vollständige Erreichung des Gesellschaftszwecks schlechterdings unmöglich seyn.

Der Unterwerfungsvertrag ist mithin ein unbedingter Vertrag, das heißt, er überträgt dem Regenten das Recht einer unbedingten völlig gültigen Wahl der Mittel zum Zweck des Staats. Kraft dieses Vertrags sind daher die Unterthanen verbunden, dem Regenten in diesem seinem Geschäfte unbedingt und ohne alle Ausnahme zu gehorchen,

und sie dürfen sich nicht anmaßen, sich in die Geschäfte der Regierung einzumischen, indem sie dem Souverain vorschreiben wollen, was er für das Wohl des Staats verfügen oder unterlassen soll. Wollen sie sich demungeachtet seinen Befehlen und Verfügungen entziehen oder gar mit Gewalt der Waffen sich denselben entgegensetzen, so handeln sie als Beleidiger der höchsten Gewalt, als Rebellen gegen den Unterwerfungsvertrag, und dürfen wie Rebellen gestraft und gezüchtigt werden.

„Wenn aber nun der Fürst etwas verfügt, was durchaus *zwecklos*, oder durchaus *zweckwidrig* ist, mithin entweder gar nicht als Mittel zu dem Staatszwecke betrachtet werden kann, oder die Erreichung desselben ganz oder zum Theil unmöglich macht, dann muß man doch wohl dem Volk das Recht einräumen, sich diesen Verfügungen, sey es nun durch bloßen

Ungehorsam, oder durch thätigen Widerstand zu widersetzen? — Der Fürst hat ja die Verbindlichkeit übernommen, die tauglichsten Mittel zum Zweck des Staats zu wählen. Wählt er nun unvernünftige und thörigte Mittel zu diesem Zwecke, so verletzt er den Unterwerfungsvertrag, und kann von seinem Volke weder Gehorsam, noch Anerkennung seiner Majestät und Unverletzlichkeit verlangen.“

Es könnte in der That das gemeine Beste nicht schlimmer berathen seyn, als wenn auf diese Theorie eine allgemeine Maxime gegründet werden sollte. Denn da Jedermanns Weisheit bald da, bald dort etwas zu bessern und zu befehlen haben würde, so würden wir uns nur allzubald in die traurige Nothwendigkeit versetzt finden, mitten im Staat nach einem Staate suchen zu müssen. Allein, (Dank sey ihnen dafür!) die Regenten sind nur zu gut auf die Be-

hauptung ihrer Rechte bedacht, als
dafs von dieser Theorie, die eben so
gut ein Traum ist, wie viele andere
demokratische Träume, für die Welt
etwas zu besorgen wäre.

Dieser Befehl, diese Einrichtung ist
zweckwidrig oder zwecklos, heifst doch
wohl nichts anders, als: dieser Befehl,
diese Einrichtung, *scheint* uns zweck-
los oder zweckwidrig zu seyn; wir,
die wir darüber urtheilen, wissen kei-
nen Grund aufzufinden, durch den wir
das, was der Regent thut, als vernünf-
tig zu rechtfertigen vermöchten. Und
was berechtigt Euch denn, Euer Urtheil
zum gemeinen Maafsstab alles Ver-
nünftigen zu machen? Was berechtigt
Euch zu schliessen: wo wir keinen
vernünftigen Grund auffinden können,
da ist keiner vorhanden, was uns zweck-
los scheint, ist es wirklich, was uns
zweckwidrig vorkommt, kann wirklich
nicht anders, als zweckwidrig seyn? —

Die Staatskunst ist eine gar große, schwer zu erlernende und schwer auszuübende Kunst. Sie setzt die entschiedensten Talente, verbunden mit den tiefsten und weitumfassendsten Kenntnissen voraus. Sie fordert eine innige Bekanntschaft mit dem Staate, mit seinen Mängeln und seinen Tugenden, seinen innern und seinen äußern Verhältnissen; und eine genaue Kenntniss aller der Mittel, durch welche die Maschine bewegt und zu ihrer Bestimmung geleitet werden kann. Diese letztere Kenntniss aber umfasst nicht bloß eine geläuterte und tiefe Wissenschaft von der menschlichen Natur überhaupt, von ihren Gesetz- und Handlungsweisen; sondern auch eine genaue Bekanntschaft mit *den Menschen*, mit ihren Maximen, Neigungen, Charakteren und Gesinnungen; mit den Triebfedern, durch welche sie gewöhnlich bewegt und in Thätigkeit gesetzt

werden; und endlich ein inniges Studium *der* Menschen insbesondere, die in dem bestimmten zu regierenden Staate leben, ein inniges Studium ihres Geistes, ihres Charakters, ihrer Launen und Vorurtheile, kurz aller der Modifikationen der menschlichen Natur überhaupt, welche die Individualität eines Volks bestimmen. — Zu allen diesen mannichfaltigen, schwer zu erringenden Kenntnissen, rechne man nun den hohen Grad von Scharfsinn, Urtheilskraft und praktischem Verstande, welchen die Anwendung fordert, und hiemit zugleich das Schwankende und Unzuverlässige einer Erfahrungswissenschaft, welche es selbst den Meistern der Kunst unmöglich machen muß, über die Zwecklosigkeit oder Zweckwidrigkeit einer Regierungshandlung immer mit Zuverlässigkeit zu entscheiden; — und es wird, hoffe ich, keines Beweises be-

dürfen, daß es dem Volke unmöglich sey, über das Vernünftige einer Regierung überall etwas vernünftiges zu bestimmen, und auf die erkannte Zwecklosigkeit oder Zweckwidrigkeit ein Zwangsrecht, oder rechtmäßigen Ungehorsam zu gründen.

Aber alles dies bei Seite gesetzt, das Widerrechtliche in dem Betragen eines Volks, das sich wegen der Unzweckmäßigkeit oberherrlicher Verfügungen seinen Unterthanenpflichten entsagt, ergiebt sich aus dem bloßen Begriff und der Natur des Unterwerfungsvertrags. Denn was ist der Oberherr anders, als die höchste Gewalt im Staate, der Wille, dem alles untergeordnet ist — die erste bewegende Feder in der Maschine des Staats? Hat das Volk in was immer für einem Falle, welcher der Regierung angehört, ein bestimmendes und rechtsgültiges Urtheil; so ist nicht der Fürst, sondern das Volk der

Souverain, und die Person, die Krone und Scepter trägt, ist nicht das geringste mehr, als ein Beamter, dessen Wille erst durch die Beurtheilung und Genehmigung seines Obern Kraft und Gültigkeit erhält. Ist also eine Nation einem Oberherrn unterworfen, so darf sie in keinem Falle sich ein zu Recht beständiges Urtheil über einen Akt der Regierung zueignen, und wenn sie durch die augenscheinlichste Gefahr des Staats sich dazu berechtigt glaubte. Das einzige, was ihr die Gerechtigkeit erlaubt, ist, daß sie bescheiden vor den Thron ihres Regenten trete, ihm ihre Besorgnisse entdecke, ihm eines Bessern zu belehren suche — das Uebrige aber seiner eignen Vernunft, seinem eignen guten oder bösen Willen überlasse. Denn sie hat durch den Unterwerfungsvertrag die Regierung unbedingt in seine Hände niedergelegt, und, indem sie ihn zum Oberherrn er-

nannte, erklärt, daß sein Wille der Wille des Staats, der Wille Aller seyn solle. Sie muß daher als gültig anerkennen, was er zum Besten der Gesellschaft thut, oder zu thun glaubt, und wenn *Aristoteles* und *Plato* ihr sagten, daß er den Staat und sie selbst unausbleiblich ins Verderben stürzen werde.

— Wenn wir in die Kenntnisse eines Steuermanns so viel Zutrauen setzten, um uns ihm ganz zu unterwerfen, und ihm zu versprechen, uns seiner Führung ganz hingeben zu wollen: handelten wir gerecht, wenn wir ihm das Steuer aus den Händen rissen und, weil er einen Fehler beginge, uns selbst an's Ruder setzten? Ihr Treulosen! könnte er uns zurufen. Warum übertretet Ihr Euer Versprechen? Ihr übertrugt mir das Recht Euer Schiff zu lenken; Ihr vertraut Euch ganz meiner Führung: Ihr müßt Euch daher gefallen lassen, was ich thue, und dürft

Euch nicht in das Geschäft mischen, das Ihr bloß mir und meinen Kräften übertragen habt. — Dasselbe Verhältniß, das zwischen diesem Steuermanne und der Schiffsgesellschaft statt findet, das findet auch (freilich dasjenige abgerechnet, was bei jedem Gleichnisse abgerechnet werden muß,) zwischen dem Fürsten und den Unterthanen statt. Der Fürst hat nun einmal das Recht, die Steuer des Staats nach seinem Gutbefinden zu lenken. *Wie* er sich seines Rechts bediene, das ist nicht unsre Sache, zu beurtheilen und zu entscheiden. Ist der Fürst unwürdig der Regierung, ist er ein Schwächling, der statt Andere zu leiten, selbst noch der Leitung bedürfte, so laßt uns unsre Thorheit beklagen, die einem Schwächling die Herrschaft anvertraute, oder unsre Unvorsichtigkeit, daß wir nicht seine Macht beschränkt, und durch weise Einrichtung des Staats ihm es

unmöglich gemacht haben, das seinen Händen anvertraute Gut durch Thorheit zu verderben. Aber wir müssen gehorchen, wenn wir nicht unsern Nutzen über die Gerechtigkeit erheben, und einen Vertrag brechen wollen, an den uns Vernunft und Pflicht für immer gebunden hat. Wir haben unbedingten Gehorsam versprochen, und wir müssen ihn leisten; wir haben ohne Vorbehalt unserm Fürsten die Regierung anvertraut, und wir müssen ihm folgen, wohin er uns führt. Wir versprachen ihm: seinen Willen für unsern Willen anzuerkennen, und wir sind Verbrecher, wenn wir die Ordnung umkehren und, dem Vertrag zuwider, unsern Privatwillen zum Willen der Gesellschaft erheben, und statt zu gehorchen, befehlen wollen.

Ille sapit solus, reliqui volitant sicut umbra.

Antimachiavel glaubt anders sprechen zu müssen, und öffnet dadurch der Ausgelassenheit die Schranken, indem er den Despotismus zu zerstören sucht. Er behauptet nemlich, daß dem Unterthan auch in dem Falle ein Zwangsrecht zustehe, wenn der Regent solche Handlungen der Unterthanen gebiete, die *offenbar* mit dem Zweck des Staats in keiner Beziehung stehen. Er führt mehrere Beispiele an, die dies erläutern sollen; z. B. wenn ein Regent befehlen wollte, daß jeder Mittags um 12 Uhr, wo er auch sey, den Huth abnehmen, oder sich mit der rechten Hand an das linke Ohr fassen sollte. — Wenn Antim. ein Zwangsrecht der Unterthanen in den angegebenen Fällen aus dem Grund gerechtfertiget hätte, daß hier der Regent die Freiheit der Bürger zu Privatzwecken (um sich einmal ein Vergnügen zu machen etc.) beschränkte, so würde ich

ihm (abgerechnet, daß von solchen Befehlen allein noch gar nicht auf Privatzwecke geschlossen werden kann,) wohl haben beistimmen können. Denn hierzu konnte der Regent nie ein Recht aus dem Unterwerfungsvertrag erhalten. — Allein dies ist der Grund seiner Behauptung nicht. Er sagt ausdrücklich: „Wenn der Regent seinen Unterthanen etwas eigenwillig befiehlt, wodurch die Freiheit der Unterthanen beschränkt wird, ohne daß irgend ein Staatszweck als der Grund dieser Einschränkung gedacht werden kann, so hat der Unterthan ein Recht, ihm den Gehorsam zu verweigern.“ — Hat denn aber nicht Antim. selbst eingeräumt, daß das Volk kein zu Recht beständiges Urtheil habe, wie die Regierung solle verwaltet werden? Und fällt etwa das Volk dann kein solches Urtheil, wenn es sagt, daß dieser oder jener Befehl mit dem Zweck des Staats in keiner Ver-

bindung stehe? mischt es sich dann nicht in die Verwaltung des Staats, maßst es sich denn nicht Regierungsrechte an? — Dafs der Befehl *offenbar* zwecklos ist, thut nichts zur Sache. Denn der Regent allein hat die Mittel zum Zweck des Staats zu bestimmen, mithin auch allein zu urtheilen, ob diese oder jene Art der Beschränkung der Freiheit *offenbar* oder nicht *offenbar* zwecklos, und darum zu verwerfen oder anzunehmen sey. Und ist es denn auch je so *offenbar*, dafs eine Verordnung durchaus zwecklos sey? meint Ant. nicht, dafs es unter gegebenen Umständen sehr zweckmäfsig und vernünftig seyn könne, wenn ein Regent seinem Volk befiehlt, Mittags um 12 Uhr den Huth abzunehmen, oder sich am linken Ohrläppchen zu zupfen? — Man nehme an, ein Regent sieht, dafs ein benachbarter Staat eine sehr geringe Meinung von der

Stärke seiner Regierung hat, und darum eine gute Gelegenheit zu haben glaubt, einen verheerenden Eroberungskrieg mit Glück unternehmen zu können. Das sieht unser Regent. Er sieht zugleich die Grölse der Gefahr, die seinem Staate droht, und liebt sein Volk zu sehr, als daß er nicht auf Mittel denken sollte, sie von ihm zu entfernen. Aber welches Mittel kann ihm dienen? — Kein anderes, als daß er seinem feindseligen Nachbar durch ein auffallendes Beispiel die Stärke seiner Regierung und die Ergebenheit und Liebe seines Volkes zeigt. Er giebt daher den Befehl: *jeder meiner Unterthanen soll tüglich um 12 Uhr den Huth abnehmen, und sich mit der rechten Hand am linken Ohrläppchen zupfen.*

Fünftes Kapitel.

Druck und Verminderung der Glückseligkeit geben kein Recht zur Widersetzung.

Wenn wir die Geschichte der Empörungen und Revolutionen betrachten, so finden wir, daß sie insgesamt in einem Princip ihren Ursprung hatten, welches am wenigsten unter allen geschickt ist, den Ungehorsam der Unterthanen und die Umkehrung der Staaten zu rechtfertigen. Ich meine das Princip der Glückseligkeit. Attentate gegen ihre vernünftige Natur, Angriffe auf die Rechte der Menschheit, selbst auf die Grundgesetze des Staats, haben die Nationen von jeher ihren Oberherrn bereitwilliger verziehen, als eine Verminderung der Glückseligkeit, oder was immer für einen andern Angriff

auf eine Sache, die mit dieser mächtigen Triebfeder alles unsres Strebens und unsrer Handlungen in einigem Zusammenhange steht. Erhöhung der Steuern oder Zölle, Einführung von Stempeltaxen, Edikte gegen lange Bärte, Einführung aufgeschlagener Hüthe *), das sind so die gewöhnlichen Ursachen, welche die Völker zum Ungehorsam und zur Widersetzlichkeit gegen ihre rechtmässigen Regenten riefen. **) Selbst Philosophen, verführt durch die

*) Aus dieser Ursache rebellirten die Spanier gegen Karl III.

**) Sehr wahr sagt daher Baco von Verulamio: *Quantum ad plebem ab iis raro creatur periculum, nisi habeant Ductores potentes et populares; aut si introduces mutationem in religione; vel in consuetudinibus antiquis; vel in gravaminibus tributorum; vel in aliis, quae victum eorum decurtant. — v. Sermones fideles XIX. de Imperio.*

Stimme des Volks, ertheilten den Unterthanen das Recht, wegen grofser und harter Bedrückungen gegen den Regenten aufzustehen, und ihm den sonst schuldigen Gehorsam zu versagen.

Aber was ist denn der Zweck des bürgerlichen Vereins? In welcher Absicht treten wir in den Staat? — Wir treten in den Staat nicht um der Glückseligkeit, sondern um der Gerechtigkeit willen: nicht, um glücklich und angenehm, sondern um ruhig und frei zu leben. Denn Glückseligkeit kann nie der Zweck einer bürgerlichen Gesellschaft seyn, weil sie nie diesen Zweck erreichen kann. Jeder Mensch hat ja seine *eigne* Glückseligkeit, wie sollte es also dem Staate möglich seyn, jedem einzelnen zu geben, was er verlangt, und das zu lassen, was er gern behalten möchte? Der Regent müfste nothwendig allmächtig und allwissend seyn, oder (wenn wir ihn auch von

der Allwissenheit dispensiren wollten,) — er müßte sich die Mühe nicht verdricksen lassen, Tag und Nacht, von Stadt zu Stadt, von Haus zu Haus zu wandern, um sich nach dem Befinden und den Wünschen seiner Kinder zu erkundigen. — Der Unterthan kann also wohl nicht eine Verminderung seiner Glückseligkeit als Berechtigungsgrund zu Rebellionen oder Empörungen betrachten. Denn Glückseligkeit ist nicht des Bürgers, sondern nur des Menschen Zweck: er kann die Beförderung desselben nicht von dem Staate verlangen, weil sie ihm dieser nicht versprochen hat.

Wenn denn aber nicht Beschränkung der Glückseligkeit überhaupt, sondern nur, wie einige wollen, ein *harter Druck* zur Widersetzlichkeit und zum Ungehorsam berechtigen soll, so entsteht die große Frage: wo denn die Grenze zwischen dem harten und nicht harten Drucke zu finden sey?

Das Angenehme und Unangenehme, die Vermehrung und Verminderung desselben, sind blofs Gegenstände des Gefühls, und nicht des Verstandes oder der Vernunft. Es giebt für sie keine Elle und kein Gewicht — wenigstens jetzt nicht, wo wir noch nicht so glücklich sind, einen Maafsstab für diese Gröfsen gefunden zu haben. Es lassen sich daher nie die Grenzlinien auffinden, die den gelinden von dem harten, den erträglichen von dem unerträglichen Drucke scheiden: es läfst sich also nie, weder im Allgemeinen noch im Besondern bestimmen, wann denn wohl die ungerechte Empörung gegen den Oberherrn aufhöre und wann die gerechte beginne; wann der Unterthan zum Ungehorsam und zur Widersetzlichkeit gegen den Regenten berechtiget sey, und wann er nicht dazu berechtiget sey? Mit dieser Behauptung ist also entweder gar nichts gesagt: oder sie hat *den* Sinn: das

das Volk darf sich dem Oberherrn widersetzen, selbst wenn es nicht gewiß überzeugt ist, daß es ein gegründetes Recht zu dieser Widersetzung habe. — Wehe dann den Staaten und ihren Regenten! wehe dann selbst den Titusen, den Trajanen und Antoninen! — Jeder ihrer Schritte wird der Schritt eines Tyrannen, jede ihrer Handlungen wird von Ungehorsam und Rebellion begleitet seyn! — Oder soll etwa das Gefühl über die Härte des Drucks und die Berechtigung zum Zwange entscheiden? — Aber nicht das Gefühl, sondern die Vernunft hat über Recht und Gerechtigkeit zu entscheiden.

Gesetzt aber auch, es wäre das Unmögliche möglich, es ließe sich die Grenze zwischen der Härte und Gelinde des Druckes bestimmen; es könnte mit der vollkommensten Evidenz gezeigt werden, wann die Verminderung der Glückseligkeit zu einem

Zwange der Unterthanen berechti-
 ge; so steht doch die ausdrückliche Ver-
 pflichtung der Bürger einer aus diesem
 Grunde hergeleiteten Widersetzlichkeit
 entgegen. Die Bürger unterwarfen
 sich dem Regenten und ertheilten ihm
 das Recht, ihre Freiheit zum Vortheile
 des Staats zu beschränken. Durch diese
 Beschränkung suchten sie Gerechtig-
 keit und Freiheit; nicht aber Wohlle-
 ben und Glückseligkeit zu erhalten.
 Wenn nun der Regent sich seiner Re-
 gierungsrechte bedient, wenn er über
 die Freiheit seiner Unterthanen dem
 Wohl des Staats gemäß disponirt, und
 wenn auch dadurch ihre Sinnlichkeit
 noch so sehr gefoltert, ihre Glückse-
 ligkeit noch so sehr beschränkt wird;
 — so handelt er nach der Gerechtigkeit,
 nach dem Vertrage, der zwischen ihm
 und seinen Unterthanen errichtet ist.
 — Er drückt die Unterthanen, aber er
 beleidigt sie nicht; er kränkt die Sinn-

lichkeit, aber nicht das Recht; er ist vielleicht ein Unmensch, aber kein Tyrann, und er kann Gehorsam fordern, wenn er auch auf Ergebenheit und Liebe keinen Anspruch machen darf. — *)

Diese Sätze sind in der That sehr hart und verstossen nicht wenig gegen den Eigenwillen des Menschen. Aber sie sind wahr und gerecht — und vor

*) *Kant* hat daher recht, wenn er sagt: „Man sieht offenbar, was das Princip der Glückseligkeit, (welches eigentlich gar keines bestimmten Principis fähig ist,) auch im Staatsrechte für Böses anrichtet, so wie es solches in der Moral thut, auch bei der besten Meinung, die der Lehrer dabei beabsichtigt. Der Souverain will das Volk nach seinen Begriffen glücklich machen, und wird *Despot*; das Volk will sich den allgemeinen Anspruch auf eigne Glückseligkeit nicht nehmen lassen, und wird *Rebell*.“ — In der Abhandl. über den Gemeinspruch etc.

der Stimme der Gerechtigkeit muß der Mensch sich beugen. Fordert sie Glückseligkeit; wir müssen sie ohne Murren von uns werfen: fordert sie unser Leben; es hat keinen Werth ohne sie.

Οὐ γὰρ τὸ ζῆν περι πλείου ποιηταόν, ἀλλὰ
τὸ εὖ ζῆν. *)

Sechstes Kapitel.

*Direkter Beweis, daß der Oberherr
gezwungen werden dürfe, wenn er den
Unterwerfungsvertrag verletzt.*

Wir haben die Principien festgesetzt,
auf die wir bauen wollen, wir haben
den Begriff des Staats und des Ober-
herrn, die Natur des Bürger- und Un-

*) Plato im Crito. ed. Bip. Tom. I. p. III.

terwerfungsvertrags bestimmt; wir haben auch die Majestät und Heiligkeit des Regenten, in so fern er sich als solchen durch seine Handlungen beweist, gegen die willkührlichen Anmaßungen der Unterthanen gesichert. In so weit also waren wir Freunde unserer Gegner. Aber nun stehen wir auf dem Scheidewege, auf dem wir uns für immer von ihnen trennen müssen. Jetzt nemlich werden wir zu erweisen suchen, daß weder die Person des Oberherrn über allen Zwang erhaben, noch die Nation zu unbedingtem Gehorsam gegen ihn verpflichtet sey.

Bei diesem Beweis aber, (ich bitte dies nicht aus dem Blicke zu verlieren) habe ich mir vorzüglich den Brittischen Philosophen und einige neuere Vertheidiger des unbedingten Gehorsams, die unter der Kantischen Fahne zu fechten glauben, als meine Gegner gedacht. Es ist diese Erinnerung nicht etwa als eine

captatio aurae popularis zu betrachten, und als ein kleinlicher Kunstgriff, durch welchen ich mir den eben nicht sehr schmeichelnden Beifall derer erschleichen wollte, die in einem großen Manne nichts als den Gegenstand eines blinden Staunens finden, und jeden einen tollkühnen Verbrecher nennen, der es wagt, seine eigne Vernunft gegen die Untrüglichkeit des angestaunten Idols zu erheben. Ich erkläre dies, weil ich diese Erklärung der Wahrheit schuldig bin, und ohne sie der Standpunkt leicht verrückt werden könnte, aus welchem diese ganze Untersuchung betrachtet werden muß. — *Kant*, so wiederholt er sich auch gegen eine Widersetzung der Unterthanen erklärt, ist doch weit davon entfernt, eine Unverletzlichkeit des Regenten in dem Sinne in Schutz zu nehmen, in welchem sie die *Hobbes*, *Graswinkel*, *Wandalin*, *Masius* und einige Philosophen

aus seiner Schule in Schutz genommen haben. Die Summe der kantischen Behauptungen (Andere mögen urtheilen, ob ich recht gesehen habe) ist diese: der Unterthan darf keiner der drei Staatsgewalten, diese mögen übrigens (wie es der Gerechtigkeit nach seyn soll) vertheilt, oder auch (wie es eigentlich nicht seyn sollte) in einer physischen oder moralischen Person vereinigt vorhanden seyn, weder positiv, um sie zu etwas durch Zwang zu bewegen, noch auch negativ, *) um durch Zwang eine vermeintliche Beleidigung von sich abzuhalten, widerstehen. Nur hievon redet *Kant* und nur hierauf

*) *Kant* spricht zwar auch von einem Recht des Volks zu einem *negativen Widerstand*. Aber diese Worte haben ihm einen andern Sinn, als welchen wir ihnen beilegen. S. metaphys. Anfangsgründe der Rechtslehre S. 180. 181.

sind seine Argumente berechnet. Er sagt also bei weitem nicht alles das, was die Machiavellisten, Hobbesianer und Graskewinkelianer sagen. Diese behaupten, daß die *Person* des Oberherrn, sie mag übrigens in Ausübung von Privathandlungen, oder in Ausübung von öffentlichen (der Staatsgewalt zustehenden) Rechten begriffen seyn, durchaus als unverletzlich und unwiderstehlich betrachtet werden müsse. Will der Regent eine Jungfrau schänden, oder will er mit eigener Hand, um sich einmal eine Lust zu machen, diesen oder jenen seiner Unterthanen schlachten; so darf, nach dieser menschenfreundlichen Theorie, nichts als Flehen um Gnade, und kaum dies, dem Dolche des Tyrannen entgegengesetzt werden. In *Kant* findet man keinen Vertheidiger dieser Ausdehnung der höchsten Gewalt, oder man muß diesem großen Denker, entweder eine unver-

zeihliche Unbestimmtheit in seinem Begriff von höchster Gewalt, oder eine noch unverzeihlichere μεταβασις εις άλλο γένος schuld geben wollen. — Kant läugnet daher nur dann ein Insurrections-Recht gegen den Regenten, wenn dieser in einer, obgleich ungerechten und den bürgerlichen Grundverträgen widerstreitenden Ausübung einer von den Staatsgewalten begriffen ist; wenn er also als Gesetzgeber ungerechte Gesetze giebt, oder als Richter ungerecht und gesetzwidrig Urtheil spricht, oder als Besitzer der ausübenden Gewalt diese gegen vorhandene Gesetze und Rechte der Bürger mißbraucht. Bloß darauf bezieht sich die scheinbar so schrecklich demüthigende Sentenz des großen Mannes: „der Unterthan kann sich dem Oberhaupt, nicht widersetzen, und wenn dieser sogar den ursprünglichen Vertrag verletzt, und sich dadurch des Rechts Ge-

setzgeber zu seyn, nach dem Urtheile der Unterthanen, verlustig gemacht haben sollte.“ —

In wie ferne ist also dieser Anti-Hobbes auch Anti-Kant? Offenbar nicht in so fern, als er wird erweisen wollen, daß der Regent, als bloße Privatperson, (wenn seine Handlungen gar nicht öffentliche Handlungen sind) nicht unverletzlich sey: denn das Gegentheil hievon ist Kants Behauptung nicht; offenbar auch nicht in so ferne, als Kant behauptet, daß man dem Regenten, als einer öffentlichen wiewohl selbst die Grundverträge verletzenden Person nicht *positiv* zu widerstehen berechtigt sey: denn darin werden Kant und Antihobbes Eines Sinnes seyn. Nur in so ferne wird sich Antihobbes Kant entgegenstellen, als er wird zu erweisen suchen, daß man selbst dem Regenten, als einer öffentlichen Person, die aber die bürgerli-

chen Grundverträge verletzt, *negativ* durch Zwang sich zu widersetzen berechtigt sey.

Wir werden zuerst einen directen, dann einen indirecten Beweis führen: den ersten, indem wir unsere Behauptung geradezu aus Principien erweisen; den letztern, indem wir die Einwürfe der Gegner zu entkräften und zu zerstören suchen werden.

Den wichtigsten Grund gegen die angebliche hobbesisch - kantische Behauptung glauben Einige, *) in der sittlichen Natur des Menschen gefunden zu haben. Das Sittengesetz, sagen sie, ist der höchste Richter unsrer Handlungen und die Befolgung dessel-

*) z. B. *Jacob* in seinem *Antimachiavel*, oder über die Grenzen des bürgerlichen Gehorsams. — Dieser hat aber, scheint mir, auch darin geirrt, daß er Kant mehr behaupten läßt, als er wirklich behauptet hat.

ben in seinem ganzen Umfange das höchste Ziel unsres Daseyns. Wenn nun der Unterwerfungsvertrag schlecht hin unbedingt wäre und es keinen Fall gäbe, in welchem sich der Unterthan den Befehlen des Oberherrn entziehen oder sich mit Gewalt dessen tyrannischen Anmaßungen widersetzen dürfte, so wäre ja die Befolgung des Sittengesetzes dem Ohngefähr und der Willkühr Preis gegeben, und der Wille des Fürsten höher als der Wille der Vernunft. —

Allerdings, dies wäre sehr hart und demüthigend für die Menschheit. Dies machte unsere Tugend und unsere Menschenwürde zu einem Spielball in der Hand der Willkühr und des Schicksals. Wollte der Fürst uns Laster und Greuelthaten gebieten, wollte er uns gebieten, Vater, Mutter, Kinder zu ermorden, und alles, was sonst unserm Herzen nahe, und unsrer Vernunft heilig ist, mit Füßen zu tre-

ten: — wir müßten gehorchen, und auf sein Geheiß an uns selbst, an der Vernunft und an der Menschheit zu Verbrechen werden. — Aber wenn denn das auch wäre (wie es unter Voraussetzung des unbedingten Gehorsams wirklich seyn würde,) was hätten wir weiter damit erwiesen, als daß der Unterwerfungsvertrag ein der Menschheit und der Tugend sehr gefährliches Versprechen in sich enthalte und es daher pflichtwidrig und unklug sey, einen solchen Vertrag zu schließen? Daß aber die Gewalt, welche der Unterwerfungsvertrag dem Oberherrn ertheilt, wirklich keinen unendlichen Umfang habe, daß also der Regent wirklich von den Unterthanen gezwungen oder der Gehorsam ihm versagt werden dürfe, das ist durch diese aus einer unbeschränkten Gewalt gezogene Consequenz auf keinen Fall erwiesen. Es könnte doch wohl das

Loos der Menschheit seyn, daß sie sich durch den Staats-Vertrag aller ihrer Würde und Vernunft entäußerte und gegen die Vorthelle des Staats ihre Persönlichkeit vertauschte. Ein solcher Vertrag wäre an sich den Gesetzen der Gerechtigkeit nicht entgegen. Denn ein jedes Versprechen, es sey übrigens von welchem Inhalt es wolle, es sey moralisch oder unmoralisch, der Menschheit nützlich oder schädlich, ist nach dem äußern Rechte gültig und unumstößlich, wenn nur die Freiheit eines Dritten durch dasselbe nicht beleidigt wird. *) — Jenes Argument des Antimachiavel hat daher noch gar

*) Dies verstößt gar sehr gegen die alte, der Moral und dem positiven römischen Rechte abgeborgte Behauptung, daß ein pflichtwidriger Vertrag ungültig sey. Ich werde die Falschheit dieses eingewurzelten Irrthums bei einer andern Gelegenheit zu erweisen suchen.

kein Gewicht, um die Wagschaale der Vernunft zum Vortheile des blofs bedingten Gehorsams zu neigen. Es ist eigentlich gar kein Argument, sondern nur ein Zeichen — ein Wink, der uns gebietet, mit Vorsicht für eine Behauptung zu sprechen, welche mit der Würde der Menschheit und dem Interesse der Vernunft in einem so empörenden Widerspruche steht. — Der einzig wahre Codex, aus dem wir uns über diesen Theil unsrer Rechte belehren können, sind die Grundverträge der bürgerlichen Gesellschaft selbst, welche so klar und deutlich reden, dafs es nur einer bedächtlichen, durch nichts bestochenen Vernunft bedarf, um sie zu verstehen und ihre Existenz mit den Forderungen der Vernunft und Sittlichkeit zu vereinigen.

Um uns aber vor den sophistischen Schlangenkrümmungen einer gewissen Klasse von Philosophen und politi-

schen Rigoristen zu verwahren, und auch den so leicht möglichen Schein zu vermeiden, als wenn wir die Überzeugung für unsere Behauptung vielmehr hinterlistig zu erschleichen, als durch Wahrheit zu erzwingen suchten, so wollen wir, ehe wir den Beweis selbst antreten, zuerst gleichsam den Plan desselben vorlegen, damit der Leser sich desto leichter zu finden wisse, und es ihm weniger Mühe koste unserer Behauptung entweder beizustimmen, oder sie zu widerlegen. — Wir werden also darthun:

1) dafs der Regent durch den Unterwerfungsvertrag wirklich vollkommene Verbindlichkeiten übernehme,

2) dafs er, wenn er diesen vollkommenen Verbindlichkeiten zuwider handelt, mithin den Unterwerfungsvertrag verletzt, für die bestimmte Handlung, durch welche er diese Verletzung begeht,

aufhöre Regent zu seyn; nicht also der Oberherr, sondern eine Privatperson gezwungen werde, wenn sich das Volk, wegen dieser Verletzung gegen ihn erhebt;

3) Dafs sich keine vollkommene Verbindlichkeit des Volks zum Gehorsam denken lasse, als nur in denjenigen Verfügungen des Regenten, in welchen er nicht dem Unterwerfungsvertrag zuwider handelt.

Der Unterwerfungsvertrag ist ein *zweiseitiger Vertrag*, dafs heisst, ein solcher, bei welchem jeder Paciscent sowohl Versprecher, als Annahmer eines Versprechens ist, und welcher also für beide Partheien, sowohl Rechte, als Verbindlichkeiten begründet. Der Oberherr verspricht: den Staat dem allgemeinen Willen gemäß zu regieren; die Unterthanen versprechen: seinen Gesetzen und Verfügungen zu gehorchen.

Wenn nun jedes acceptirte Versprechen vollkommne Verbindlichkeiten begründet, (wie ich mir denn kein Versprechen, ohne diese Eigenschaft zu denken vermag) und wenn jeder vollkommenen Verbindlichkeit ein Recht zum Zwange entgegensteht (welches das wesentliche Prädikat einer vollkommenen Verbindlichkeit ist): so begründet der Unterwerfungsvertrag 1) vollkommne Verbindlichkeit dem Organ des allgemeinen Willens zu gehorchen, nebst einem vollkommenen Recht auf Seiten des Regenten, seine Unterthanen zu Erfüllung dieses ihres Versprechens zu zwingen; 2) vollkommne Verbindlichkeit für den Regenten dem Unterwerfungsvertrag gemäß zu handeln und vollkommnes Recht für die Unterthanen, ihre Rechte aus diesem Vertrag mit Zwang gegen den Oberherrn zu behaupten. —

Allein damit kann unsere Untersuchung noch nicht geschlossen seyn. Die kühne Vernunft legt uns Zweifel vor, die uns wohl nöthigen können, noch etwas tiefer unsern Gegenstand zu durchdringen, wenn wir nicht den Vorwurf, nur die Oberfläche berührt zu haben, erhalten und verdienen wollen. Es entstehen nemlich die bedeutenden Fragen: 1) verspricht denn wirklich der Regent etwas, wenn die Unterthanen mit ihm den Vertrag der Unterwerfung schliessen? 2) verspricht er denn wirklich das, wovon ich so eben sagte, daß er es versprochen habe?

Ich gehe bei Beantwortung dieser Fragen von folgendem Axiome aus. Es lautet: *in dem Begriff des Oberherrn kann nichts enthalten seyn, was dem Begriff der bürgerlichen Gesellschaft widerspricht, und er kann keine Rechte haben, welche die Natur der*

bürgerlichen Gesellschaft aufheben. Denn die Constituirung des Regenten ist nicht Zweck, sondern nur ein Mittel der Gesellschaft; ein Mittel aber kann dem Zwecke nicht widersprechen.

Der Staat ist, wie ich oben gezeigt habe, eine Gesellschaft, die, was das *Formale* derselben, das heisst, ihren Zweck betrifft, durch die reine Vernunft selbst bestimmt, und nicht etwa, wie es sich wohl bei andern möglichen Gesellschaften findet, aus der blofs zufälligen Willkühr der Personen entsprungen ist. Der Grund der Pflicht, einen Staat zu errichten, oder in einen schon vorhandenen zu treten, ist in der Nothwendigkeit der rechtlichen Freiheit, als einer Bedingung zur Erreichung des letzten Zwecks des Menschen, enthalten. Der durch die Vernunft bestimmte nothwendige Zweck der bürgerlichen Gesellschaft, ist daher Freiheit, der *Endzweck* derselben

Sittlichkeit. Gemäfs diesem Zwecke nun bildet sich die Vernunft die Idee eines bürgerlichen Vertrags, — eine Idee, die um des nothwendigen, durch reine Vernunft selbst bestimmten Zwecks der Gesellschaft willen, eine (praktisch) nothwendige und reale Idee ist, welcher widersprechend keine Gesellschaft als bürgerliche Gesellschaft, kein Staat als Staat, kein Gesetz als Gesetz, keine Einrichtung oder Verfügung als gültig und gerecht gedacht werden kann. Schon daraus folgt unwidersprechlich, daß der Unterwerfungsvertrag nichts weiter, als die Constituirung eines Organs für den allgemeinen Willen enthalten könne. Aber es wird dies noch klärer und gewisser, wenn man bedenkt, daß der Unterwerfungsvertrag den Bürgervertrag voraussetzt, auf diesen gegründet und bloß allein zur Realisirung desselben von den Bürgern geschlossen wird. Ein Volk, gedacht

als ein Inbegriff von *Bürgern*, unterwirft sich einem Regenten nicht etwa um des Regenten willen, sondern um eines andern willen, nämlich des Zwecks der Gesellschaft, der ohne ein gemeinschaftliches Organ des Bürgerwillens, unmöglich in seinem ganzen Umfange erreicht werden kann. Es muß also der Unterwerfungsvertrag durch den Bürgervertrag *bedingt* seyn, so, daß er nichts enthalten kann, was diesem widerspricht und durch ihn in dem Regenten nur eine Person constituirt wird, deren Wille den allgemeinen Bürgerwillen, welcher in dem Vereinigungsvertrag erklärt worden ist, zu realisiren hat. — Man nehme an, der Unterwerfungsvertrag enthielte eine unbeschränkte Unterwerfung unter den Willen des Oberherrn, dieser wäre also eine Person, in welcher der ganze Umfang der Willkühr gemeinschaftlicher Wille aller seyn sollte, so hätten wir in

dem Oberherrn eine Person, deren Existenz geradezu dem allgemeinen Willen und der Natur der bürgerlichen Gesellschaft widersprechen würde. Der Entschluß der Bürger, welcher einer solchen Person ihre Existenz ertheilte, würde lauten: *wir wollen die bürgerliche Gesellschaft und wollen zugleich, damit diese Gesellschaft bestehen könne, einer Person das Recht ertheilen, die bürgerliche Gesellschaft und ihren Zweck unmöglich zu machen.* Denn ein Regent, der eine durch nichts beschränkte rechtliche Gewalt besitzt, hat auch, (welches ich wohl nicht zu erweisen brauche) die Gewalt, der bürgerlichen Gesellschaft und ihres Zweckes — Nichtexistenz zu wollen. *)

*) Auf einen solchen unbedingten bürgerlichen Unterwerfungsvertrag paßt ganz genau, was *Rousseau* (*du Contract Soc. L. I. C. IV.*) von den unbedingten Unterwerfungsverträgen überhaupt sagt:

Daraus also, daß der Unterwerfungsvertrag um den Bürgervertrag zu realisiren geschlossen wird, und das Mittel zu einem höhern Zwecke, (welches der Oberherr dem Staate ist,) diesem Zwecke nicht widersprechen darf; daraus folgt unmittelbar, daß *höchste Gewalt* im Staate nichts weiter seyn könne, denn *das unbedingte Recht, als Organ des allgemeinen Willens zu handeln*; und *Regent* seyn, keine andere

c'est une convention vaine et contradictoire, de stipuler d'une part une autorité absolue et de l'autre une obbéissance sans bornes. N'est-il pas clair qu'on n'est engagé à rien envers celui, dont on a droit de tout exiger, et cette seule condition sans équivalent, sans échange n'entraîne-t-elle pas la nullité de l'acte? Car quel droit mon esclave aurait-il contre moi, puisque tout ce qu'il a m'appartient, et que son droit étant le mien, ce droit de moi contre moi-même est un mot, qui n'a aucun sens?

Bedeutung habe, als die: sich in einem rechtlich - begründeten Besitz dieser höchsten Gewalt befinden. Der Unterwerfungsvertrag lautet demnach etwa so: *wir wollen deinen Willen als das Organ des allgemeinen Willens anerkennen; oder (weil der allgemeine Wille in der Idee des Bürgervertrags enthalten ist:) du erhältst von uns das Recht, die Idee des Bürgervertrags durch deinen Willen zur Wirklichkeit zu bringen.*

Bei *Hobbes* dürfen wir keinen der hier vorgetragenen Begriffe und Bestimmungen suchen. Er bleibt überall seiner Maxime: alle Ansprüche der Bürger an den Oberherrn zu zernichten, getreu. Ihm ist *höchste und schlechthin unbedingte Gewalt* nur eine und dieselbe Sache. Er glaubt, dafs es evidente und nicht zu bestreitende Wahrheit sey: *in civitate esse summum in aliquo imperium, quo majus ab hominibus conferri non potest, sive*

*quo majus nemo mortalium habere potest in se ipsum. *)* An einem andern Orte **) erklärt er sich noch bestimmter, indem er sagt: *manifestum est, esse in omni civitate perfecta aliquem hominem unum, vel concilium, si-ve curiam unam, quae potentiam in singulos cives jure habet tantam, quantam extra civitatem unusquisque habet in se ipsum: id est, summam sive absolutam, viribus civitatis neque ulla alia re limitandam. — ***)*

*) *de Cive C. VI. §. 13.*

**) *ibid. C. VI. §. 18.*

***) Fast eben so, wo nicht noch kräftiger, redet Graswinkel, wenn er *de jure Majestatis* Cap. IV. sagt: *Majestas omni lege major, nullo limite circumscripta, nullis temporum spatiis arcata.* — Die Juristen Baldus, Pinellus und einige andere dieses Zeitalters unterschieden, wie Mendoza (*lib. I. de pactis. C. 5. Qu. 2. Num. 35.*) anführt eine doppelte Gewalt

Eine durchaus irrig, den Begriff und die Würde des Regenten zernichtende Behauptung! Eine solche Gewalt giebt einen privilegirten Räuber oder Henker, aber keinen Oberherrn; einen Gebieter und Zuchtmeister von Sklaven, aber keinen Regenten *). — Ich bin

des Fürsten, *unam ordinariam, et absolutam. Prima dicunt licere principi facere omne, quod honestum sit; secunda autem quod sibi libuerit.* — Allein der alte Jurist Franz von Amaya sagt schon: (in seinen *Observ. juris. Genevae* 1633. Lib. I. C. 1. n. 48.) *in principe justo nunquam absoluta potestas agnoscitur, imo Diabolica appellanda est.*

*) Aber freilich macht unser Hobbes auch das Verhältniß eines Herrn mit seinen Sklaven zu einem Staate, wenn er *de Cive* C. X. §. 5. behauptet: *Amolienda est sententia eorum, qui negant omnino civitatem esse, quae conflatur ex quanto-vis numero servorum sub communi domino. Civitas est persona una facta*

keineswegs der Meinung, daß Sklaverei dem äußern Rechte entgegen sey; und behaupte sogar, daß selbst ein ganzes Volk den Oberherrn zu seinem Herrn machen, und sich unter den schrecklichsten Bedingungen der unbedingten Willkühr desselben unterwerfen dürfe. Ich weiß nur auch gar zu wohl, daß ganze Völker unsrer besten Welt in dem Staube der Sklaverei sich krümmen; daß es Unterthanen giebt, die ihre größte Ehre in dem Ti-

ex pluribus hominibus, cujus voluntas, ex ipsorum pactis, pro ipsorum omnium voluntatibus habenda est, ut singulorum viribus et facultatibus uti possit, ad pacem et defensionem communem. Persona autem una est, quando plurium voluntates unius voluntate continentur. Sed voluntas uniuscujusque servi continetur in voluntate domini. — Sequitur ergo, civitatem esse, quae constituitur ex domino et pluribus servis.

tel eines königlichen Sklaven, ihre tiefste Schande in dem Namen eines freien Menschen finden *); daß die Erde einen König trägt, der ohne Widerspruch seines Volks, den Weg zu seinem Palaste mit Menschenschädeln schmückt; der bloß zur Ehre seiner Ahnen einige Dutzende aus seinem Volke schlachtet **), und der, um seine Tyrannei zu sichern, und alle Bande des Bluts zu zerstören, den Müttern ihre Säuglinge von dem Herzen reißt ***). — Aber

*) Ich meine die *Nubier*, wie uns *Bruce* erzählt.

**) Diese schreckliche Scene geschieht, nach *Robert Norris* und anderer Reisenden Bericht, jährlich in dem Lande der *Dahomer*, an dem sogenannten Feste der jährlichen *Zollentrachtung*.

***) Auch dies ist keine bloße Phrase, sondern im strengsten Verstande wahr. „Die Kinder der *Dahomer*, erzählt uns *Norris* in seiner *Reise nach dem Hoflager des*

man gebe doch nur allen diesen Leuten ihren wahren Namen! — Hier ist kei-

Königs zu Dahome, gehören alle dem König zu; daher werden sie in früher Jugend von ihren Müttern weggenommen und in Dörfer vertheilt, die weit von ihren Geburtsörtern entfernt sind. Hier bleiben sie so lange, bis der König in der Folge sie sich zueignet, und haben nur geringe Wahrscheinlichkeit von ihren Eltern jemals gesehen, oder doch erkannt zu werden. Der Bewegungsgrund zu diesem Verfahren ist der, daß keine Blutsfreundschaften, Anverwandtschaften oder Verbindungen Statt finden sollen, welche der unumschränkten Macht des Königs nachtheilig seyn könnten. So ist denn jede einzelne Person isolirt und ohne Verbindung. Da man keine Verwandtschaft hat, an deren Schicksale man Antheil nehmen könnte, so bekümmert man sich nur um seine eigne Sicherheit, und sorgt für diese durch den unterwürfigsten, niedrigsten Gehorsam. Hier giebt es keine väterliche Zärtlichkeit und keine kind-

ne bürgerliche Gesellschaft, kein Regent, kein Unterthan: hier ist ein Haufe zusammengekuppelter *Sklaven* — ein *Herr* an ihrer Spitze *)

Hat sich denn nun aber der Regent *verbindlich gemacht*, ein Organ des allgemeinen Willens zu seyn? Man könnte nemlich gar wohl bezweifeln: ob denn wohl der Unterwerfungsver-

liche Liebe. Anstatt das natürliche Gefühl für ihre Kinder zu unterhalten, bemühen sich vielmehr die Mütter es zu unterdrücken, weil sie wissen, daß es gekränkt wird, sobald die Kinder alt genug sind, daß sie von ihnen können genommen werden.“ — Giebt es wohl eine raffinirtere Bosheit und eine unmenschlichere Tyrannei, als die dieses viehischen Barbaren?

*) Schon *Grotius* unterscheidet genau zwischen dem *imperium herile* und *civile*. S. de J. B. et P. Lib. III. C. VIII. §. 2. — CXV. §. 12.

trag ein wechselseitiges Versprechen des Regenten und der Unterthanen in sich enthalte. Man könnte so sagen: „der Unterwerfungsvertrag enthält zwar ein wechselseitiges Versprechen aller Einzelnen des Volks unter sich selbst, dem Regenten sich zu unterwerfen; und zugleich ein Versprechen des Volks, als eines Ganzen, gegen den Regenten, ihm Gehorsam zu leisten. Aber es ist nur ein zufälliges Accessorium des Unterwerfungsvertrags, wenn der Regent das Versprechen des Volks, durch das Versprechen, nur nach dem allgemeinen Willen zu regiren, erwidert. — Wenn das Volk mit sich einig geworden ist, eines Theils über die Natur seines Oberherrn überhaupt, andern Theils über die Person desselben, und es sich nun dieser Person durch das Versprechen zum Gehorsam unterwirft, ist dann etwa der Regent ungültig constituirt,

wenn er nicht auch bei dem Antritt seiner Würde dem Volke das Versprechen giebt, nur nach dem allgemeinen Willen der Gesellschaft seine Herrschaft zu üben? — Und wenn denn nun wirklich ein solcher Unterwerfungsvertrag vor der Gerechtigkeit besteht, so folgt unwidersprechlich, daß ein Zwangs - Recht gegen den Oberherrn, nur etwa in denen Staaten rechtmäßig sey, wo dieser die Erfüllung der Regentenpflichten ausdrücklich versprochen hat; daß also weder gegen den Oberherrn des allgemeinen Staatsrechts, noch gegen die meisten Oberherrn unsrer Staaten sich ein Zwangsrecht mit Grund behaupten lasse. — Nicht gegen den Oberherrn des allgemeinen Staatsrechts: denn ein Versprechen des Regenten gegen die Unterthanen ist nur ein zufälliger Anhang des Unterwerfungsvertrags; nicht gegen die Oberherrn unsrer

Staaten: denn diese erwerben ja gewöhnlich den Staat noch Erbschaftsrecht, *ex pacto et providentia majorum*, und da ist bei dem Akt des Regierungsantritts nicht von Versprechungen und Verpflichtungen des Regenten, sondern nur von Huldigungen und Eidschwüren der Unterthanen die Rede.“

Alles sehr richtig und wahr, wenn man zu einem Versprechen durchaus eine mündliche Erklärung fodert. Allein der Oberherr könnte doch dieses gar wohl versprechen und wenn er auch mit keinem Worte eines solchen Versprechens erwähnte. Dies ist es, wovon wir nun erweisen wollen, daß es wirklich und nothwendig geschehe.

Wenn die bürgerliche Gemeinheit sich einem Regenten unterwirft, so ist der allgemeine Wille, oder, mit andern Worten, die Idee des bürgerlichen Vertrags, die nothwendige Bedingung

(*conditio sine qua non*) unter der sie ihn zu wollen und als Regenten anzuerkennen vermag; theils weil das Volk als bürgerliche Gemeinheit überhaupt nichts wollen kann, was dem allgemeinen Willen widerspricht; theils aber auch, weil in dem Begriff des Regenten, welcher uns durch die Idee des Bürgervertrags gegeben wird, die Gemäfsheit des Regenten-Willens mit dem allgemeinen Bürgerwillen nothwendig enthalten ist. Das Volk würde sich in Widersprüche verwickeln, wenn es die durch eine bloße Analyse des Bürgervertrags determinirte nothwendige Bedingung, bloßes Organ des allgemeinen Willens zu seyn, als Bedingung der Oberherrschaft und Regierung zerstören wollte. Es würde sagen: ich will den Inhalt des Bürgervertrags und will etwas, was diesem widerspricht, ihn aufhebt und unmöglich macht; es würde sagen: ich will einen

Oberherrn und will nicht die Prädicate, die in dem Begriff des Oberherrn nothwendig enthalten sind. — Dafs also der Wille des Regenten durch den allgemeinen Willen bedingt und beschränkt seyn solle, dies ist eine Bedingung, die, ohne einer ausdrücklichen Erklärung des Volks zu bedürfen, aus der Natur des Geschäfts, aus der Idee des Bürgervertrags und des allgemeinen Willens unabänderlich herfließt und die selbst nicht durch den Willen des Volks, dieses müßte denn die bürgerliche Gesellschaft aufheben wollen, beschränkt oder aufgehoben werden kann.

Um das Daseyn dieser Bedingung zu wissen, bedarf ich also keiner geschriebenen Akte der Constitution: ich brauche nur zu wissen, dafs das Volk, von dem ich rede, einen bürgerlichen allgemeinen Willen hat, und dafs das Band, durch das es eine Ge-

meinheit geworden, der Zweck einer bürgerlichen Gesellschaft ist.

Und nun die Folgerung aus dieser Prämisse. — Derjenige, der die Regierung antreten will, kann sie unter keiner andern, als unter der benannten Bedingung wollen. *Regierung* ist Ausübung der höchsten Gewalt gemäß dem allgemeinen Willen; *Regent* nichts weiter, als die Person, durch welche der rechtliche Zustand errichtet und der Zweck des Staats erreicht werden soll. Wer also Regent seyn will, der will Organ des allgemeinen Willens seyn. Denn niemand kann einen Gegenstand des Begehrens ohne die Prädikate wollen, die in demselben enthalten sind. — Nimmt nun der Regent die ihm angetragene oder angefallene Regierung wirklich an, so erklärt er unmittelbar durch diese Handlung, daß er sich der ihm durch den allgemeinen Willen vorgelegten Bedingung unterziehen, und die

Pflichten, durch die man allein Regent seyn kann, erfüllen wolle. — Denn die Annahme der Regierung, sie geschehe nun durch Worte, oder durch Handlungen, ist eine Erklärung, Regent seyn zu wollen; eine Erklärung Regent seyn zu wollen, ist aber die Erklärung Regentenpflichten erfüllen zu wollen. *)

*) Auf eben diese Weise verpflichtet sich auch der Bürger zum Gehorsam gegen die Gesetze, wenn er in einen schon bestehenden Staat tritt. Ohne sich durch Worte zu erklären, schließt er durch Handlungen mit dem Staate seinen Bürgervertrag (*εργῶ ὁμολογῶμενος*). Sehr schön sprechen hierüber die atheniensischen Gesetze, welche Sokrates oder vielmehr Plato wegen der von Kriton angethene Flucht des Sokrates aus dem Gefängnisse, redend einführt. Συνοπετοινουν, sagen sie im Kriton (*ed. Biester S. 87.*) — ὅτι οὐ δίκαια ἡμᾶς ἐπιχειρεῖς ὄραν, ἃ ἐπιχειρεῖς. ἡμεῖς γὰρ σε γεννησαντες, ἐκθρεψαντες, παιδευσαντες, με-

Auf diese Weise nun ist in jedem Staate, er heiße wie er wolle, der Regent desselben werde vom Volke unmittelbar, oder von Repräsentanten und Ständen desselben ge-

ταδοντες ἅπαντων ὧν οἴοιτε ἡμεν καλῶν, σοι τε καὶ τοῖς ἄλλοις πασι πολίταις· ὁμῶς προαγορευομεν τῷ ἐξουσίαν πεποιηκέναι Ἀθηναίων τῷ βουλομένῳ, ἐπειδὴν δοκιμασῇ καὶ ἰδῇ τὰ ἐν τῇ πόλει πράγματα, καὶ ἡμᾶς τοὺς νόμους, ὧς ἂν μὴ ἀρεσκώμεν ἡμεῖς, ἐξεῖναι λαβόντα τὰ αὐτοῦ, ἀπιέναι ὅπῃ ἂν βουληται. καὶ οὐδεὶς ἡμῶν τῶν νόμων ἐμποδεν ἐστὶν οὐδ' ἀπαγορεύει, εἰ μὴ βουληται ὑμῶν εἰς ἀποικίαν ἰέναι, εἰ μὴ ἀρεσκοίμεν ἡμεῖς τε καὶ ἡ πόλις, εἰ μὴ μετοικεῖν ἄλλοσε πῇ ἐλθόν, ἰέναι ἐκείσε ὅπῃ ἂν βουληται, ἐχὼν τὰ αὐτοῦ. ὅς δ' ἂν ὑμῶν παραμεινῇ, ὅρων ὅν τρόπον ἡμεῖς τὰς τῆ δικᾶς διακάζομεν, καὶ τ' ἄλλα τὴν πόλιν διοικούμεν, ἡδὴ φάμεν τοῦτου ὡμολογηκέναι ἐργῶ ἡμῖν, ἅ ἂν ἡμεῖς κελευόμεν ποιήσειν ταῦτα.

wählt, oder werde dem Staat durch eine vorherbestimmte Geschlechtsfolge, *ex pacto et providentia majorum* angeerbt,) nothwendig ein zweiseitiger Vertrag zwischen dem Volk auf der einen und dem Regenten auf der andern Seite begründet. 1) Der Regent *verspricht* durch die Annahme oder den Antritt der Regierung, dem allgemeinen Willen gemäß zu regieren. 2) Die Unterthanen *nehmen dieses Versprechen an*, entweder, wenn sie ihm die Regierung freiwillig angetragen haben, durch eine vorhergehende Annahme (*acceptatio antecedens*;) oder, wenn sie seine Regierung entweder mit Worten, oder concludenten Handlungen *) anerkennen, durch eine nachfolgende

*) Man verzeihe mir dieses undeutsche Wort. Es ist ein technischer, aber, wie ich glaube, sehr passender Ausdruck der positiven Jurisprudenz.

Annahme (*acceptatio consequens.*) — Jenes Versprechen des Regenten ist, welches ich wohl zu bemerken bitte, kein stillschweigendes, sondern ein *ausdrückliches* Versprechen. Eine stillschweigende Willenserklärung (*voluntatis declaratio tacita*) ist alsdann vorhanden, wenn der Entschluß einer Parthei aus Handlungen, die eben nicht unmittelbare Willenserklärungen sind, *synthetisch* gefolgert wird. Eine *ausdrückliche* Willenserklärung (*vol. decl. expressa*) aber ist alsdann vorhanden, wenn der Entschluß des Willens durch Handlungen oder durch Worte *unmittelbar*, also durch bloße Analysis erkannt wird. Und dieses findet hier statt; indem sich die Übernahme der Regentenpflichten aus der Annahme oder der Antretung der Oberherrschaft bloß nach dem Satze des Widerspruchs ergibt. In dem Akt des Regierungsantritts ist die Erklärung,

Regent seyn zu wollen und in dieser die Erklärung Regentenpflichten erfüllen zu wollen, wie das wesentliche Merkmal in einem Begriff, wie das Prädicat runde Figur in dem Begriff des Zirkels enthalten.

Durch das, was bisher gesagt worden ist, wurde blofs gezeigt, *dafs* und *wodurch* in jedem Staat ein Versprechen des Regenten vorhanden sey. Allein es läfst sich noch mehr, als dieses zeigen; es läfst sich zeigen, *dafs* auch eine *moralische Nothwendigkeit* die Existenz jenes Versprechens begründet. — Es ist erwiesen, und von allen Rechtslehrern eingestanden, *dafs* die Menschen wegen des Zwecks der bürgerlichen Gesellschaft, verpflichtet sind, sie zu errichten, und zu erhalten. Diese Pflicht begründet oder vielmehr enthält die zweite: alle die Anstalten zu treffen, durch welche der Staat existiren und durch welche er erhalten werden kann.

Denn eine Pflicht die mir einen Zweck als nothwendig vorstellt, muß mir zugleich die Mittel als nothwendig vorstellen, durch welche die Erreichung desselben möglich ist. — Wenn wir uns nun aber das Volk ohne Zwangsrechte gegen den Regenten, diesen hingegen als eine Person denken, welche bloß *innerlich* verpflichtet ist, den Zweck des Staats nicht zu zerstören; so müssen wir leicht gewahr werden, daß dies mit dem Zweck und der Existenz des Staats nicht ohne Widerspruch bestehen könne. Denn da der Regent als Mensch einen Privatwillen hat, sich mithin auch zu der Zerstörung des Gesellschaftszwecks bestimmen kann; so würde im Fall einer solchen Willensbestimmung des Regenten keine rechtliche Möglichkeit für den Bürger vorhanden seyn durch einen Widerstand gegen das Oberhaupt, den Zweck des Staats und durch ihn den Staat selbst

zu erhalten. Durch die Zwangsfreiheit des Regenten würde also unmittelbar die Möglichkeit einer immerwährenden Nichtexistenz des Staats begründet seyn. — Die Pflicht, die uns also gebietet bürgerliche Gesellschaft zu errichten und zu erhalten, gebietet uns auch bei der Constituirung eines Regenten, es juridisch-möglich zu machen, den Staat und dessen Zweck gegen seinen möglichen Privatwillen aufrecht zu erhalten, mithin eine vollkommene Verbindlichkeit ihm aufzulegen und uns ein vollkommenes Recht gegen ihn zu erwerben. Wie gewiß diese Pflicht aus der erstern folge, können wir uns noch dadurch bestätigen, daß der rechtlich begründete unbedingte Gehorsam diese geradezu aufheben würde. Denn der unvollkommenen Verbindlichkeit des Regenten den Staat nicht zu zerstören, würde die vollkommene Verbindlichkeit der Unterthanen entspre-

chen, ihm in der Zerstörung desselben, wenn er sie geböte, zu gehorchen. Mit- hin würde es Bürgerpflicht seyn, die Existenz des Staats zu wollen und zugleich Bürgerpflicht, die Nicht-Existenz des Staats zu wollen. —

Es bleibt also nur noch die leicht zu beantwortende Frage übrig: wie kann sich das Volk jenes vollkommene Recht gegen seinen Oberherrn, das es erwerben *soll*, wirklich erwerben? — Es kann dies nicht anders, als durch Vertrag mit ihm. Denn Vertrag ist der einzige rechtmäßige Titel, durch welchen zufällige vollkommene Rechte können erworben werden. —

Jenes Versprechen, das der Regent an seine künftigen Unterthanen thut, ist daher gar nicht von der Art, daß es nur als eine zufällige Zugabe des Unterwerfungsvertrags betrachtet werden müßte. Es ist zugleich mit dem Zweck und der Errichtung des Staats von der

Vernunft als nothwendig bestimmt, und kann dem Regenten unter keinen Bedingungen von dem Volk erlassen werden.

Wenn nun aber die bisher vorgetragenen Grundsätze wahr und erwiesen sind, so muß (wenn nicht etwa die Philosophen recht haben, welche dem Vertrage die Kraft vollkommner Verbindlichkeit absprechen wollen) so muß, sage ich, hievon die unmittelbare Folge seyn, daß der Regent zu Erfüllung seines Versprechens vollkommen verbunden sey, und mit dem vollkommensten Recht dazu gezwungen werden dürfe. Denn jedes gegebene und angenommene Versprechen begründet eine vollkommne Verbindlichkeit und jeder vollkommnen Verbindlichkeit entspricht ein vollkommnes Recht.

„Aber sagtest du nicht selbst, daß der Oberherr nicht gezwungen wer-

den dürfe, daß er unverantwortlich und unverletzlich sey?“

Allerdings! aber laßt uns nur etwas genauer erwägen, was denn wohl diese Worte sagen wollen.

Der *Oberherr* kann nicht gerichtet oder gestraft, kann nicht zur Verantwortung gezogen, nicht von dem Volke gezwungen, es kann der Gehorsam ihm von den Unterthanen nicht versagt werden: — dies sind lauter Sätze, die so gewiß und evident sind, als nur irgend etwas in der Philosophie gewiß und evident seyn kann. Aber *wer* ist denn der *Oberherr*? ist es etwa die Person, die wir mit Krone und Szepter auf dem Thron, oder als Senat versammelt sehen? Keineswegs, der Regent ist nicht sichtbar, hat weder Körper noch Gestalt, kann weder gesehen, noch betastet werden. Der *Oberherr* ist zwar in der bestimmten physischen oder moralischen Person vorhanden, aber die

Person selbst, die wir sehen, ist nicht der Oberherr. Oberherr ist das Organ des allgemeinen Willens; Organ des allgemeinen Willens ist aber bloß der *Wille* einer physischen oder moralischen Person, *welcher den Privatwillen der Bürger dem allgemeinen Willen gemäß bestimmt.* Diesem organisirenden Willen allein haben sich die Unterthanen, wie wir oben erwiesen haben, unterworfen, diesem allein haben sie gehuldigt; — dieser allein ist der Oberherr, gegen den, (eben weil er höchster und organisirender Wille ist) kein Ungehorsam und kein Zwangs-Recht stattfinden kann. *) So lang also der Sichtbare, (den wir nur im unei-

*) Die Gründe zu diesen Behauptungen sind in dem weiter oben gegebenen Begriff des Regenten enthalten, und dürfen aufmerksamen Lesern (für die doch wohl nur allein ein Schriftsteller arbeitet) nicht wiederholt werden.

gentlichen Sinne den Oberhern nennen dürfen) dem unsichtbaren Willen der Gesellschaft gemäß handelt und seinen oberherrlichen Willen durch Handlungen beweist; so lange ist er über alle Verantwortung und allen Zwang seiner Unterthanen erhaben. Aber sobald er dem allgemeinen Willen, den der Unterthan in dem Bürger- und Unterwerfungsvertrag erklärt hat, zuwider handelt, so handelt er nicht als Oberherr, und kann daher in dem Akte der Verletzung weder Gehorsam, noch Unverletzlichkeit verlangen. In den Handlungen, durch welche er diesen Grundverträgen entgegen handelt, ist er bloßer Mensch und nicht Regent; nicht Gebieter, sondern Beleidiger; nicht Organ, sondern Feind und Zerstörer des allgemeinen Willens. *) Wenn daher

*) Wollen wir uns hier eines Schulausdrucks bedienen, so können wir sagen:

eine Nation, wegen Verletzung der Grundverträge, insurgirt, so ist sie

der Regent, wenn er den Unterwerfungsvertrag verletzt, ist dem *Inhalt* seiner Handlung nach Privatperson; der *Form* derselben nach öffentliche Person. Ich kann mir nämlich eine Verletzung des *Unterwerfungsvertrags* durch den Oberherrn nichts anders denken, als daß er ihn durch die Ausübung einer der vier Staatsgewalten, (durch Gesetzgebung etc.) verletzt. Eine solche Handlung ist also nach einer zwiefachen Rücksicht zu betrachten, einmal in wie ferne ich sie auf die Formen beziehe, unter welchen sich die Staatsgewalt äußert, und dann in wieferne ich sie nach ihrem, dem Staatsvertrage zuwider laufenden, Inhalt erwäge. Eine solche Handlung ist also *relative Privathandlung* und *relative öffentliche Handlung*. Sie ist dieses, weil sie die Form öffentlicher Handlungen hat; sie ist jenes, in wie ferne ihr Inhalt in einem Privatwillen gegründet ist. So z. B. eine ungerechte Gesetzge-

keine Beleidigerin der Majestät, oder Empörerin gegen die höchste Gewalt. Denn sie trägt ihre Waffen nicht gegen den Regenten, gegen den heiligen und unverletzlichen Willen, dem sie sich und alles das ihrige unterworfen hat; sondern sie kämpft gegen einen Privatwillen, gegen einen Menschen, der sie beleidigt, der sich als Feind des Staats und dessen Glieder bewiesen hat. — Wenn der Oberherr einen Krieg anfängt, der für den Staat sehr nachtheilig und verderbend ist; wenn er eine Allianz schließt, die sein Volk in lange und verheerende Kriege verwickeln kann, oder, wenn er was immer für andere Verfügungen trifft, die entweder kein

bung. Diese Handlung ist öffentlich, weil sie unter dem öffentlichen Akt der Gesetzgebung subsumirt werden muß; Privathandlung aber, weil das, was durch das Gesetz bestimmt wird, dem allgemeinen Willen widerspricht.

Mittel zum Staatszwecke sind, oder gar, durch die Folgen von denen sie begleitet werden, die Erreichung desselben für die Zukunft unmöglich machen können: — darf das Volk sich diesem Willen des Regenten widersetzen oder ungehorsam bezeigen? — Durchaus nicht. Denn es würde sich gegen den Oberherrn selbst, gegen das Organ des Staats, gegen die höchste Gewalt empören. Denn höchste Gewalt besteht ja in dem unbedingten Recht, die Mittel zum Zweck der Gesellschaft zu erwählen. — Aber wenn er unmittelbar (nicht etwa als Folge von der Wahl seiner Mittel) den gesellschaftlichen Zweck oder überhaupt die Grundverträge verletzt, — darf er etwa auch dann nicht gezwungen werden? — Er darf gezwungen werden. Denn die Grundverträge und der gesellschaftliche Zweck sind die durch den allgemeinen Willen bestimmten Grenzen der oberherrli-

chen Gewalt, und jenseits derselben giebt es keinen Regenten und keinen Unterthan; kein Recht zu gebieten und keine Pflicht zu gehorchen.

Meine Behauptung ist an sich klar, und ich glaube, daß sie erwiesen ist. Aber doch will ich sie noch auf einer andern Seite betrachten, und auf einem andern Wege zu erweisen suchen.

Eine bestimmte Person ist nicht ganz Oberherr; kein menschlicher Wille durchaus oberherrlicher Wille; die Person, welche den Staat regiert, ist zum Theil öffentliche, zum Theil Privatperson, hat zum Theil einen gemeinen, zum Theil einen Privatwillen. Dies ist durch mein bisheriges Raisonnement erwiesen. Der Glanz der Majestät, den man der Erfahrung nach gewöhnlich über die ganze Person und alles Wollen des Oberhauptes erstreckt findet, ist keine Widerlegung jener Gründe. Denn es sollte nicht seyn.

Es ist theils eine verzeihliche Täuschung, theils aber ein ominöses Überbleibsel jener trüben Jahrhunderte, in denen jedes Wollen des Regenten Gesetz, und der Trostspruch allgemeine Maxime war, den *Anaxarchus Alexander dem Großen* sagte: *neben dem Thron des Jupiters und der Könige sitzt Themis, und stempelt ihre Willkühr zum Recht.* Aber dieser schmeichlerische Wahn muß vor der Vernunft verschwinden. Diese sagt uns: nicht diese Person hier, die wir sehen, ist der Oberherr, sondern der Wille in ihr, und dieser nur in so weit und in so ferne, als er das Organ des allgemeinen Willens ist. — Auf diese Wahrheit können wir weiter bauen.

Es giebt ein Medium, durch welches sich der Wille des Regenten als oberherrlicher Wille zeigen muß. Und dieses Medium sind die vier Gewalten des Staats, die *aufsehende*, die *verfü-*

gende, die *richterliche* und *ausübende* Gewalt. Nur in der Ausübung dieser Gewalten können wir also den Regenten sehen; sie sind die wesentlichen Bestimmungen, an denen wir ihn als solchen erkennen. Wo wir andere Merkmale an ihm finden, da sehen wir in Beziehung auf sie nicht den Regenten, sondern den Menschen, die Privatperson. — So müssen wir uns unter andern den Regenten vorstellen, in so ferne wir ihn als eine *verpflichtete* Person betrachten. Denn jede Verpflichtung, als *solche*, besteht in der Beziehung des praktischen Gesetzes auf einen menschlichen Willen. Dies ist aber eine Bestimmung, die nur dem Menschen, in so ferne er ein Mensch ist, mithin auch nur dem Regenten, in so ferne er *dieses*, also *nicht Regent* ist, zustehen kann.

Wie ist nun der Oberherr in Beziehung auf den Unterwerfungsvertrag

und die durch denselben übernommenen Verbindlichkeiten zu betrachten? steht er in dieser Rücksicht mit seinen Bürgern im Verhältnisse eines Oberherrn zu seinen Unterthanen, oder eines Menschen zu Menschen, einer Privatperson zu andern Privatpersonen? — Zwar ist der *Gegenstand* und *Inhalt* des Vertrags, so wie der durch denselben begründeten Pflicht ein öffentlicher Gegenstand, nämlich die Regentschaft. Allein die *Verpflichtung* selbst, die Bestimmung in der Person des Regenten, daß eine praktische Nothwendigkeit, diesen öffentlichen Zweck zu realisiren vorhanden ist: diese Bestimmung ist eine solche, die dem Regenten bloß als Menschen zustehen kann. Denn er hat ja als Regent weder Gewissen, noch Willkühr, noch Vernunft. Nun sind aber die Bürger dem Regenten bloß als dem Besitzer der höchsten Gewalt untergeordnet; sie sind ihm also nicht un-

tergeordnet in Beziehung auf solche Bestimmungen, welche ihm nicht als dem Besitzer dieser Gewalt zustehen. Sie sind ihm also, in Beziehung auf diese *gleich*; mithin auch *gleich* in Beziehung auf die *Verpflichtung*, die für den Regenten durch den Unterwerfungsvertrag begründet ist. Aus diesem Verhältnisse wechselseitiger Gleichheit, das in so fern zwischen Regent und Unterthan begründet ist, erhellet nun auch sogleich die Berechtigung dieses, seine aus dem Unterwerfungsvertrag erworbenen Rechte mit Zwang zu behaupten. Denn wo keine Unterordnung ist, da ist Gleichheit der Rechte. Nur aus Unterordnung entspringt Ungleichheit; und aus Ungleichheit Unterordnung. Es müssen also den Unterthanen gegen den Regenten in Rücksicht seiner übernommenen Verbindlichkeit alle die Rechte zustehen, welche dem Menschen gegen den Men-

schen, gegen seines Gleichen, wegen übernommener Verbindlichkeiten zustehen; sie müssen also auch befugt seyn, die Erfüllung derselben nach vollkommenem Recht zu fodern, und dieses vollkommne Recht durch Gewalt zu schützen.

Nachdem wir die allgemeinen Gründe, welche sich aus der Natur und dem Begriff des Oberherrn für unsre Behauptung ergeben, dargestellt und entwickelt haben; so wollen wir (um den Gegenstand von allen Seiten zu beleuchten), doch auch die Quelle des bürgerlichen *Gehorsams* besonders erwägen. — Wir fragen: welches ist der Grund und die Quelle des bürgerlichen Gehorsams? woher kommt es, daß ich verbunden bin, den Gesetzen des Staats und dem Willen des Oberherrn zu gehorchen? — Die letzte Quelle aller und jeder Verbindlichkeiten und Pflichten ist das Sittengesetz, entweder un-

mittelbar, oder mittelbar, — nämlich
 vermittelt einer Willenshandlung,
 durch die ich mich zu irgend etwas
 verpflichtet habe. — Wo das Sitten-
 gesetz mich nicht verpflichtet, da bin
 ich gar nicht verpflichtet; habe ich
 dem Staat keinen Gehorsam verspro-
 chen, so bin ich ihm auch gar keinen
 Gehorsam schuldig; habe ich ihn nur
 bis an eine bestimmte Grenze verspro-
 chen, so bin ich ihn nur bis an diese
 Grenze zu leisten schuldig. Dies sind
 lauter Sätze, von denen ich nicht glau-
 be, daß sie irgend ein Philosoph be-
 zweifeln wird, er müßte denn den
 Grund der Unterthanenpflichten entwe-
 der in dem *origo Majestatis a Deo* *),

*) Dieser *origo maj. a Deo* ist nämlich das
 Fundament, auf das, unsern philosophi-
 schen Hobbes ausgenommen, fast alle
 Ältere ihren Machiavellismus bauen.
 Man lese nur vor allen den wüthenden
 und dabei einfältigen *Graswinkel* de

oder, wie *Hobbes* *) in der physischen Macht des Oberherrn, oder, welches von noch älteren Rechtslehrern geglaubt wird, in der *eminenti et speciosa natura imperantis* **) finden wollen. Allein

Jure Majestatis besonders das Kap. I. und II. — Daher sucht auch *Junius Brutus*, in seinen *Vind. C. T.* hauptsächlich diese Basis zu untergraben.

*) *de Cive. C. 15. §. 5.*

**) Es widerlegt diese Behauptungen *Puffendorf* (*de I. N. et G. L. I. C. VI. §. 10.*) Auch schon *Grotius* (*de J. B. et P. Prol. §. 16.*) führt die Einwilligung der Unterthanen, als Grund ihrer Verbindlichkeiten auf: „*Deinde vero, cum juris naturae sit, stare pactis. — ab hoc ipso fonte jura civilia fluxerunt. Nam qui se coetui cuidam aggregaverant, aut homini, hominibusque subjecerant, hi aut expresse promiserant, aut ex negotii natura tacite promisisse debebant intelligi: secuturos se id, quod aut coetus pars major, aut hi quibus delata potestas erat, constituis-*

dies sind Behauptungen, von denen sich (Dank sey es dem Genius, der über das Naturrecht waltete!) die Philosophie schon lange losgekettet hat. Und so kann ich denn wohl von obigen Behauptungen, als von sichern Grundsätzen ausgehen, und zu der Beantwortung der Frage fortschreiten: *welches* die Natur und Grenze des Vertrags sey, durch welchen der Unterthan die Verpflichtung zum Gehorsam gegen den Regenten übernommen hat?

sent.“ — Was die *speciosa natura imperantis* betrifft, so sagt der grade Junius Brutus ohne allen Schleier: *nec ideo regiam dignitatem quidam adepti sunt, quod a ceteris hominibus specie differentiisque, tamquam pastores gregibus, quadam naturae praestantia praeesse deberent. Quin potius ex eadem massa creatos in eum gradum populus extulit, ut si quam potentiam haberent, illi acceptam ferrent ac tamquam precariam (?) possiderent.* —

Und hierauf ist die Antwort schon gegeben. Sie ist, so wie alle unsre Argumente gegen die Unwiderstehlichkeit des Oberherrn, eine nothwendige Folge des Begriffs von dem Oberherrn und dem Bürgervertrag. — Der Bürger verpflichtet sich zum Gehorsam gegen den Regenten, weil er sich in dem Bürgervertrag zu der wechselseitigen Freiheit gegen die Bürger verpflichtet hat. Er will den Regenten und seine Gewalt, weil er den rechtlichen Zustand und den Zweck der bürgerlichen Gesellschaft will. Seine Unterwerfung ist also nur Unterwerfung unter ein Organ des allgemeinen Willens; seine Verpflichtung nur eine Verpflichtung gegen den Interpreten des Bürgervertrags; sein Gehorsam nur der Gehorsam gegen den Willen des Regenten, in so ferne er als oberherrlicher und dem Bürgervertrage nicht widersprechender Wille *gedacht* werden kann.

Er *kann* nicht mehr versprechen, wenn er nicht den Bürgervertrag wieder annulliren, wenn er nicht seine Eigenschaft als Bürger zerstören, und den Oberherrn durch eben den Akt aufheben will, durch welchen er constituirte werden soll. Der unbedingte Gehorsam umfaßt ja auch Unterwerfung gegen den Regenten, wenn er den Zweck des Staats nicht bloß nicht befördern, sondern ihn geradezu zerstören will. Aber er umfaßt noch mehr. Ein Regent, dem seine Unterthanen durch unbedingten Gehorsam unterworfen sind, hat das Recht, nicht bloß den Zweck des Vereins nach Willkühr zu verändern, sondern auch den Verein selbst gänzlich aufzuheben. „Zerstreut euch wieder zu der Anarchie des Standes der Natur! zerreißt das Band, das euch bisher zum Schutz eurer Freiheit vereinigt hat! zernichtet den Vertrag, der mich zu eurem Gebieter und euch zu Bür-

gern machte!“ das darf der unumschränkte Gebieter eines Volkes sagen, und seine Sklaven müssen ihm gehorchen. — Wie aber kann, unter der Voraussetzung, daß *Bürger* den Vertrag der Unterwerfung schließen, und dieser Vertrag durch den Bürgervertrag begründet, und um dieses Willen abgeschlossen wird; wie, sage ich, kann unter solchen Voraussetzungen ein Versprechen zu unbedingtem Gehorsam nur als möglich, wie viel weniger als nothwendig gedacht werden? Werden nicht, unter diesen Voraussetzungen, durch das Versprechen eines absoluten Gehorsams, Widersprüche auf Widersprüche, und Ungereimtheiten auf Ungereimtheiten gehäuft? — Denn 1) sie versprechen dem Regenten Gehorsam für den Fall einer Auflösung des Staats und wählen doch einen Regenten nur darum, damit der Staat bestehen könne; 2) sie erklären, daß sie

Bürger seyn und es doch zugleich nicht seyn wollen. Denn Bürger sind sie nur durch die Existenz des Staatszwecks, den sie in dem Bürgervertrag errichtet haben. Verpflichten sie sich nun durch das Versprechen des unbedingten Gehorsams zur Aufhebung des Gesellschaftszwecks, so verpflichten sie sich zur Zernichtung ihrer Existenz als Bürger. Aus eben dieser Ursache erklären sie auch 3) daß sie den Staatszweck wollen und ihn zugleich nicht wollen. Sie errichten ihn im Vereinigungsvertrag und, um seinen willen unterziehen sie sich einem Gehorsam, durch den er aufgehoben wird; 4) endlich erklären sie, der Regent solle Regent und auch nicht Regent seyn. Sie erklären, er solle Regent seyn: denn sie wollen ein Organ des allgemeinen Willens, weil sie den Unterwerfungsvertrag zur Realisirung des Bürgervertrags schliessen; sie erklären,

er solle nicht Regent seyn; weil sie sich ihm unbedingt unterwerfen und in dieser Unterwerfung ein Recht zur Zerstörung des Bürgervertrags enthalten ist.

Die Folgen, die aus dem Vertrag des unbedingten Gehorsams entspringen, sind so absurd und widersinnig, als er selber ist. Es ist offenbar, daß der Vertrag der Unterwerfung außer dem Zweck des Staats, noch andere und zwar eben so nothwendige Grenzen der höchsten Gewalt und des bürgerlichen Gehorsams bestimme. Denn da ein jeder Vertrag nur in so weit rechtliche Gültigkeit haben kann, als die Erfüllung desselben der Möglichkeit nach Naturgesetzen nicht widerspricht, so kann auch der Unterwerfungsvertrag, mag er übrigens so ausgedehnt seyn, als er nur immer wolle, doch nur in so weit Gehorsam versprechen, als die Leistung desselben physisch möglich

ist. Daraus folgt denn unter andern, daß Freiheit des Gewissens und der Gedanken ein unveräußerliches Gut des Menschen ist, das er nicht in dem Unterwerfungsvertrag an den Oberherrn übertragen konnte und welches ihm daher von diesem weder beschränkt, noch genommen werden darf. Denn ich kann so wenig über meine Religion gebieten, als ich meinen Gedanken gebieten kann, was sie für wahr oder irrig erklären sollen. Was folgt aber aus dem unbedingten Gehorsam? was anders, als die Absurdität, daß selbst nicht physische Unmöglichkeit meinen Gehorsam beschränken dürfe? — Denn mein Gehorsam ist ja unbedingt und ich muß folgen, wenn mir auch mein Regent gebietet das Quadrat für einen Zirkel und die Meerzwiebeln der Ägyptier für Götter zu halten. — Der Barbar *Theodorich* schrieb an den römischen Senat: *religionem imperare*

non possumus, quia nemo cogitur, ut credat invitus. Und er bezeugte eben dadurch, daß sein erobertes Italien sich nicht unbedingt ihm unterworfen habe.

Für den Vertrag einer unbedingten Unterwerfung werden wir daher in dem allgemeinen Staatsrechte durchaus keinen Rechtfertigungsgrund auffinden können. *) Nur Slaven können

*) *David Hume* erkennt unser ganzes Raisonnement von den Grenzen des bürgerlichen Gehorsams nicht an. Er beweist das Recht des Volks zu widerstehen und nicht zu gehorchen aus folgenden Gründen. „Das Interesse (an der Regierung) sagt er, besteht in der Sicherheit und dem Schutze, den wir in der bürgerlichen Gesellschaft genießen, und den wir nie erreichen können, wenn wir völlig frei und unabhängig sind, Da also das Interesse die unmittelbare Sanction der Regierung ist, so kann die letztere nicht länger bestehen, als das erstere da ist.“

mit ihrem Herrn ein solches Versprechen eingehen, nicht aber Bürger mit ihrem Regenten. Der bürgerliche Unterwerfungsvertrag muß die Grenzen anerkennen, die ihm der allgemeine Wille vorgezeichnet hat; oder er muß

und wenn also die bürgerliche Obrigkeit ihre Unterdrückung so weit treibt, daß ihre Gewalt gänzlich unerträglich wird, so sind wir nicht länger verbunden, uns ihr zu unterwerfen. Die Ursache hört auf; folglich muß auch die Wirkung aufhören. „*Über die menschliche Natur*, übers. von Jacob. Th. III. S. 178. Dieser Grund hängt freilich nur sehr lose mit der Folge zusammen und führt, wenn man ihn verfolgen will, auf gar sonderbare Consequenzen. Man wird sich aber dies alles nicht befremden lassen, wenn man weiß, daß *Hume* sein ganzes Naturrecht auf psychologische Data gründet, und das Recht als ein bloßes Erzeugniß der Phantasie und Ideenassociation behandelt.

anhören sich jenen Ehrenahmen anzumafsen. — Diese Grenzen sind aber nicht bloß in der Idee und sonst nirgends vorhanden. Diese Idee hat praktische Realität; was sie bestimmt, muß daher in jedem besondern Staat so lange als gewiß vorhanden anzunehmen seyn, als es nicht erwiesen ist, daß ein gegebenes Volk sich entweder gar nicht durch den bürgerlichen Unterwerfungsvertrag unterworfen, oder doch den allgemeinen Willen Bürger zu seyn nachher aufgegeben und seinen Regenten zum Herrn, sich selbst zum Sklaven umgeschaffen habe. — Wer etwa hier mit *Aristoteles* *) von gebohrnen Sklaven reden will, — mit dem kann ich nicht streiten.

Aus den Gründen für die Bedingtheit des Unterwerfungsvertrags folgt nun zunächst das, daß der Unterthan

*) in seiner *Politik* im ersten Buch.

berechtigt sey, über die Grenzen seines Versprechens hinaus nicht zu gehorchen. Aber es fließt daraus auch noch die Folge, daß er sich den Annahmen des Regenten mit Gewalt widersetzen dürfe. Denn 1) jedes Recht, also auch das Recht: nicht zu gehorchen, ist mit einem Zwangsrecht verbunden. Ein Recht, das ich nicht mit Zwang behaupten darf, ist kein Recht. Denn der unterscheidende Charakter aller Rechte besteht in der juridischen Möglichkeit des Zwangs. 2) Wer meine Freiheit beschränkt, ohne daß ich mich zu einer Beschränkung derselben verpflichtet habe, der kränkt meine Rechte und ist Beleidiger. Mithin ist auch der Regent Beleidiger, in so ferne er seiner Unterthanen Freiheit weiter beschränkt, als sie sich zu einer Beschränkung derselben verpflichtet haben. — Jedem Beleidiger steht das Zwangsrecht

des Beleidigten entgegen. Mithin steht es auch dem Regenten entgegen, der ein Beleidiger seines Volkes ist.

Siebentes Kapitel.

Prüfung der wichtigsten Gegenargumente.

Weil der Regent durch den Unterwerfungsvertrag eine vollkommne Verbindlichkeit übernimmt; weil diese Verbindlichkeit darauf geht, daß er dem allgemeinen Willen gemäß regiere; weil, wenn der Regent diese Verbindlichkeit verletzt, für den bestimmten Fall der Läsion kein Regent vorhanden ist, und weil die Verbindlichkeit zum

bürgerlichen Gehorsam nicht weiter als auf die Fälle sich erstreckt, für welche der Unterthan den Gehorsam versprochen hat; — darum kann der Regent gezwungen werden, wenn er die Grundverträge der bürgerlichen Vereinigung verletzt. Das waren die Grundgedanken, die wir im vorhergehenden Kapitel zu beweisen und auszuführen gesucht haben. Aber durch diesen directen Beweis haben wir der Pflicht, welche wir uns bei Übernahme dieser Untersuchung auferlegt haben, noch gar nicht volle Genüge geleistet. Wir wollten vollkommene Überzeugung bewirken, dem Zweifelnden Gewissheit geben, und dem Gegner das Geständniß abnöthigen, daß er falsch gesehen habe. Um dies zu bewirken, dürfen wir nicht bloß die Gründe für unsere Meinung hersagen, sondern wir müssen auch unsre Gegner anhören, ihre Gegengründe wägen und — wenn wir können —

aus der Wagschale der Wahrheit werfen. — Dies versucht das gegenwärtige Kapitel.

Man verlange aber nicht, daß ich alle wirklichen oder möglichen Einwürfe einer Prüfung und Widerlegung unterwerfen solle. Dies dürfte ein ermüdendes und, fast möchte ich sagen, unmögliches Unternehmen seyn. Denn das Gebiet des Staatsrechts ist bis jetzt noch mit so vielen Schlupf- und Winkelgängen durchwebt, die entweder den Wahrheitsfreund verführen oder dem muthwilligen Sophisten Schutz und Obdach gewähren, daß es keine Meinung giebt, die nicht behauptet und vertheidigt, keinen Traum, und wenn er auch der Traum eines Wahnsinnigen wäre, der nicht als Philosophem aufgestellt und begründet werden könnte. Nur auf solche Gegenargumente werden wir uns daher beschränken müssen, die entweder

durch ihren innern Gehalt, oder durch den Namen des Mannes, der sich zu ihnen bekennt, einen entschiedenen Rang der Wichtigkeit behaupten.

Das Argument, dessen sich die Vertheidiger des unbedingten Gehorsams am häufigsten bedienen, und das auch einen nicht geringen Schein der Wahrheit für sich hat, ist das: daß sie den Unterthan, der aus was immer für einer Ursache sich dem Regenten widersetzt, der Verletzung des Unterwerfungsvertrags und eines Eingriffs in die Rechte der höchsten Gewalt beschuldigen. — Hat sich nicht das Volk eines rechtsbeständigen Urtheils, wie der Staat solle verwaltet werden, in dem Unterwerfungsvertrag begeben? Bestimmt nicht dieser Vertrag, daß der Oberherr die Verwaltung des Staats allein in Händen und zu seiner Verantwortung haben solle? Wie kann sich also das Volk ein Recht wieder anma-

Isen, dafs es veräußert hat? Wie kann es ein Recht geben, einem gültig errichteten und unzweideutigen Vertrag entgegen zu handeln? — Und wäre es daher nicht ein offener Widerspruch gegen den Begriff des Unterthans und des Regenten, jenem ein Recht der Widersetzlichkeit gegen diesen zuzugestehen? Denn gesetzt, es dürfte das Volk über die Regierung etwas rechtskräftig bestimmen, so wäre nicht der Regent, sondern das Volk der Oberherr, mithin wäre die Person dem Volke untergeordnet, die doch ihrem Begriffe nach demselben übergeordnet ist.

Freilich hat sich das Volk eines besondern rechtskräftigen Urtheils über die *Staatsverwaltung* begeben. Aber laßt uns doch sehen, was denn das Wörtchen: *Staatsverwaltung* hier für einen Sinn habe, damit nicht eine unrichtige Folgerung hinter der Decke einer Zwei-

deutigkeit erschlichen werde. *Staatsverwaltung* (Regierung) ist das Geschäft, welches die Mittel zum Staatszwecke erwählt und ausführt; — und dieses Geschäft wurde dem Oberherrn unbedingt und ohne Vorbehalt in dem Unterwerfungsvertrag übertragen. Daraus haben wir schon oben die Folge gezogen, daß dem Volke durchaus kein Recht zugestanden werden könne, in die Regierung einzugreifen, und über die Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit, das Zwecklose oder Zweckwidrige der gewählten Mittel, diese mögen übrigens Gesetze oder sonstige Verfügungen seyn, ein anderes, als ein *rathendes* Urtheil zu fällen. Sollte aber wohl aus jener Voraussetzung dasjenige folgen, was die Urheber dieses Arguments als eine nothwendige Folgerung betrachten? sollte wohl aus jener Voraussetzung folgen, daß der Unterthan über nichts, was den Staat und seinen Regen-

ten angeht, etwas rechtskräftig zu bestimmen habe? Ich glaube, in keinem Fall, wenn wir nur den Begriff von Staatsverwaltung nicht aus dem Blicke verlieren und nicht einen übereilten Sprung, von der Unrechtmäßigkeit eines Eingriffs in die Regierung, auf die Unrechtmäßigkeit einer rechtskräftigen Beurtheilung der *Grenzen* der Regierung machen wollen.

Vor das erste: Verkehrung und Zernichtung der Gesellschaft und des Gesellschaftszwecks ist in der Sphäre der Verwaltung des Staats nicht enthalten. Sagen wir etwa, dafs der einen Baum ernährt und erzieht, der ihn abhaut und zernichtet? Das unveränderliche und unwandelbare, dafs einem Geschäfte zum Grunde liegt, ist der Zweck, um dessentwillen das Geschäft unternommen wird. Nur durch den Zweck und um desselben willen ist es vorhanden. In der Existenz und Fort-

dauer desselben hat es seine Existenz und seine Dauer, seinen Namen und seinen Werth. Die Mittel, die zu Erreichung des Zweckes dienen oder dienen sollen, können daher wohl mannigfaltig, wandelbar und veränderlich seyn, können gewählt und nicht gewählt, verworfen und wieder aufgenommen werden. Aber der Zweck selbst ist die unveränderliche Basis des Geschäfts, ist einzig, dauernd und unveränderlich. Am wenigsten darf er zerstört werden, so daß etwa seine Zerstörung, als ein Mittel zur vollkommenen Erreichung und Ausführung des Geschäfts betrachtet wird. Dies wäre ein grober und unauflöslicher Widerspruch. Den Zweck zerstören, um das Geschäft desto besser auszuführen, würde heißen, den Zweck zerstören, um ihn desto besser erreichen zu können, den Baum zernichten, um desto schönere Früchte von ihm erhal-

ten zu können. — Zerstörung oder auch Umkehrung und Veränderung des Gesellschaftszwecks ist daher durchaus nicht in der Sphäre der Staatsverwaltung enthalten. Und wenn dies ist, so thut der Unterthan keinen Eingriff in das Gebiet der Staatsverwaltung, wenn er sich dem Regenten, der diese Grundfeste der Regierung und seiner eignen Existenz als Oberherren zernichtet, durch Ungehorsam und dann durch Thätlichkeit widersetzt. Denn eine Handlung die den Gesellschaftszweck verletzt, ist kein Akt der Staatsverwaltung; und der Oberherr, der diese Handlung begeht ist (bezogen auf diesen bestimmten Akt) nicht Regent und Oberhaupt des Staats. Hierbei muß aber wohl gemerkt werden, dafs, wie wir eben ausgeführt haben, nicht das als eine Verletzung des Gesellschaftszwecks zu betrachten ist, wenn er entweder durch die von der

Regierung gewählten Mittel nicht erreicht, oder, sey es nun durch die Schuld des Regenten, oder auch durch Schuld der zufälligen Umstände und unvorhergesehener Begebenheiten, die Erreichung desselben gänzlich unmöglich wird. Die Regierung beweist sich dadurch immer noch als Regierung. Sie verwaltet den Staat. Sie hat in ihren Handlungen und Unternehmungen sein Wohl und seinen Zweck vor Augen. Ihre oberherrliche Absicht wird nur durch ihre Schuld oder durch den Zufall, durch die Natur der Mittel oder durch unvermeidliche Nothwendigkeit vereitelt — und dafür ist sie bloß sich selbst und ihrem Gewissen, nicht aber dem Volke, Rechnung abzulegen verpflichtet. Bloß dann verletzt sie den Gesellschaftszweck, wenn sie ihn *unmittelbar*, d. h. nicht erst durch eine Folge dazwischen kommender Ursachen,

durch Gesetze oder sonstige Verfügungen beleidigt. *)

Zweitens aber: woher hat den die Regierung das Recht Unterwerfung von ihren Untergebenen zu fordern? Woher sind die Untergebenen verpflichtet, diese Unterwerfung wirklich zu leisten? doch wohl nur aus einem Vertrag, aus einem stillschweigenden oder einem ausdrücklichen Vertrag. Denn einen andern Grund der Verpflichtung Handlungen zu thun, oder zu unterlassen, deren rechtliche Nothwendigkeit nicht unmittelbar aus dem ursprünglichen Princip der Freiheit folgt, vermag ich mir nicht zu denken. Wenn nun dies wirklich ist, wenn der Unterthan nur darum die Verbindlichkeit hat, dem Oberherrn zu gehorchen und seiner Staatsverwaltung Folge zu

*) Wie dieses geschieht, dies wird im zweiten Buche bestimmt und ausgeführt werden.

leisten, weil er durch einen Vertrag mit demselben sich dazu verpflichtet hat, so ist doch wohl das die nothwendige Folge, daß er nicht bloß verbunden ist, zu thun, was er zu thun versprochen hat, sondern auch, daß er berechtigt ist, dasjenige nicht zu thun, was er nicht versprochen hat. Es ist ferner das die Folge, daß der Unterthan sich widersetzen darf, wenn der Regent die Grenzen seiner Macht überschreitet, und ihn zu mehreren Leistungen, als er in seinem Vertrage übernommen hat, durch die ihm anvertraute Gesellschaftsgewalt nöthigen will. Denn der einzige Grund, warum er in andern Fällen dem Oberherrn nicht widerstehen darf, liegt ja nur darin, weil er ihm in diesen Fällen zu gehorchen und nicht zu widerstehen versprochen hat. Sollte uns daher der Unterwerfungsvertrag, außer dem Zweck des Staats, auch noch andere Grenzen der

Regierung zeigen, über welche hinaus der Unterthan keinen Gehorsam versprach, oder keinen versprechen konnte, so würde auch die Überschreitung dieser Grenzen dem Unterthan zum Ungehorsam und zur Widersetzlichkeit, ein Recht ertheilen. Und auch dadurch würde er nicht in die Regierung des Staats einen rechtswidrigen Eingriff thun. Denn nur die innerhalb dieser Grenzen sich befindenden Handlungen würden Handlungen der Regierung seyn.

Es ist mithin ein großer Unterschied zwischen Eingriffen in die Regierung und zwischen der Behauptung der aus dem Unterwerfungsvertrag auch für das Volk erworbenen Rechte. Dort urtheilt das Volk über die Regierung selbst, hier über, die Gränzen derselben; dort urtheilt es, ob der Staat klug, hier ob er gerecht handelt; dort urtheilt es über die Tauglichkeit oder Untaug-

lichkeit der gewählten oder zu wählenden Mittel, hier über den Zweck selbst, ob er verletzt oder nicht verletzt ist; dort beurtheilt es Rechte, die dem Staat oder seinem Repräsentanten gegen die Unterthanen zustehen, hier beurtheilt es die, welche es sich selbst gegen Staat und Oberherrn erworben hat; dort endlich ist es Beleidiger der Rechte und Befugnisse des Staats, hier ist es Vertheidiger seiner eignen Rechte gegen die gewaltsamen Anmaßungen einer die Grenzen des Rechts überschreitenden Gewalt. — Sollte dies noch einer Erläuterung bedürfen? Ich wähle ein bekanntes Beispiel. Man erinnere sich an den *Dictator* der Römer. Dieser wurde von dem Staat in Augenblicken der Gefahr gewählt und erhielt eine unumschränkte Gewalt. Alle Magistrate, die Tribunen ausgenommen, legten ihr Amt nieder. Nichts, selbst nicht Appellation an das Volk be-

schränkte seine Willkühr. Leben und Tod, Eigenthum und Freiheit der Bürger standen in seiner Gewalt. Er konnte Armeen werben und abdanken, konnte Krieg anfangen und Frieden schliessen: kurz er durfte alles verfügen, was er dem Staate für vortheilhaft hielt und wodurch er die Republik retten und erhalten zu können glaubte. Die Römer waren daher ihrem Dictator zu dem, was sie auch wirklich thaten, verpflichtet. Sie mußten ihm in den Verfügungen, die er als Dictator beschloß, unbedingt gehorchen. — Allein seine Dictatur währte gesetzlich nur 6 Monate; er durfte nicht die öffentlichen Gelder angreifen; durfte nicht Italiens Grenzen überschreiten und sich in der Stadt auf keinem Pferde sehen lassen. Wie nun, wenn er es sich etwa hätte einfallen lassen, diese Grenzen seines Amtes zu überschreiten? mußte das Volk auch hier seinen Be-

fehl als göttlichen Ausspruch verehren? that es einen Eingriff in das Recht seiner Würde: das Beste der Republik nach eignem Gutdünken zu besorgen, wenn es sich etwa der Ausdehnung seiner Macht über 6 Monate, oder einem Gebrauch der öffentlichen Gelder ohne Einwilligung des Volks, oder einer andern Erweiterung seiner Gewalt widersetzt hätte? *) — Es ist hier derselbe Grund der Entscheidung vorhanden, den uns die Vernunft darbietet, wenn der *Oberherr* die Grenzen seines übertragenen Rechts überschreitet. Jeder hat nur die Rechte welche er entweder von Natur oder durch Übertragung besitzt. Will er mehr als *diese*; so wird er *Beleidiger*: und glaubt er, daß die Beleidigten ver-

*) Daß das römische Volk sich dieses Mittels nicht zu bedienen brauchte, sondern nach der Niederlegung seines Amtes ihn belangen konnte, das thut hier nichts zur Sache.

pflichtet seyen, in seine Anmaßungen sich zu fügen so ist er ein *Thor*.

Es bedarf wohl kaum meiner Erinnerung, daß sich, durch diese Bestimmung der Staatsverwaltung und ihrer Grenzen, sehr leicht der Widerspruch auflöse, den man, zwischen einem Regenten und einem den Regenten zwingenden Unterthan, zu sehen glaubt. Bloß dann wäre ein solcher Widerspruch wirklich vorhanden, wann der Unterthan eben da dem Oberherrn zu widerstehn berechtigt wäre, wo dieser berechtigt wäre, von dem Unterthan Gehorsam zu fodern. Der Bürger würde dann zugleich Unterthan und Regent; der Regent zugleich Regent und Unterthan seyn. Allein so ist es nicht. In denen Fällen, in welchen der Unterthan das Recht hat, der oberherrlichen Person zu widerstehen, ist kein Oberherr vorhanden, welcher ein Recht hätte, den Unterthanen zu gebie-

ten, und da, wo der Oberherr befugt ist, seinen Unterthanen zu gebieten, da ist für diese kein Recht vorhanden, diesen Geboten sich zu widersetzen. Nichtexistenz der Regierung *) und Zwangsrecht der Unterthanen gegen den Oberherrn; Existenz der Regierung und unbedingte Verbindlichkeit zum Gehorsam stehen sich wechselseitig einander gegenüber. — Und so bietet uns wohl der Begriff eines Oberherrn und eines insurgirenden Unterthans keine auch noch so geringe Fläche dar, an der sie sich stoßen und wechselseitig zerstören könnten.

Dagegen wird man freilich die Einwendung in Bereitschaft haben, daß, um den Zweck des Staats desto sicherer und ungestörter zu erreichen, dem Oberherrn alles und unbedingt übertra-

*) Versteht sich immer: *für und in dem bestimmten Fall*, in welchem der Regent die Grenzen seiner Gewalt überschreitet,

gen worden sey; daß daher dieser keine andere Grenze seiner rechtlichen Macht anzuerkennen habe, als die, welche ihm sein innerer Richter, Pflicht und Gewissen, setzt; und mithin, jener Unterscheidung ungeachtet, beide Begriffe in einem unauflöslichen Widerspruch mit einander begriffen seyen. Allein wir haben schon diesen Einwurf anticipirt;*) indem wir gezeigt haben, daß nichts unvernünftiger und sich selbst widersprechender gedacht und ersonnen werden könne, als ein solcher unendlicher durch nichts bedingter Unterwerfungsvertrag **) —

*) Im Kap. VI.

**) *Hagemeister* sagt: (in s. Zusätzen zu *Schnauberts* Diss. auch der Regent etc. Zus: IV.) „Ich halte ein solches Verhältniß (unbedingte Abhängigkeit näml:) für rechtlich unmöglich, und eine auf diese Art bedingte Abhängigkeit kannes demnach gar nicht geben.“ Sein Grund ist: Höhere Zwecke und Pflichten ver-

Hier ist aber wohl der schicklichste Ort auf die besondern Argumente Rücksicht zu nehmen: mit welchen sich unser gelehrter und scharfsinniger *Genz**) wider das Zwangsrecht der Unterthanen gegen den Regenten überhaupt, insbesondere aber wider die Bedingtheit des Unterwerfungsvertrags erhoben hat. Seine Gründe sind folgende:

bieten schlechthin eine solche Unterwerfung, wobei die Unterthanen nach Willkühr zu bloßen Mitteln der beliebigen Zwecke des Regenten gebraucht werden könnten.“ Allein dieser Grund begründet zwar eine *moralische*, aber keine *rechtliche* Unmöglichkeit, und ist ausserdem gar manchen Ausflüchten und Einwendungen ausgesetzt. Wir kommen leichter und mit mehr Wahrheit zum Ziel, wenn wir das Widersprechende eines solchen unbedingten Unterwerfungsvertrags zeigen.

*) Berl. Monatschr. 1793. Dec. S. 542

„Soll die Abhängigkeit, sagt er, durch den ursprünglichen Vertrag *bedingt* seyn, — das Lieblingssystem unsrer Zeiten, wobei man einen Contract zwischen dem Oberhaupt und Unterthanen annimmt; — so muß in diesem Contract, und der darauf gebauten Staatsverfassung, die Bedingung, unter welcher dem Oberhaupt gehorcht werden soll, angegeben, mithin auch der Fall, wo man ihm nicht mehr gehorchen darf, oder mit andern Worten, wo es nichts mehr geben wird, wodurch man rechtlich zwingen kann, das heist, die Möglichkeit gänzlicher Gesetzlosigkeit (Anarchie) constituit seyn. — Eine solche Voraussetzung widerspricht aber sich selbst. Denn da der einzige Zweck des gesellschaftlichen Vertrages die Sicherstellung der Rechte ist; so liesse sich nichts widersinnigers denken, als das Verfahren, den Zustand einer absoluten Unsicher-

heit aller Rechte in irgend einem Fall, als ein Mittel zu diesem Zweck zu gebrauchen: und die Absurdidät eines solchen Verfahrens wird noch einleuchtender, wenn man erwägt, daß sich gar nicht voraus bestimmen läßt, wie bald der reservirte Fall eintreten kann, und ob nicht vielleicht durch ein Versehen des Oberhauptes das ganze Kunstgebäude einige Augenblicke nach seiner Errichtung zusammenstürzen wird.“

Dagegen habe ich mancherlei zu erinnern.

1) *Genz* sagt: die Bedingung des Unterwerfungsvertrags muß *angegeben* werden. Der Verf. glaubt also, es müsse ausdrücklich und zwar durch Worte der Fall bestimmt werden, in welchem es den Unterthanen erlaubt sey, gegen den Regenten zu insurgiren. — Denn: *angeben* hat nach dem Sprachgebrauche

diese Bedeutung. Allein wie? giebt es denn nicht in allen Arten von Verträgen gewisse Bedingungen und Clauseln, die gar keiner ausdrücklichen oder gar *wörtlichen* Erklärung bedürfen? — Ich meine, was analytisch aus dem Begriff des vorhabenden oder unternommenen Geschäfts sich ergibt, das versteht sich nothwendig von selbst, wenn auch nicht das geringste darüber gesagt oder sonst bestimmt worden ist; und ist so lange als vorhanden und gültig zu betrachten, als nicht das Gegentheil ausdrücklich verabredet worden ist. Wenn ich zu jemanden sage: ich schenke dir diese Summe Geldes, so sage ich auch zugleich: ich will sie nicht wieder fodern; wenn ich sage: ich leihe dir diese Summe, so habe ich hie mit auch gesagt: du sollst mir das Geliehene in seiner Gattung wiedergeben; und wenn ein Volk zu einem Menschen sagt: du sollst unser Regent seyn, so

sagt es auch : du sollst uns dem allgemeinen Willen gemäß regieren.

2) In dem Fall, wo der Unterthan dem Regenten den Gehorsam versagt, soll es nichts mehr geben, wodurch man rechtlich zwingen kann. — Im Staate selbst und in denen Fällen, wo mir der Staat Recht verschaffen kann, da freilich ist die Sentenz und die Macht des Regenten der einzigmögliche, von der Gerechtigkeit gebilligte Weg, auf dem ich mein Recht suchen und erhalten darf. Allein *Genz* will noch mehr als dies. Er will, daß überhaupt der Arm des Regenten das einzige Mittel sey, durch welches man rechtlich zwingen könne. Denn er behauptet ja, daß im Falle einer Insurrection der Staat und mit ihm auch der Weg des Rechts nicht mehr vorhanden sey. *Robinson*, der arme, rechtlose *Robinson*, hatte also kein Recht, gegen die Wilden sich zu wehren, die ihm seine

Ländereien zerstören, und ihn selbst bei festlichem Schmaufse verzehren wollten. Er mußte entweder fliehen, wenn er konnte, oder sich ganz ruhig von ihnen braten und skalpiren lassen. Noch weniger dürfen wir, die wir im rechtlichen Zustande uns befinden, unser Eigenthum oder Leben gegen Räuber und Mörder vertheidigen. Wir müssen entweder davon laufen, oder durch Ergebung in die Macht unsrer Beleidiger, das Recht ihrer Stärke anerkennen. — Aber vielleicht sollen die oben angeführten Worte in einem andern Sinn genommen werden. Der Verf. scheint sie durch das darauf folgende zu erklären, indem er sagt: „es werde (durch den Fall nämlich, wo man dem Oberherrn nicht mehr gehorchen darf) die Möglichkeit gänzlicher Gesetzlosigkeit constituirt.“ — *Möglichkeit!* — bedeutet dies *physische*, bedeutet es *rechtliche Möglichkeit?*

denn von diesen beiden Möglichkeiten kann hier die Rede seyn. Die *erste* kann der scharfsinnige Mann wohl nicht gemeint haben. Denn physische Möglichkeit zur Anarchie ist im Grunde überall vorhanden. Alle Glieder der Gesellschaft dürfen ja nur die Anarchie wollen, so ist sie wirklich vorhanden. Und ist denn nothwendig in dem Falle die physische Möglichkeit zur Gesetzlosigkeit und Anarchie begründet, wo der Unterthan dem Regenten den Gehorsam versagt? — Durch die Insurrection des Volks ist ja noch gar nicht nothwendig alles Gegen- oder Übergewicht der Macht des Regenten aufgehoben. Dieser kann ja noch genug Trabanten, Getreue und Bundesgenossen auf seiner Seite haben, durch die er sein Volk unter der Botmäßigkeit und in dem Gehorsam der Gesetze erhält. — Es muß also wohl die *rechtliche* Möglichkeit seyn, von wel-

cher der Vf. hier geredet hat. Allein diese wird durchaus nicht dadurch begründet, daß der Unterthan das Recht hat, in einem bestimmten Falle dem Oberherrn zu widerstehen. Staat, Bürgerthum, Oberherrschaft, Gehorsam gegen die vorhandenen und noch zu gebenden Gesetze des Staats: alles dies besteht in friedlicher Eintracht neben dem Rechte der Insurrection, selbst neben der wirklichen Ausübung dieses Rechts. Denn das Recht zum Ungehorsam oder zum Widerstand erstreckt sich nicht weiter, als nur gerade auf den Fall, der es begründet; so wie die Nichtexistenz der Oberherrschaft nur auf den Fall beschränkt ist, in welchem die Person, welche einen oberherrlichen Willen hat, die aus dem Unterwerfungsvertrag dem Volk erworbenen Rechte beleidigt. Die Befugniß zur Insurrection berechtigt also keineswegs die Unterthanen, die bestimmten ge-

gesellschaftlichen Bande, durch welche sie bisher vereinigt waren, zu zerreißen; die Grundverträge muthwillig zu brechen; dem Regenten für immer den Gehorsam zu versagen, und so ihr einmal gegebenes Versprechen einseitig zu widerrufen. — Sie bleiben im Staat unter denselben Bedingungen vor wie nach; bleiben an die Gesetze und einmal bestehenden Einrichtungen ihrer Gesellschaft in dem Zustande der Insurrection eben so fest gebunden, wie in dem Zustande der tiefsten Ruhe und der innigsten Zufriedenheit; müssen den gerechten Befehlen und Verordnungen des Regenten, die er während oder nach dem Aufstande giebt, eben so pünktlich und unbedingt gehorchen, als wenn er sie nie beleidigt, nie eine Veranlassung zur Unzufriedenheit und zum rechtlichen Widerstand gegeben hätte. Bloß und allein für und in dem bestimmten Falle, in

welchem der Regent sein Volk beleidigt, ist der Oberherr und der Unterthan, das Recht zu befehlen und die Pflicht zu gehorchen aufgehoben. — Aber kann denn das Volk nicht leicht von diesem gemäßigten Mittelwege zu gefährlichen Extremen ausschweifen? Wie läßt es sich denken, daß eine, von Haß und Leidenschaften erhitzte Nation, die zarte Linie nicht überspringen wird, welche die Gerechtigkeit von der Ungerechtigkeit scheidet? — Allerdings, die Erfahrung lehrt, daß dies geschehen ist, die Geschichte des menschlichen Geistes, daß es leicht geschehen kann. Allein dafür hat nicht der Lehrer des Rechts, sondern der zu sorgen, welcher die Schicksale der Menschen und Nationen lenkt.

Doch ich will alles den Gegnern zugeben, was ich ihnen bisher abgeläugnet habe, und annehmen, daß mit der Insurrection Anarchie *nothwendig* ver-

bunden sey. Was haben sie dadurch gewonnen? — Denn da sie einen durchaus unbedingten und unbegrenzten Gehorsam behaupten, so müssen sie ihn auch in dem Zustand einer absolut-tyrannischen Regierung von uns verlangen, einer Regierung also, wo die Maxime, weder Bürger- noch Menschenrechte der Unterthanen anzuerkennen, an die Stelle des gemeinen Willens getreten ist. Da zeigt sich denn aber sogleich, wie wenig sie sich auf die Würdigung des Vernunftinteresse's für Freiheit und Menschenrecht verstehen, wenn sie uns die Tyrannei zu ertragen gebieten, um den Gefahren der Anarchie zu entgehen. Sie stürzen uns in die Abgründe der Scylla, um uns vor den Seestürmen zu bewahren. — Es bedarf nur einer geringen Aufmerksamkeit und einer flüchtigen Vergleichung, so wird man überzeugt seyn, daß die Anarchie mit den Gesetzen der Freiheit

und des Rechts weit übereinstimmender sey, als eine solche Regierung. Zwar ist der Stand der Anarchie der Stand der Natur, mithin ein unrechtlicher Stand, weil in ihm kein allgemeiner Wille und keine Macht vorhanden ist, durch welche die wechselseitige Freiheit geschützt und behauptet werden könnte. Dies ist aber kein Grund, um der Tyrannei einen Vorzug einzuräumen. Denn auch hier ist kein rechtlicher Zustand, weil der Zweck und die Maxime des Regenten-Willens nicht auf Beschützung der Freiheit gerichtet ist, und der Bürger von dem Oberhaupt die Beleidigungen zu ertragen hat, die er in dem Naturstande von seines Gleichen zu besorgen hatte. In so ferne hielten sich also die Nachtheile beider Zustände ganz im Gleichgewicht und es wäre durchaus gleichgültig, welchen von beiden der Mensch, um seine Freiheit zu schützen oder zu verlieren,

erwählen wollte. Vielleicht aber giebt es Gründe, welche selbst zum Vortheile des letztern entscheiden könnten. Und diese sind mir kürzlich folgende. 1) In dem Naturstande habe ich die Verletzung meiner Freiheit nur von der Privatgewalt der Einzelnen zu erwarten; in dem Zustande der Tyrannei aber von einer öffentlichen Macht und den vereinigten Kräften aller. 2) Der Naturstand (in rechtlicher Hinsicht) ist nur ein *Stand* des Kriegs; die Tyrannei ist ein *wirklicher* Krieg des Tyrannen und seiner Diener gegen die Einzelnen. 3) In dem Naturstande habe ich die Freiheit für die Erhaltung meiner Rechte selbst zu sorgen; in dem Stand der Tyrannei ist mir diese Freiheit genommen, und statt die Sorge für meine Sicherheit von einer oberherrlichen Gewalt erwarten zu können, ist diese vielmehr bereit, sie gänzlich zu zerstören.

Nach diesen wenigen Vergleichungspunkten, die aber mit noch vielen andern vermehrt werden könnten, und uns vielleicht auch in *moralischer* Rücksicht von den Vorzügen einer Anarchie überzeugen müßten, wird nun wohl diese uns bei weitem nicht so furchtbar erscheinen, um lieber alle Schrecknisse des Despotismus und seiner Gefährten in schweigender Geduld zu ertragen, als mit Gefahr noch größerer Übel, seine drückenden Fesseln zu zerreißen. *Malo turbulentam libertatem, quam quietum servitium*, dies war von jeher die Maxime des freien Mannes, und das wird sie ewig bleiben.

Man kann vielleicht hiegegen anführen, daß doch auch unter der tyrannischsten Herrschaft ein gewisser Grad der Freiheit und des rechtlichen Zustandes übrig bleibe. — Allein ebenso gut kann ich sagen, daß auch in dem Naturstande und in der zügellos-

sesten Anarchie ein gewisser Grad der Sicherheit und Ruhe, mithin auch der Freiheit übrig bleiben müsse. Zudem ist der Satz falsch. Denn es kann gar wohl gedacht werden, und ist dem Begriff absoluter Tyrannei vollkommen gemäß, daß gar keine Sicherheit der Rechte, weder in Beziehung auf den Regenten, noch in Beziehung auf die übrigen Mitbürger vorhanden ist. Und soll auch hier gehorcht werden? soll auch hier der Staat, oder wie wir nun eine solche Gesellschaft in diesem Falle nennen wollen, vor der drückenden Freiheit des Naturstandes einen Vorzug verdienen? —

Ich füge zu allem diesen noch folgende Bemerkungen. — Man mag die Anarchie, von der man sagt, daß sie den Zustand der Insurrection begleitet, als nothwendig oder als zufällig betrachten, so muß man doch das zugestehen, daß sie nur ein vor-

übergehender Zustand sey, an den sich bald die Ruhe oder eine andere, vielleicht auch bessere, Verfassung des Staats anschliessen werde. Es läßt sich dies nicht *a priori* und mit einer apodiktischen Gewißheit behaupten. Aber die Neigungen des menschlichen Geistes und die Geschichte, diese große Lehrerin der Weisheit, sind uns für unsre Behauptung Bürge. Das Bedürfnis der Geselligkeit überhaupt und die besondern Bedürfnisse, welche durch die Staatsverbindung erweckt und befriedigt worden sind; die Cultur des Geistes, welche der Gründung einer jeden bürgerlichen Gesellschaft vorangehen muß, und dann durch sie entweder mittelbar oder unmittelbar erweitert oder doch befestigt wird; die Erfahrung von der Nothwendigkeit und den Wohlthaten einer bürgerlichen Vereinigung, welche sich selbst dem rohesten und wildesten Menschen, er

lebe auch unter welchen Bedingungen
 er wolle, ohne Mühe darbieten muß;
 endlich auch die Gewohnheit beherrscht
 zu werden, und die durch Gewohnheit
 bestärkte Neigung zur Ruhe und ge-
 setzmäßigen Ordnung; — diese Ur-
 sachen werden eine jede Nation, selbst
 nach den größten Ausschweifungen
 und Greueln des Libertinismus, in die
 Schranken des Gehorsams und des bür-
 gerlichen Vereins zurückführen. Dies
 bestätigt uns auch die Geschichte.
 Sie liefert uns kein einziges Beispiel
 eines rebellirenden Volks, das, selbst
 nach Aufhebung der ganzen vorherge-
 henden Ordnung der Dinge, sich wie-
 der zum außergesellschaftlichen Stand
 zerstreuet hätte. Vielmehr haben alle
 entweder ihren vorigen Regenten und
 Staat wieder als den ihrigen anerkannt,
 oder haben auf den Überresten des zer-
 störten einen neuen sich gegründet. —
 Sey also die Anarchie so schrecklich

und der Freiheit so gefährlich, wie sie nur immer wolle: sie ist nur vorübergehend und der Weg zur Freiheit — oder doch zur Ruhe. Die Bürger, die sich durch Insurrection gegen einen Tyrannen in die Gefahren dieses Zustandes wagen wollten, dürften daher bloß wegen dieser Gefahren allein sich nicht zurückschrecken lassen, und sich an ihrer eignen Freiheit und an der Gerechtigkeit zu versündigen glauben. „Durch unser Beginnen, könnte ein insurgirender Bürger zu seinen Bürgern sagen, werden wir unsere Rechte, unsere Güter und unser Leben in Gefahr begeben. Aber dies ist ein Opfer, das wir unsrer Freiheit und der Pflicht, die uns alle zu einem Bund vereinigt, darbringen müssen. Wir verlieren nichts dabei; weil die Ruhe unter unserm Tyrannen, eben so tief unsre Freiheit kränkt, als die Unruhe, deren Stürme wir erwarten. Aber wir werden gewin-

nen; wir werden die Freiheit durch die Sklaverei der Anarchie gewinnen. Auf die Tage voll Ungewitter werden Jahre des Friedens folgen; auf den Trümmern der Tyrannei wird die Freiheit einen Thron sich gründen, und ein verjüngter Staat aus der Leiche des vorigen sich erheben.“

Ich führe dies alles nicht an, um etwa ein Recht zur Revolution begründen, oder meine Behauptung *directe* dadurch beweisen zu wollen; sondern nur um zu zeigen, mit wie wenig Gründen der Zustand der Anarchie über den Zustand der Tyrannei erhoben werde. — Doch ich kehre zu unserm Verf. zurück.

Es soll sich 3) nichts widersinnigers denken lassen, als das Verfahren, den Zustand einer absoluten Unsicherheit der Rechte, als ein Mittel zur Sicherstellung der Rechte zu gebrauchen. —

Allein *erstens*, ist gezeigt worden, daß in rechtlicher Hinsicht der Zustand der Insurrection kein Zustand der absoluten Unsicherheit der Rechte sey. *Zweitens* aber: welches von beiden ist widersinniger; dem Oberherrn, wenn er Unterthanenrechte kränkt, widerstehen, oder um der Sicherheit der Rechte willen, ihm das Recht geben, den Besitz aller Rechte unsicher zu machen? — Wie konnte es doch diesem scharfsinnigen Mann entgehen, daß der Widerspruch, den er seinen Gegnern Schuld giebt, mit verdoppelter Stärke auf ihn selbst zurückfalle? — Oder ist etwa da auch nur einen Augenblick die geringste Sicherheit der Rechte, wo ein Mann das Recht und die Macht hat, alles zu wollen und zu thun, wie ihn seine Laune, seine Leidenschaft und seine Bosheit treibt; — den Staat, seinen Zweck und die heiligsten Rechte des Bürgers und des Menschen zu verletzen und zu zer-

stören; die Unterthanen willkürlich zu plündern und zu berauben; ihre Weiber gewaltsam zu verführen und zu schänden; die Nation, wie ein Kuppel Sklaven zu verpachten und zu verkaufen; die Bürger, bloß zu Befriedigung seiner Lüste, als Opfer seines blutdürstigen Sinnes, zu schlachten. — Eine solche Macht also zu constituiren, das ist das Mittel, das einzige Mittel, durch welches der Mensch seine Rechte erhalten und vor den Attentaten menschlicher Bosheit sichern kann! das ist der Inhalt des Vertrags, den er schliessen und heilig halten muß, wenn er nicht mit sich selbst und mit der Vernunft in die größten Widersprüche gerathen will! — Wahrlich, wenn die Unterwerfung unter den Willen eines Oberhauptes diese Bedeutung hat, so fühle ich mich, wegen des gefährlichen Dilemma's entweder Unsinn zu sagen, oder

eine solche Gewalt über mich anzuerkennen, von ganzen Herzen versucht in die Wälder zu meinen Halbbrüdern zurückzukehren. Denn diese haben doch nur Klauen und Zähne; der Mensch aber hat Bosheit und Verstand: und so würde ich wohl unter jenen eine grössere Sicherheit für meine Rechte finden.

4) Die Absurdität eines solchen Verfahrens soll dadurch noch einleuchtender werden, daß es gar nicht vorausbestimmt werden kann, *wie bald* der reservirte Fall eintreten werde. — Wie durch dieses: *wie bald* die Absurdität eines bedingten Unterwerfungsvertrags noch klärer einleuchten solle, das vermag ich durchaus nicht zu verstehen, wie viel weniger zu begreifen. Denn das wie bald? ob heute oder morgen? ob in einem Jahr oder in einem Säculum? — das alles kann auf Untersuchungen des Rechts; auf die Fra-

ge: was ist der Gerechtigkeit gemäß oder nicht gemäß? auch nicht den geringsten Einfluß haben. Denn dieser Gegenstand der übersinnlichen Welt (wie er es denn wirklich ist, mag übrigens das, was unter ihn subsumirt wird, noch so irdisch und sinnlich seyn) ist an keine Bestimmungen der Zeit gebunden.

Noch bitte ich zu bemerken und wohl ins Auge zu fassen, daß unser Verf. immer von dem *widersinnigen* und *absurden* eines solchen Vertrages spricht. *Widersinnig*, *absurd* bedeutet aber wenn es auf Zwecke und Handlungen des Menschen bezogen wird, nicht etwa das, was den *Gesetzen*, sondern was den Regeln des Verstandes, mithin den Maximen der Klugheit widerspricht. Man sieht also leicht die Ursache, welche den würdigen Mann zu dieser Theorie verleitet hat. Er wollte eine Frage des Rechts auflösen und

die *Klugheit*, welche sich beim ersten Anblick gegen den bedingten Unterwerfungsvertrag zu erklären scheint, schob ihm unvermerkt *ihre* Antwort unter.

Nach den bisher vorgelegten Gründen glaube ich mich nun vollkommen zu der Behauptung berechtigt, (und vielleicht ist sie auch die Behauptung Manches meiner Leser geworden;) daß dieser erste Einwurf unsrer Gegner auf einem sehr schwankenden und schlüpfrigen Boden gegründet sey. Er stützt sich entweder auf die falsche Voraussetzung, daß der Unterwerfungsvertrag dem Oberherrn eine volle Gewalt, selbst in Hinsicht auf den Zweck des Staats übertrage, oder sie beruht auf einer (man erlaube mir diesen Ausdruck) erschlichenen Folgerung; indem man von der allerdings wahren Behauptung, daß sich der Unterthan nicht in die Regierung mischen dürfe, auf den Schluss überspringt, daß er über nichts

was den Staat angeht, ein rechtskräftiges Urtheil zu fällen habe.

Aus demselben Gründen, deren wir uns bisher bedienet haben, kann zum Theil auch noch ein zweiter Einwurf geprüft und zurückgewiesen werden: welcher darin besteht, daß ein Zwangsrecht des Unterthans gegen den Regenten einen offenbaren und unauflöslichen Widerspruch mit der dem Regenten zustehenden *höchsten zwingenden Gewalt* begründen soll. Denn, sagt man, da der Regent im Besitz der höchsten zwingenden Gewalt ist, eine solche Gewalt aber das Merkmal absoluter Unwiderstehlichkeit in sich faßt, so kann die Behauptung, welche den Unterthanen ein Befugniss zum Widerstande zugesteht, keinen andern Sinn, als den enthalten: es ist in dem Regenten die höchste zwingende Gewalt und auch nicht vorhanden; der Unterthan darf dem Regenten widerstehen und er darf

ihm nicht widerstehn. Wir wollen auch diese Behauptung prüfen.

Die zwingende Gewalt *des Staats* besteht in dem Gebrauch der öffentlichen Macht, um durch sie die Privatzwecke der Bürger den Zwecken des Staats gemäß zu bestimmen.

Diese Gewalt darf nicht verwechselt werden 1) mit der executiven Gewalt überhaupt. Denn letztere hat alle diejenigen Handlungen zum Gegenstande, durch welche der erklärte Wille des Staats *zuletzt* ausgeführt und zur Vollendung gebracht wird; sey es nun, daß dies durch Zwang oder nicht, mittelst des Gebrauchs der öffentlichen Macht oder durch ein anderes Medium geschieht. Die zwingende Gewalt ist nur ein Theil der executiven. 2) Sie darf nicht mit der *strafenden* Gewalt verwechselt werden. Denn Zwang und Strafe sind zwei von einander wesentlich verschiedene Begriffe.

Warum ist nun die zwingende Gewalt des Staats *höchste* zwingende Gewalt? — Darum ohne Zweifel, weil sie ein Theil der höchsten Gewalt überhaupt ist.

Das Wesentliche der höchsten Gewalt ist also auch das Wesentliche der höchsten zwingenden Gewalt. Sie ist absolut, unbedingt und unwiderstehlich.

Aus diesen Prädicaten des Zwangsrechts des Regenten scheint nun sogleich beim ersten Blick das Widersprechende und Ungereimte eines Zwangsrechts der Unterthanen zu erhellen. Allein eine kurze Betrachtung der Natur eines Zwangsrechts überhaupt und der höchsten zwingenden Gewalt insbesondere, wird uns mit leichter Mühe von dem Nichtwidersprechenden und Gereimten eines solchen Zwangsrechts überzeugen.

Es ist offenbar, daß ein Zwangsrecht jederzeit durch ein anderes Recht müsse begründet seyn und das Recht zu zwingen nicht weiter gehe, als das Recht, welches ich durch den Zwang behaupten oder erhalten will. Es giebt kein Recht, ein anderes vernünftiges Wesen zu zwingen, als nur in so weit mir das Recht zusteht, von ihm eine Handlung zu fodern. Wo daher kein Recht ist, da ist auch kein Zwangsrecht; wo keine Befugniss ist, von dem Andern eine Leistung zu fodern, da ist auch keine Befugniss ihm durch den Gebrauch physischer Kräfte seine Freiheit zu beschränken. — Dies kann durchaus keine Ausnahme leiden; es mag von einem Individuum oder von einer Gemeinheit; von einer physischen oder moralischen; von einer öffentlichen oder Privatperson die Rede seyn. Auch die zwingende Gewalt des Staats und seines Repräsentanten des

Oberherrn hat nur in den demselben zustehenden Rechten Grund und Quelle. Weil der Oberherr durch den Unterwerfungsvertrag Rechte erhalten hat, darum und bloß darum hat er auch das Recht, diese Rechte durch physische Gewalt zu behaupten; weil er das Recht hat, den Willen der Bürger dem Staatszweck gemäß zu bestimmen, darum hat er auch das Recht, dieser Bestimmung durch die physische Macht der Gesellschaft Kraft und Nachdruck zu ertheilen. Die höchste Gewalt ist daher der Grund des Daseyns der höchsten zwingenden Gewalt. Diese kann nicht vorhanden seyn, ohne jene; jene kann nicht wirksam seyn ohne diese. Hieraus ergeben sich folgende wichtige Corollarien:

1) So weit sich das Recht des Oberherrn erstreckt zu *bestimmen*, so weit erstreckt sich das Recht, dieser Bestimmung gemäß zu *zwingen*. Mit andern

Worten: wo Regentenwille ist (nach obiger Bedeutung dieses Worts,) da ist auch Recht der zwingenden Gewalt.

2) Wo der Oberherr kein Recht hat, zu bestimmen, da hat er auch kein Recht zu zwingen. Wo sich Oberherrschaft und Regentenwille endigt, da endigt sich die zwingende Gewalt.

Wo in aller Welt ist also der Widerspruch zwischen einem Insurrectionsrecht der Unterthanen und dem Begriff der höchsten zwingenden Gewalt? — Freilich ist in dem Rechte der Regierung auch das Recht enthalten, alles dasjenige, was von ihr in Rücksicht des allgemeinen Wohls beliebt worden ist, mit Zwang in Wirksamkeit zu setzen und gegen den Privatwillen der Unterthanen zu behaupten. Zugleich ist dieses Zwangsrecht als ein Theil der höchsten Gewalt überhaupt, schlechthin gültig und unwiderstehlich. Kein Ungehorsam und keine Insurrection

kann gegen einen solchen Zwang stattfinden, so wenig als sie gegen das Gesetz oder die Verfügung stattfinden können, welche jenes Recht zum Zwang begründen. Wenn aber das Recht zu zwingen nicht weiter gehen kann, als das Recht der Oberherrschaft selbst; wenn jenes dem Regenten nur darum und nur in so ferne zusteht als und in wie ferne er diese besitzt: so hat die höchste zwingende Gewalt mit dem Recht der höchsten Gewalt überhaupt eine und dieselbe Grenze und hört auf, wo das Recht aufhört von den Unterthanen Gehorsam zu verlangen. Zwingt also der Unterthan den Regenten, wo dieser die Grenzen der höchsten Gewalt überschritten hat, so zwingt er den Regenten, wo dieser kein Recht zum Zwange besitzt; braucht Gewalt zwar gegen die oberherrliche Person, aber nicht gegen das Oberhaupt selbst und also auch nicht gegen die höchste

zwingende Gewalt. — Als *Philipp der zweite* von Spanien, nachdem er schon die heiligsten und vollkommensten Rechte seiner niederländischen Unterthanen gekränkt hatte, an den unglücklichen *Wilhelm von Oranien* schrieb: „er allein habe zu befehlen; der Unterthan nur die Pflicht zu gehorchen;“ war es etwa der *König Philipp*, der zu seinen Unterthanen sprach? oder war es der Mensch und der Tyran, der über Recht und Gewissen herrschen und da eine Pflicht des Gehorsams finden wollte, wo er nicht gebieten durfte und der Unterthan nicht bloß das Recht hatte, seinen Befehlen sich zu entziehen, sondern auch seinen ungerechten Waffen sich durch Wort und That zu widersetzen? Es giebt kein Zwangsrecht ohne ein Recht; ohne Oberherrschaft keine Unwiderstehlichkeit.

Nachdem wir nun unsre Behauptung im allgemeinen gerechtfertigt

und gegen einige der wichtigsten Einwürfe unsrer Gegner gesichert haben; so wollen wir diesen nicht länger eine Behauptung vorenthalten, die zwar, vermittelt einiger Zwischensätze, die nothwendige Folge unsres Systems ist, die aber doch paradox, vielleicht auch blasphemisch genug scheinen wird, um einer besondern Erörterung und Rechtfertigung zu verdienen. Es ist dies die Behauptung, daß das Zwangsrecht der Unterthanen dem Zwangsrecht des Oberherrn so wenig widerspreche, daß jenen sogar ein *Strafrecht* gegen diesen zugestanden werden müsse.

Ich sehe, wie nicht bloß die Freunde, sondern auch die Gegner des unbedingten Gehorsams sich hier gegen mich erheben und mich einmüthig der Inconsequenz beschuldigen. Sie fragen mich: „wer denn wohl im Besitz der straffenden Gewalt sey? ob es das Volk sey

oder der Regent? ob nicht die Nation, indem sie sich einen Staat und Regenten schuf, diesem allein das Recht ertheilt habe, Strafgesetze zu geben und nach ihnen zu erkennen? ob nicht der Begriff von Strafe nothwendig einen Oberherrn voraussetze und daher nicht das Strafrecht einzig und allein ein Ausfluß, oder vielmehr, ein wesentliches unzertrennbares Eigenthum der höchsten Gewalt genannt werden müsse? — Gesetzt daher auch, der Regent könne von seinen Unterthanen *gezwungen* werden, ein Zwangsrecht des Oberherrn ließe sich mit einem Zwangsrecht der Unterthanen vereinigt denken; nimmermehr könne doch ein Recht zur Strafe gegen ein Oberhaupt des Staats *gedacht*, wie viel weniger gerechtfertigt werden. Nur der Regent könne Strafen verhängen; — und der Unterthan könne nie Regent und Gebieter seyn.“

Man sieht leicht, daß sowohl die Argumentation der Gegner, als auch die Rechtfertigung meines Paradoxons (das übrigens so wenig blasphemisch ist, als irgend eine andere philosophische Behauptung, die ein Freund der Wahrheit ihren andern Freunden *sine odio et ira* vorzulegen für gut befindet); bloß und allein auf dem Begriff von Strafe und dem Grund des Rechts zu derselben beruhe. Es ist daher nothwendig, daß ich hier meine, von den bisherigen um ein merkliches abweichende Meinung über diesen Gegenstand einwebe und, weil ohne vollständige, wenn auch nur gedrängte Darstellung der Principien kein Philosophem für uns Wahrheit haben kann, wie jener Dichter beim *Horaz* mit *Leda's Ey* beginne.

Zwang im weitesten rechtlichen Sinne, ist die Anwendung physischer Kräfte gegen ein vernünftiges sinnli-

liches Wesen. Er zerfällt in verschiedene Arten. Ich bediene mich nämlich meiner physischen Kräfte gegen den Andern, entweder um *unmittelbar* meine rechtlichen Zwecke durch dieselben zu erreichen, oder um diese nur *mittelbar*, dadurch nämlich zu erreichen, daß ich durch meinen Zwang das Begehrungsvermögen des andern meinen rechtlichen Zwecken gemäß bestimme. Für die letztere Gattung des Zwangs haben wir keinen besondern Namen. Die erstere aber heißt, wenn sie zur Behauptung meiner Rechte (*ad conservanda jura*) geschieht, *Vertheidigung*; und, wenn sie geschieht um einen Gegenstand meiner Rechte zu vindiciren *gewaltsame Einsetzung in den Besitz*. Wenn der Zwang zu dem Ende angewendet wird, um ein Äquivalent zu erhalten für einen mir entrissenen Gegenstand der Freiheit, so nennen wir dies *Zwang zum Ersatz*.

Üben wir Zwang um eine uns bevorstehende Beleidigung abzuhalten, so können wir dies *zuvorkommende Gewalt* nennen. Üben wir hingegen Gewalt, um ein physisches Übel zuzufügen, das wir in der Absicht uns vor Beleidigungen zu sichern vorher angedroht haben, so ist dies *Strafe*.

Dafs die Strafe ein zugefügtes sinnliches Übel sey, darin sind alle einverstanden. *) Nur darüber ist ein heftiger Streit: welches denn wohl der Zweck sey, der dem rechtlichen Begriff von Strafe zum Grunde liege? welches der objective Grund sey, der sowohl den Begriff als auch die Rechtmässigkeit eines solchen Übels bestimme? denn die Hauptursache, aus welcher unsre Rechtslehrer nach einem Zweck der Strafe suchen, ist die: in dem Zweck

*) S. Globig und Huster über Criminalgesetzgebung. S. 47. — 50.

derselben einem Rechtsgrund zu finden, der die *Zufügung* des Strafübels (nicht die Androhung, die ihnen etwas gleichgültiges zu seyn scheint) rechtlich begründe. — *Besserung* des Bestraften ist dieser Zweck nicht. Denn ein zugefügtes Übel, das *Besserung* zu seiner Absicht hat ist *Züchtigung*: und *Züchtigung* ist nie in der rechtlichen Gewalt des Staats begriffen. Ein Recht zu züchtigen kann nur dem zukommen, der mit dem Gezüchtigten im vormundschaftlichen Verhältnisse steht. Der Staat aber, ist nicht Vormund, sondern Beschützer; nicht Zuchtmeister, sondern Vertheidiger; hat nicht Sittlichkeit und Cultur, sondern Schutz der Freiheit zu seinem Zweck. Unter der Voraussetzung also, daß *Besserung* des Verbrechers Zweck der Strafe ist, müssen entweder die klärsten Principien des Staatsrechts abgeleugnet, oder es muß dem Staat ein Recht zur

Strafe durchaus nicht zugestanden werden. — Auch die *Abhaltung des Verbrechers von künftigen Verbrechen* kann kein Zweck der zugefügten Strafe seyn. *) — Der Beleidigte hat zwar allerdings das Recht, sich gegen den Be-

*) Derer, welche diesen Zweck vertheidigen, giebt es eine große Zahl. Ich nenne nur *Schall* von Verbrechen und Strafen ect. Leipz. 1779. — Zur Minderung des menschlichen Elends S. 3. — 10. (Danzig 1775.) — *Runde* über Todesstrafen. Im deutschen Musäum. v. I. 1777. Stck. 4. — *Stübel* in s. System des allgemeinen peinlichen Rechts. II. Thle. (Leipz. 1795.) *Kleinschrod* Grundsätze des peinlichen Rechts. (an mehreren Orten) und in gewisser Rücksicht *Klein* in s. Grunds. des peinl. Rechts. — Dafs Strafe nichts weiter als Vertheidigung im engern Verstande sey, gestehen sie zu; sie behaupten aber, diese erhalten den Namen *Strafe*, sobald es ein Oberherr sey, der diese Vertheidigung ausübe.

leidiger in Sicherheit zu setzen und ihm entweder die Lust oder die Möglichkeit zu benehmen, ferner Beleidigungen auszuüben. Der Beleidiger zeigt durch seine Handlung einen der Freiheit und dem Recht gefährlichen Willen; er zeigt, daß er bereit sey Beleidigungen zuzufügen sobald es ihm seine Kräfte und die Schwäche des andern möglich machen. Dieser Wille ist um so deutlicher erklärt und die Gefahr, die von ihm zu besorgen ist um so größer und gewisser; je schwerer seine Beleidigung ist und je öfter er sie, oder ähnliche begangen hat. Unstreitig muß daher der Beleidigte das Recht haben, gegen diesen erklärten Feind das Präventionsrecht auszuüben und sich durch Gefängniß, durch Bande, oder auch durch den Tod vor ihm für die Zukunft zu sichern. Allein das Recht, das der Zufügung dieses Übels zum Grunde liegt, ist wei-

ter nichts als das Vertheidigungsrecht, in so ferne es sich durch Prävention äußert; das Übel ein Zwangsübel, aber keine Strafe. Der Unterschied beider Begriffe ist groß und ihre Folgen sind äußerst wichtig. Strafe setzt immer, wie sich im Folgenden weiter ergeben wird, eine Androhung oder ein Strafgesetz voraus; die Sicherung aber von welcher hier geredet wird, kann auch ohne und wider Strafgesetze ausgeübt werden. — Als *Catilina* aus Rom vertrieben, die Bande seiner Verschwornen ins Gefängniß geworfen war; so entstand in dem Senat die Frage: wie diese Verschwornen behandelt werden sollten? — *Cäsar* behauptete, sie dürften nur mit Einziehung ihrer Güter und mit ewiger Einsperrung in den Festungen Italiens bestraft werden. *Cäsars* Meinung war Roms *Strafgesetzen* gemäß. Aber *Cicero* und der Tribun *Cato* stützten sich auf einen andern Grund.

Sie zeigten, daß hier nicht von *Strafe*, sondern von *Vertheidigung* und Erhaltung des Staats die Rede sey; daß Rom nicht anders, als durch den *Tod* dieser Verzweifelten vor ihren künftigen Attentaten gesichert werden könne. *) — Es ist also ganz etwas anders, strafen und sich vertheidigen; ganz etwas anders ein Übel als Strafe zufügen und ein Übel zufügen, um sich hiedurch für die Zukunft in Sicherheit zu setzen. Beides ist verschieden. sowohl dem Begriff, als den Rechtsgründen nach, welche die darauf sich beziehenden Handlungen begründen. — Aber sollte nicht Abschreckung anderer von dem

*) „Ich erstaune, sagt Cato, daß man sich über eine Strafe von Menschen berathschlagt, die einen offenbaren Krieg gegen ihr Vaterland begonnen haben. Das muß die Frage seyn: wie man sich vor ihnen *sichere* und nicht, wie man sie *bestrafe*.“ Sallust B. Cat. C. 52.

bestraften Verbrechen, der wesentliche Zweck der Strafe und der Grund des Rechts seyn dieselbe zu verhängen? Die bejahende Antwort ist eine gemeine Behauptung unsrer positiven und philosophischen Rechtslehrer. *) — Und

*) Auch unter den Alten ist diese Meinung gäng und gebe. S. *Plato Protagoras* ed. Bip. Vol. III. p. 114. — *Aristoteles Politic. Lib. VII. c. 13. sq.* — *Seneca de clem. L. I. c. 21.* sagt: *in vindicandis injuriis haec tria lex secuta, quas princeps quoque sequi debet; aut, ut eum, quem punit emendet; aut ut poena ejus caeteros meliores reddat; aut ut sublati malis securiores caeteri vivant.* *Gellius N. A. Lib. VI. c. 4.* verknüpft die Abschreckung auch mit der Genugthuung des Beleidigten. *Peccatis puniendis tres sunt rationes, emendatio peccantis, vindicatio laesi, exemplum in vulgus* — Nach *Quintilian (Declam. 274. :)* *omnis poena non tam ad delictum pertinet, quam ad exemplum.*

in der That sie scheint vieles für sich, manches wenigstens vor den andern Meinungen voraus zu haben. Ist denn aber wohl Abschreckung anderer durch ein, vernünftigen Wesen zugefügtes Übel, ein rechtlicher, vor der Vernunft zu verantwortender Zweck? Heißt dies nicht ein vernünftiges Wesen als eine Sache, als ein beliebiges Mittel zu einem höhern Zweck gebrauchen? wie kann die Vernunft ein solches sich selbst widersprechendes Recht begründen? und wie kann der Staat, dem wir doch ein Strafrecht zugestehen, ein solches Recht aus den Verträgen, die ihn errichten, erhalten haben?

Aber wir wollen nun den Weg der Prüfung fremder Meinungen verlassen und die eigenthümliche Natur der Strafe aus eignen Principien herleiten.

Jedem, der gewisse Rechte (dies mögen nun seine eignen Rechte oder die eines dritten seyn) zu beschützen,

also zu erhalten oder wieder zu erhalten hat, steht das vollkommene Recht zu, sich aller der Mittel zu bedienen, ohne welche diese Rechte nicht erhalten oder wiedererhalten werden können. Er hat daher das unstreitige Recht, sowohl eine wirkliche Beleidigung abzuwehren, als auch wenn sie schon geschehen ist, Ersatz zu fordern oder sich mit Gewalt in den Besitz des Seinigen zu setzen. Allein er hat auch das Recht dem Beleidiger zuvor zu kommen, wenn besondere Gründe ihn von der bevorstehenden Beleidigung überzeugen. Und diese sind besonders in dem Falle vorhanden, wenn eine Rechtsverletzung schon geschehen ist, wie wir in dem vorhergehenden gezeigt haben. Der Beleidigte darf sich daher vor dem Beleidiger für die Zukunft sichern, entweder durch ein *bedingtes* Sicherungsmittel, vermittelt einer *Beschränkung* der Freiheit zu

handeln, oder, wenn dies die Grösse der Läsion erfordert, durch das *unbedingte* Sicherungsmittel, den *Tod*, welcher alle Wirksamkeit aufhebt und den Beleidiger aus der Welt der Erscheinungen vertilgt. Soll aber das Recht und die Freiheit vollkommen gesichert seyn, so muß es ein Mittel der Sicherung geben, welches uns nicht bloß gegen einen bestimmten *Beleidiger*, sondern gegen *Beleidigungen überhaupt* sicher stellt. Es fragt sich nun: ob es ein solches gebe? und, wenn ein solches aufgefunden werden sollte, ob und in wie ferne es rechtlich möglich sey?

Unter allen denkbaren Mitteln der Sicherung vor *Beleidigungen überhaupt*, ist keins so allgemein wirksam, als die *Androhung von physischen Übeln*, mit welchen die beleidigende That bedingt wird. Es wirkt dem letzten Grunde rechtswidriger Begehungen unmittelbar entgegen und hebt

durch Hervorbringung der Furcht das innere Princip selbst auf, aus welchem sie entspringen. Wir werden uns gleich hievon überzeugen, sobald wir nur den Mechanismus des sinnlichen Begehrungsvermögens, die Triebräder unsers Begehrens und Wollens mit einiger Aufmerksamkeit werden betrachtet haben.

Das *Object* des Begehrens d. h. der Selbstbestimmung des Subjects zur Hervorbringung eines Gegenstandes der Vorstellung ist der Gegenstand der Vorstellung selbst, welcher realisirt — dasjenige also, was durch das Begehren erreicht und wirklich gemacht werden soll. Allein der *objective Grund* alles (sinnlichen und darum auch alles widerrechtlichen) Begehrens; der Grund, um dessentwillen ich mich zur Realisirung dieses Gegenstandes bestimme, ist kein anderer als die Eigenschaft desselben, daß er ein angenehmer Gegenstand des

Gefühlvermögens, mit andern Worten, ein sinnliches Gut ist; gleichviel ob er ein *positiv*-sinnliches Gut sey, wenn er die Sinnlichkeit durch positive Eindrücke agreehm afficirt, oder ob er ein *negativ*-sinnliches Gut sey, wenn er nur in einer Entfernung positive unangenehmer Eindrücke besteht. Von dem objectiven Grund des Begehrens muß aber der *subjective* wohl unterschieden werden, welchen wir auch den *Antrieb* des Begehungsvermögens nennen können und welcher in dem durch den objectiven Grund bestimmten Gefühl des Bedürfnisses besteht. Die Vorstellung von der Eigenschaft des Gegenstandes nämlich, daß er ein sinnliches Gut ist, wirkt das *Gelüsten*, die Neigung des Subjects zu dem Besitz desselben. Dies Gelüsten bezogen auf das Bewußtseyn des Subjects von dem Nichtbesitz desselben erregt nun das *Bedürfnis*, oder das Gefühl des Widerspruchs des

Gelüstens mit dem Nichtbesitz des Gegenstandes desselben. Da nun dies Gefühl in einem Gefühl der Beschränktheit des Subjects besteht, und Gefühl der Beschränktheit des Subjects als ein Gefühl von der Hemmung des geistigen Lebens, ein Gefühl der Unlust ist, so muß auch dieses Bedürfnis unangenehm seyn. Und dies ist nun die unmittelbare Ursache der Bestimmung des Begehrungsvermögens; der eigentliche Antrieb, der letzte Grund der Thätigkeit desselben. Das unangenehme Gefühl des Bedürfnisses treibt nämlich das Subject an, den Widerspruch, der das Bedürfnis begründet aufzuheben, — sich selbst zur Hervorbringung des Gegenstandes zu bestimmen. Daraus folgt nun, daß mit dem subjectiven Grund zugleich das Begehren, durch den objectiven Grund der subjective aufgehoben werde.

In wie ferne ist nun die Androhung fähig, die Gründe der rechtswidrigen Begehungen aufzuheben, den Beleidiger von Beleidigungen abzuhalten? *)

Sobald ein sinnliches Übel als die Bedingung der möglichen Begehung einer rechtswidrigen That festgesetzt worden ist, so muß sich, nach dem Gesetz der Ideenassociation, mit der Vorstellung von dem Gegenstande der rechtswidrigen Handlung, zugleich die Vorstellung von dem Übel, das sie begleitet vereinigen. Die erste Folge der Androhung ist also die, daß das Gemüth von dem Object der beleidigenden That abgelenkt, seine Aufmerksamkeit auf eine andere Vorstellung geleitet und dadurch die Lebhaftigkeit von jener Vorstellung geschwächt

*) „Warum diese Frage?“ fragt hier vielleicht mancher. Ich antworte: darum weil wir wissenschaftlich reden wollen.

wird. Sie wird ganz unterdrückt werden, wenn die Vorstellung des Übels entweder wegen der Grösse oder der Nähe desselben, oder wegen anderer Gründe, sich mit besonderer Lebhaftigkeit und Stärke aufdrängt. Allein die Vorstellung von dem Übel, wirkt nicht bloß als Vorstellung auf andere Vorstellungen, sondern sie wirkt auch unmittelbar auf das Begehrungsvermögen. Diese Vorstellung enthält ein Übel, das den Abscheu des Subjects vor demselben zur nothwendigen Folge hat und das Begehrungsvermögen, vermittelst derselben Triebfedern zu der Vermeidung desselben bestimmt, durch welche es zu jener That bestimmt werden konnte. Vermeidung jenes Übels und Unterlassung dieser That sind aber analytisch mit einander verbunden. Die That kann nicht begangen werden ohne das Übel zu leiden; das Übel kann nicht vermieden werden, ohne

dafs die That unterlassen wird. Es wird also nicht blofs die Vorstellung, die dem rechtswidrigen Begehren zum Grunde lag, verdunkelt, sondern das Begehren selbst wird an einen ganz andern, dem vorigen widersprechenden Gegenstande festgehalten. Dies setzt aber voraus, dafs das angedrohte Übel so grofs sey, dafs die Furcht vor diesem Übel die Lust zu jener That überwiege; die Vorstellung von dem Übel die Vorstellung von dem zu erlangenden Gut. — Wir haben hier die Wirkungen dieser Androhung gleichsam blofs nach mechanischen Gesetzen betrachtet; blofs in ihrer Wirksamkeit vermittelt des thierischen Begehrens, das, ohne Dazwischenkunft der Überlegung und ohne Einfluß der Verstandesregeln, nur nach unwillkührlichen Bewegungen des Geistes wirksam ist. Nun auch kürzlich von ihrer Wirksamkeit vermittelt des Verstandes. Der

praktische Verstand (denn nur von diesem ist hier die Rede) verfolgt nach Regeln und Grundsätzen die sinnlichen Zwecke des Menschen. Diesen Regeln und Grundsätzen widerspricht es aber geradezu, ein Übel, das keine Güter zur Folge hat, einer augenblicklichen Befriedigung der Begierde vorzuziehen; sich dem Schmerz aussetzen, um einer flüchtigen angenehmen Empfindung zu genießen. Gesetzt aber durch die gesetzwidrige That sollte nicht bloß ein augenblicklicher Genuß, sondern die Befriedigung mehrerer verständiger Zwecke beabsichtigt werden, so kann doch der Verstand die Begehung dieser That nicht billigen, da mit dieser That etwas verbunden ist, was die Befriedigung jener Zwecke und die Erreichung dieser Absicht geradezu unmöglich macht. — Der Verstand hebt also den objectiven Grund des Begehrens auf, indem er

ihn als ein Übel vorstellt und also die Eigenschaft des Gegenstandes ein sinnliches Gut zu seyn aufhebt. *)

Die Androhung von Übeln ist also ein zweckmäßiges Mittel der Erhaltung unsrer Rechte: es fragt sich nun: ob es ein *gerechtes* sey? — Jedes Sicherheitsmittel ist gerecht, wodurch die Rechte des andern nicht verletzt werden. Es muß also auch dieses gerecht seyn, da das Übel nur auf den Fall einer Verletzung der Freiheit bestimmt, mithin die Freiheit, in so fer-

*) Diese kurze Betrachtung widerlegt (um es im Vorbeigehen zu erinnern) einen der wichtigsten Gründe der philosophischen Criminalisten, welche nur die Strafen im Geist des Verbrechens für wirksam halten, wie *Cremati de jur. crim. Lib. I. P. II. C. 4. §. 21.* — *Gmelin, über Verbrechen und Strafen §. 21.* — *Servin de la legislation criminelle, Barkhausen im teutschen Mus. 1776. Stck. 8. 1777. Stck. 8. u. 10. u. v. a.*

ne sie mit der Freiheit aller besteht, durch die Androhung um nichts beschränkt, kein Recht also dadurch beleidigt wird.

Dieses Übel nun, welches angedroht wird, um die möglichen Beleidiger von Beleidigungen abzuhalten, heißt Strafe; die Handlung, welche gegen diese Androhung geschieht *Vergehen* und, wegen der besondern Eigenschaft gewisser angedrohter Uebel, *Verbrechen*. — Der Zweck der Androhung der Strafe ist also *Abschreckung*; *) so wie der Rechtsgrund, welcher die Androhung begründet *Vertheidigung* ist. **)

*) Dies ist aber nicht Zweck der Execution, der Zufügung der Strafe. Denn sonst ist unsre Behauptung von der gewöhnlichen, welche Abschreckung zum Zweck der Strafe macht, gar nicht verschieden.

**) Nicht der Rechtsgrund ihrer Verhängung; denn sonst würden wir Verthei-

Aber nun entsteht ein anderes, von dem bisherigen ganz verschiedenes Problem: welches ist der Rechtsgrund, die angedrohte Strafe zu exequiren? Die Auflösung ist folgende. — Da der Bedrohte das Uebel weiß, das ich auf die

digungsübel mit Strafübeln vermengen und denselben Fehler begehen, den wir oben gerügt haben. — Ich bitte hier nochmals die Androhung von der Zufügung der Strafe, den Zweck und den Rechtsgrund dieser, von dem Zweck und dem Rechtsgrund jener scharf zu unterscheiden. Dies sind wesentlich verschiedene Rücksichten, die weil sie, wie ich aus einem aufmerksamen Studium fast aller philosophischen und juristischen Schriften über diesen Gegenstand weiß, meistens mit einander vermenget oder doch nicht scharf genug unterschieden worden sind, die größten Verwirrungen angerichtet, und alle die Streitigkeiten, die noch gar nicht für beigelegt zu halten sind, theils herbeigeführt, theils noch mehr verwickelt haben.

Begehung der That gesetzt habe, so willigt er durch seine Beleidigung in die Zufügung des Uebels und ich habe durch seine Handlung aus eben dem Grunde ein Recht die Strafe zu exequiren, aus welchem ich das Recht habe, die Erfüllung eines eingegangenen gültigen Vertrags zu fodern. Denn wenn A eine Bedingung festsetzt, unter welcher eine an sich unerlaubte Handlung begangen werden kann, so willigt B. in die Erfüllung dieser Bedingung bloß durch die Begehung der (positiven oder negativen) Handlung für welche die Bedingung festgesetzt worden ist. B weiß, daß nur unter dieser Bedingung diese Handlung vorgenommen oder unterlassen werden kann; und, wenn er es weiß, so muß er entweder in die Bedingung willigen, oder das Bedingte, die strafbare Handlung unterlassen. *)

*) Diesen Beweis vollständig darzustellen und vor den vielen Einwendungen die

— *Grotius* der längst vergessene und unter dem Staub der Bibliotheken moldernde *Grotius* scheint mir daher den wahren Grund des Strafrechts weiträchtiger und klärer eingesehen zu haben, wenigstens der Wahrheit um ein Großes näher gekommen zu seyn, als gar viele unserer neuern und sonst gründlich philosophierenden Rechtsgelehrten. „*In hac re, sagt er, est aliquid, quod ad contractuum naturam accedit: quia, sicut qui vendit, etiamsi nihil peculiariter dicat,*

ihm gemacht werden können, zu sichern, willich mir auf eine andere Gelegenheit vorbehalten. Es wird sich dann auch zeigen, welche wichtige Dienste er uns durch das ganze allgemeine und positive Criminalrecht leistet und mit welcher Klarheit wir unter seiner Leitung, die schwierigsten Fragen beantworten und die heftigsten Streitigkeiten beilegen können. Dies auch nur anzudeuten, kann hier der Ort nicht seyn.

*obligasse se censetur ad ea omnia quae venditionis sunt naturalia, ita qui deliquit sua voluntate se obligasse videtur poenae, quia crimen grave non potest non esse punibile; ita ut qui directe vult peccare, per consequentiam et poenam mereri voluerit. *)*

So wie aber die Androhung des Strafübels einen Zweck hat, so hat auch die *Zufügung* desselben nach vollbrachter That einen Zweck, der weder mit dem Zweck der *Androhung*, noch mit dem *Rechtsgrund* der *Zufügung* verwechselt werden darf. Allein der Zweck von dem wir hier reden, ist weder Abschreckung anderer, noch Abschreckung des Beleidigers, noch Sicherheit vor dem Verbrecher, noch sonst etwas, was bisher als Zweck der *Zufügung* ausgegeben worden ist.

*) de J. B. et. P. L. II. C. XX. §. 2. пто. 1.

Er besteht in nichts weiter, als darin: *die Androhung selbst wirksam zu machen.* Wer nämlich Übel androht um sich vor künftigen Beleidigungen zu sichern, der widerspricht sich selbst, wenn er, falls die Beleidigung eintritt, die Drohung nicht vollzieht. Denn eine Drohung kann nur dann als solche wirksam seyn, wenn das in ihr enthaltene Übel als ein künftiges *wirklich eintretendes Übel* vorgestellt wird. Die Strafe muß daher exequirt werden, wenn die Drohung nicht ein leerer Schall und der Zweck unmittelbar zerstört werden soll, welcher durch sie beabsichtigt wird. *)

*) Die von den philosophischen Criminalisten so oft gebrauchte Sentenz des Seneca (de clem. C. 16.) *nemo prudens punit, quia peccatum est, sed ne peccetur.* ist daher nach verschiedener Rücksicht wahr und falsch. Sie ist jenes, wenn sie auf den Zweck der Execution der

Nach dieser Abschweifung, die ich aber nicht vermeiden durfte, wenn ich meine Behauptung retten wollte, komme ich nun wieder meinem Gegenstand etwas näher; indem ich aus dieser Theorie die Folge ziehe, daß das Strafrecht nicht bloß in dem Staat und in den Händen eines Oberhauptes, sondern auch in dem Naturstande und unter den bloß natürlichen Rechten des Menschen müsse zu finden seyn. *)

Strafe; sie ist dieses, wenn sie auf den Rechtsgrund derselben bezogen wird.

*) Mit dieser Behauptung stimmen überein, *Grotius* de I. B. et P. L. II. C. 20. §. 3. — *Filangieri* System d. Gesetzg. Bd. IV. S. 42. — *Schaumann* wissenschaftliches Naturrecht. §. 271. — *Barbeyrac* ad *Pufendorf* I. N. et G. L. VIII. C. III. §. 4. nota 3. sagt geradezu: die Behauptung, Strafe setze immer einen Oberherrn voraus, sey ein Vorurtheil. Weil nämlich die Philosophen sähen, daß bei uns, in constituirten Staaten

Ist nämlich das Strafrecht nichts weiter, als ein Mittel der Vertheidigung und der Rechtfertigungsgrund derselben mit dem eines Zwangsrechts überhaupt nur einer und derselbe, so läßt sich durchaus kein Grund ersinnen, warum bloß für das Oberhaupt der bürgerlichen Gesellschaft und nicht auch für den Menschen überhaupt ein Strafrecht begründet sey. *) Der einzi-

die Strafe nur von dem Oberherrn verfügt würde, so glaubten sie durch Gewohnheit verleitet, dies könne nicht anders seyn. Ich für mein Theil glaube, daß er recht hat. Doch verneint dies *Pufendorf l. c.* und *Malblanc. in Opusc. ad jus crim. spectant.* Erlang. 1793. S. 143. u. f. nebst mehreren andern.

*) Ich kann um nicht so ganz ohne alle Auctorität mit meinem bisher verrufenen Strafrecht dazustehen, unsern *Klein* zu Hülfe rufen, ob ich gleich in den Principien aus welchen diese Folgerung abgeleitet wird, nicht mit ihm

ge Unterschied zwischen dem Strafrecht des einzelnen Menschen und des Staats

einig bin. Er sagt in s. Grunds. der natürl. Rechtsw. S. 21. u. 22. gegen *Heydenreich* der (in s. N. R. Thl. 1. §. 89. ff.) das natürliche Strafrecht bestreitet: „Es fällt in die Augen, das es ein bloßes Vertheidigungsmittel sey, wenn ich demjenigen, der mich schon oft bestohlen hat mit Schlägen drohe, wofern er mich wieder bestehlen sollte; denn das bloße Mislingen der Handlung kann ihm die Hoffnung zu glücklichen Versuchen nicht benehmen. Hieraus ergiebt sich auch, wie das Strafrecht habe in die Gesellschaft eingeführt werden können: denn nie hätte die Gesellschaft das Recht haben können, eines ihrer Mitglieder als bloßes Mittel zum Besten anderer zu gebrauchen, weil man sich dazu auch nicht durch Verträge verpflichten kann; aber wohl konnte das natürliche Recht zu drohen und die Drohung zu vollziehen, dem Staat übertragen werden, welcher sodann wiederum als moralische Person die zu seiner Verthei-

ist bloß der: daß jenes *ursprünglich*, dieses aber *abgeleitet* ist; jenes auf der vernünftigen Natur des Menschen überhaupt, dieses auf einem besondern Akt der Erwerbung und Übertragung gegründet ist. Denn das Strafrecht des Oberherrn hat nur der besondern Concession der Bürger sein rechtliches Daseyn zu verdanken; eines Theils, indem sie ihm ihr Strafrecht, als Erhaltungsmittel ihrer Rechte gegen die Attentate anderer, übertragen; andern Theils aber ihm das Recht gegeben haben, alle Mittel zur Erhaltung des Staats zu wählen, unter welchen auch das Recht, mit Strafen zu drohen und dieselbe zu vollziehen, begriffen ist.

Wenn also das Strafrecht ein natürliches Mittel der Vertheidigung und

digung unentbehrlichen Mittel brauchen kann.“ S. auch s. *Grundsätze des peinl. Rechts.* §. 9.

Erhaltung der Rechte ist; so gehört es auch unter diejenigen natürlichen Mittel und Rechte der Vertheidigung, durch welche eine beleidigte Nation sich gegen die widerrechtlichen Angriffe eines beleidigenden Regenten schützt. — Hat das Oberhaupt schon mehrmals die vollkommenen Rechte des Volks gekränkt, also durch wiederholte Handlungen den Tyrannenwillen, die Rechte des Volks unter die Füße zu treten bewiesen; dann ist auch nicht der geringste rechtliche Grund vorhanden, welcher das Volk abhalten könnte, dem Regenten mit einer Strafe zu drohen und dieselbe, wenn er Rechtsverletzung wiederholen sollte, an ihm zu vollziehen. Hier ist kein Eingriff in die Rechte der höchsten Gewalt, keine willkührliche Anmaßung einer dem Regenten ausschliesslich zustehenden Befugniss. Das Recht zu strafen ist ein natürliches Mittel der Vertheidi-

gung, das dem Menschen so gut wie dem Staat, dem Bürger so gut wie dem Oberherrn zur Beschützung der Rechte zugestanden werden muß. *) Wir brauchen daher nicht um ein Strafrecht für den Unterthan zu begründen, zu der verrufenen *Devolutionstheorie*, nach welcher im Fall einer oberherrlichen Beleidigung alle Rechte der höchsten Gewalt wieder auf das Volk zurückfallen sollen, unsre Zuflucht zu nehmen. Mit dem Recht der

*) Darum sind noch gar nicht die frevelhaften Hinrichtungen eines *Carls. I.* und *Ludwigs. XVI.* gerechtfertigt. Denn das Strafrecht der Unterthanen hat eine ganz andere Quelle und Gestalt, als das Strafrecht des Oberherrn. Der aufmerksame Leser wird daher mein Strafrecht gegen den Regenten nicht mit dem verwechseln, welches *Milton* in s. *defensio pro populo Anglicano* und *Sidney* in s. *Discours Sect. 20. 36.* vertheidigt haben.

Vertheidigung ist auch das Recht zur Strafe erwiesen. Und so bedürfen wir keines weitem Beweises. Denn das *Lukrezische*:

unam dicere causam

*Non satis est; verum plures unde una
tantum sit*

mufs der redliche Freund der Wahrheit mit Verachtung verwerfen.

Allein noch einem kleinen und scheinbaren Einwurf mufs ich begegnen, ehe ich diese Untersuchung verlasse. Hat sich denn nicht, mögte man fragen, das Volk aller Privatgewalt in den Grundverträgen begeben und sowohl das Recht des Zwangs, als auch das Recht der Strafe dem Oberherrn übertragen? Der Bürger überträgt in dem Unterwerfungsvertrag die Sorge für seine Sicherheit allein dem Regenten, und in dieser Übertragung ist zugleich die Veräußerung aller

Rechte zur Sicherung, an den Regenten enthalten. —

Allerdings. In dem Staat vertritt die Staatsgewalt jeden einzelnen Bürger: sie sorgt für seine Sicherheit und den Schutz seiner Rechte, nicht er. sie übt die Rechte aus, die er sonst in dem Naturstand ausübte, nicht er. Diese Gewalt erhielt sie von den Bürgern selbst und sobald wir in einer Gesellschaft jeden einzelnen für die Sicherheit seiner Rechte streiten sehen, dann ist diese Gesellschaft kein Staat, sondern eine Horde homerischer Cyklopen.

Θεμιστευει ἐκαστος

Παιδων ηδ' αλοχων ουδ' αλληλων αλεγουσι.

Allein die Übertragung des Vertheidigungsrecht an das Oberhaupt des Staats ist gar nicht unumschränkt; sie erstreckt sich nicht auf die Vertheidigungsrechte, die den Bürgern

gegen den Regenten selbst zustehen. — Wir treten in den Staat zum Schutz der wechselseitigen Freiheit; wir gründen die Oberherrschaft um des Staats und der wechselseitigen Freiheit willen; wir übertragen den Schutz unserer wechselseitigen Freiheit, weil diese nur dadurch gesichert werden kann. Unsre Übertragung der Zwangsrechte kann daher nur diejenigen in sich fassen, welche den Einzelnen gegen die Einzelnen, den Bürgern gegen die Bürger zustanden. — Der *geschlossene* Vertrag der Unterwerfung begründet neue Rechte und Zwangsrechte — zwischen den Regenten und Unterthanen und diese können durch den Unterwerfungsvertrag selbst ohne Widerspruch nicht an den Regenten veräußert worden seyn. Sollen sie veräußert werden, so muß diess in einem besondern von dem Unterwerfungsvertrag verschiedenen Akt gesche-

hen, oder der Unterwerfungsvertrag kann nicht der Vertrag der bürgerlichen Unterwerfung seyn.

Übrigens bemerke ich hier ausdrücklich (für diejenigen wenigstens, die es nicht von selbst bemerken mögten) daß in dieser ganzen Schrift, am meisten aber hier, wo ich von einem *Strafrecht* der Unterthanen gesprochen habe, nur von dem Recht, nicht aber von der *Moralität* der Ausübung des Rechts die Rede ist. Moralische Billigung einer That ist durchaus verschieden von der rechtlichen Vertheidigung derselben; und nur diese, nicht aber jene, deren Begründung ich den Moralisten überlassen will, ist der Gegenstand meiner Untersuchung. Als Rechtslehrer sage ich: das Volk hat ein Recht sich zu vertheidigen und selbst zu strafen; als Moralist aber: *der edle und verständige Mann muß das Beste wünschen*

und suchen; aber auch das schlimmste,
wenn es kommt ertragen. *)

*) *Alexander Severus* beim *Herodian*. *χρη*
δ'ανδρας γενναιους τε και σωφρονας
ευχεσθαι μεν υπαρχειν τα βελτιςα, φερειν
δε τα προσπιπτοντα. Möchte doch im Ge-
wirre unsrer Tage dies die Maxime al-
ler Bürger seyn! und möchte doch jeder
sich den Lobspruch verdienen, welchen
einst *Rondel* dem verkannten *Epicur* ge-
geben hat! *Semper vota fecit pro reip.*
prosperitate ac vetere regimine; acquievit
tempori praesenti ac Dominis sorte datis.
Donec iracundos habuit magistratus, pa-
tiens fuit, ac docilis; quum vero bonos
et mites, gratus fuit et obsequiosus. —
de vita Epicuri. S. 126.

A c h t e s K a p i t e l.

Fortsetzung des Vorhergehenden.

„Bis hieher, rufen mir meine Gegner zu, hast du mit allen deinen Kämpfen und vermeintlichen Siegen noch nichts gewonnen, Es stehen dir noch gar viele Berge auf deinem Wege entgegen. Wir wollen dir wegen all deiner vorigen Behauptungen die Palme bieten: — aber antworte uns erst noch auf einige Fragen, ehe du dich aufser einiger fruchtlosen Vorthelle, auch noch des vollständigen Sieges rühmen willst. — Wer soll denn wohl, antworte uns doch, in dem Rechtsstreite des Regenten und des Volks entscheiden?“ — Soll es der Regent? nun gut, so hat er das Recht für sich zu sprechen und in jedem Falle der Insurrection seine Unterthanen für Rebellen zu erklären.

Soll es der Unterthan? nun, dann ist der Unterthan Richter in seiner eignen Sache und nicht bloß das, sondern auch Richter über seinen Oberherrn, Regent über den Regenten.

Dieses Argument hat in der That (eine sophistische Absicht ausgeschlossen) alle Eigenschaften eines gefährlichen Dilemma's. Es blendet den Verstand des Gegners und weist ihn durch sein *entweder* und durch sein *oder* auf eine unverzeihliche Absurdidät zu führen. Sollte aber nicht diese Absurdität nur scheinbar und die Verwirrung mit der es den Gegner umspinnt, vernünftiger und natürlicher Weise nur vorübergehend seyn? — Wir wollen sehen, ob wir dies nicht unsern Lesern durch die That beweisen können.

Wäre es denn wohl ein so großer und unverzeihlicher Widerspruch, wenn beide Partheien, Volk und Regent, über ihre wechselseitigen Gerechtsame selbst

entschieden? wie, wenn dieses Selbstentscheiden in der Natur der Sache und in unveränderlichen Rechtsprincipien gegründet wäre? wie, wenn Regent und Unterthan, nach rein naturrechtlichen Principien, in Hinsicht der Rechte, die ihnen gegen einander zustehen, in dem Verhältnisse des Naturzustandes lebten, beiden also die Rechte und Befugnisse des Naturstandes zustehen müsten?

Es stehen diejenigen zu einander im Verhältnisse des bürgerlichen Zustandes, deren wechselseitige Rechte die Staatsgewalt verbürgt hat, die also eine höchste Gewalt über sich erkennen. Diejenigen hingegen, die zwar wechselseitig Rechte haben, die aber demohingeachtet keiner höhern Macht in Hinsicht dieser Rechte unterworfen sind, diese leben, selbst mitten in einer Staatsgesellschaft, doch nur in dem Stande der Natur. — Und nun der Regent und sein

Volk? — Es ist ausgemacht, daß sie wechselseitig Rechte gegen einander haben, welche in dem Unterwerfungsvertrag gegründet sind, und daß diese Rechte nicht bloße Gedankendinge sind, welche auf Anwendung keinen Anspruch machen dürfen. Sie sollen und müssen Richtschnur der Handlungen seyn, sollen und müssen gegenseitig geachtet und können, ohne Beleidigung, von einem oder dem andern Theile nicht gekränkt werden. Allein ist denn nach naturrechtlichen Principien eine höhere Gewalt vorhanden, die über diese Rechte der Unterthanen und des Regenten im Fall eines Streites entschiede? haben Regent und Volk in Hinsicht dieser ihrer Rechte auch einen Bürgervertrag geschlossen und dann einem Höhern Dritten, der im Fall eines Rechtsstreites richten, entscheiden und exequiren könnte, sich unterworfen? — Keines-

wegs. Die Gegner räumen uns dies nicht bloß ein, sondern behaupten sogar die rechtliche Unmöglichkeit eines solchen, der höchsten Gewalt selbst übergeordneten Richters. — Nun dann, so haben sie uns dadurch eingeräumt, daß Oberherr und Nation in Betreff ihrer wechselseitigen Rechte mit einander nicht in dem Stande einer bürgerlichen Gesellschaft, sondern in dem bloßen Naturzustande leben, und müssen uns dann auch die Folgerung zugestehen, daß beide streitende Partheien über ihre Rechte selbst entscheiden dürfen. Denn in dem Stande der Natur ist jeder Mensch eigener Richter über sich, seine Handlungen und seine Rechte. Habe ich in dem Naturzustande mit Jemanden einen Vertrag geschlossen und hat dieser ihn verletzt, so brauche ich nicht etwa meine Rechte gegen ihn aufzugeben, weil es keinen Richterstuhl giebt, der zwischen dem

Beleidiger und dem Beleidigten entscheiden könnte. Ich urtheile selbst über die mir zustehenden Rechte und darf dieses eigne Erkenntniß mit eigener Macht exequiren, wenn es mit dem Gesetze der Gerechtigkeit nicht im Widerspruche steht. —

„Aber da kann ja der Regent überall erklären, daß nur Er und nicht das Volk recht habe.“

Allerdings *kann* er das: aber er *darf* es nicht, wenn er wirklich unrecht hat. Und nur von dem *Dürfen* ist hier die Rede. — Sagt er daher: Ihr habt unrecht! und das Volk ist gewiß überzeugt, daß er dies mit Unrecht sagt, so braucht es auf dieses Sagen nicht zu achten, sondern darf nach seinem Rechte *thun*. — Angenommen, daß der Schluß richtig wäre: weil der Oberherr seine Beleidigung für Recht erklären kann, darum muß das Volk sich seines Rechts begeben, — ange-

nommen die Richtigkeit dieses Schlusses; so folgt auch, daß alles, was wir in dem reinen Naturrechte von dem Zwangs-Rechte sagen und mühsam demonstrieren, nichts weiter als leeres Schulgerede ist, das auf allgemein gültige Anwendung auch nicht den geringsten Anspruch machen darf. Mag mein Recht, einen Beleidiger zu zwingen *in thesi* noch so wahr und gewiß seyn — der Beleidiger darf mir ja nur sagen, daß es keine Beleidigung ist, wenn er mir meine Hütte anzündet, oder mit einem gezückten Dolch nach meinem Leben trachtet: — ich muß seinen Worten glauben und in seine Gewalt mich fügen.

„Du vergißt daß hier das Verhältniß des Regenten und des Unterthans die Lage der Sachen ändert. Der Regent sagt hier als Regent daß er Recht habe.“

Die *Person* des Regenten sagt es freilich: aber nicht der Regent. — Hier hat es der Unterthan mit einer Privatperson und zwar einer, mit ihm in dem Naturstande lebenden Privatperson, zu thun. Und da kann, wie ich schon gezeigt habe, von keinen rechtsgültigen oberherrlichen Aussprüchen, ohne Widerspruch geredet werden.

„Wenn es nun aber zweifelhaft ist, wer von beiden das Recht auf seiner Seite hat? Wie dann?“

Die Sache nimmt durchaus den Gang, den sie in dem Naturzustande nehmen muß. Jeder thut, was er seiner Überzeugung nach thun zu müssen glaubt. Er handelt nie subjectiv ungerecht, wenn er seiner Überzeugung von Recht und Unrecht gemäß handelt. — Bestehen nun beide auf ihren vermeintlichen Rechten und Forderungen; dann wird Krieg

zwischen ihnen: oder sie wählen sich einen Schiedsrichter, oder, wenn sie noch klüger sind, einen Obern, der in allen streitigen Rechtsfällen über ihre Befugnisse richtet und entscheidet.

„Wie? der Regent könnte sich einem Obern oder einem Schiedsrichter unterwerfen? — Dadurch wird seine ganze Existenz als Oberherr zerstört. Unabhängigkeit — höchste Instanz — das ist das wahre eigenthümliche Wesen des Regenten, das Ihr sogleich zerstört, sobald Ihr ihn einer höhern Gewalt unterordnet.“

Keineswegs. Der Regent behält alle seine Rechte und sein ganzes Wesen, wenn auch eine Person oder ein Collegium vorhanden ist, das in einem Streite zwischen ihm und seinen Unterthanen entscheidet. Erinnern wir uns nur des oben aufgestellten Begriffs, von einem Oberherrn, nach welchem derjenige diesen Namen führt,

der die absolute Gewalt hat, die Mittel zum Staatszweck zu wählen und auszuführen. Dieser Begriff, der nicht willkürlich angenommen, sondern aus der Natur der Sache hergeleitet wurde, schließt zwar einen jeden Höhern, *als Oberherrn*, aber nicht schlechthin jeden *Höhern* aus. Es kann keiner dem Oberherrn übergeordnet seyn, der dieselbe Gewalt hat, den Staat unmittelbar zu seinem Zwecke zu führen: aber es kann wohl einen Höhern geben, der in *dem* Falle ein absolutgültiges Urtheil hat, wenn keine Regierung rechtlicher Weise mehr vorhanden ist. Und dieses Letzte gilt von der Person, welche das Recht hat, im Fall eines Rechtsstreits zwischen Regent und Unterthan zu entscheiden. Sie ist zwar höher, als der Oberherr, weil sie über die Rechte desselben ein entscheidendes Urtheil hat, allein sie selbst ist nicht Oberherr, weil sie gar nichts über Regie-

rung selbst, sondern nur über die von dem Unterwerfungsvertrag bestimmten *Grenzen* der Regierung zu entscheiden hat. — Hat noch jemand die Ephoren von Sparta, als sie noch nicht die oberherrliche Gewalt selbst an sich gerissen hatten, sondern nur die Aufsicht über die Geronten und Könige führten, Sparta's Oberherrn genannt? Oder, um unzweideutigere Beispiele zu geben, hat *Peter IV.* von Spanien, dadurch aufgehört Oberherr zu seyn, daß der *Justitia* zum constitutionsmäßigen Richter über die Streitigkeiten des Königs mit seinen Ständen ernannt wurde? *) sind unsre deutschen Landesherren, denen der westphälische Friedensschluß ausdrücklich die Oberherrlichkeit bestätigt, darum nicht Oberherrn ihrer Länder, weil sie den höch-

*) S. *Spittlers* Entwurf der Geschichte der Europäischen Staaten. 1. Thl. S. 20 u. 21.

sten Gerichten des Reichs untergeordnet sind, und in Sachen, welche ihre Kammer betreffen, ihre eignen Gerichte in erste Instanz anerkennen müssen? — Der Höhere, der hier über dem Regenten steht, ist nichts weniger, als Regent. Denn er hat kein Regierungsrecht in unmittelbarer Beziehung auf den Zweck des Staats in seinen Händen. Er ist nicht da um den Willen der Unterthanen zum Gesellschaftszweck zu leiten und das Wohl des Staats durch Wahl und Ausführung tauglicher Mittel zu befördern. Dieses Recht und diese Pflicht gehören eigenthümlich dem Oberherrn zu, dem sich die Unterthanen durch ihren Vertrag unmittelbar unterworfen haben. Zwar befördert ein solcher Justitia den Zweck des Staats, aber nur mittelbar und zufälliger Weise, indem er gefahrvolle Streitigkeiten über die Grenzen der Regierungsrechte durch seine ihm an-

vertraute Gewalt zu Boden schlägt. Und durch diesen Beytrag zur Beförderung des Staatszwecks wird er eben so wenig Oberherr, als der Unterthan, der eine Verschwörung entdeckt, oder eine auswärtige Macht, die den Oberherrn mit Geld oder Truppen unterstützt.

Es löst sich also der Widerspruch, den man zwischen einem solchen Richter und dem Oberherrn zu sehen glaubt, zur vollkommensten Harmonie auf. Nur dann stehen mehrere Höhere im Staate mit einander im Widerspruch, wenn diese Höhere ihrer Natur nach Oberherrn seyn sollen, mögen sie übrigens einander coordinirt oder subordinirt seyn. Denn haben mehrere *unabhängig von einander* und im Verhältnisse der Gleichheit (mit hin nicht als *Coimperantes*) die Rechte der Regierung so kann ja wegen dem möglichen Widerspruch mehrerer verschiedener Willen, kein organisir-

render Wille, mithin auch, weil dies zum Wesen des Oberherrn gehört, kein Oberherr vorhanden seyn. Stehen aber zwei oder mehrere, mit allen Regierungsrechten begabte, zu einander in dem Verhältnisse der Subordination, so hebt auch hier die Existenz des Einen die Existenz des Andern auf. Der Untergeordnete hebt die Existenz des Übergeordneten auf, weil ihm als Oberherrn die höchste Gewalt, als organisirender mithin als höchster Wille zustehen muß: der Übergeordnete die Existenz des Untergeordneten, aus demselben Grunde. Es ist also entweder keiner der Oberherr, oder der muß es seyn, welcher dem andern übergeordnet ist.

Wenn wir denn aber auch zugeben wollten, (was wir freilich nach unsern Gründen nicht dürfen) daß der Oberherr keinem höhern Richter in Rücksicht der durch den Unterwerfungsvertrag begründeten Rechte und Verbindlich-

keiten sich und seine Unterthanen unterwerfen könne; warum könnten Regent und Volk nicht auf einen dritten als *Schiedsrichter* compromittiren? — Ich finde hierin nichts widerrechtliches und nichts widersprechendes. Oder sollte das, was man gewöhnlich dagegen vorzubringen pflegt, widerlegen und überzeugen können? Man sagt nämlich: wenn nun Volk und Regent sich bey dem Ausspruch des Schiedsrichters nicht beruhigen wollten und durch denselben sich verletzt glaubten; so müsste ja wieder eine höhere Instanz vorhanden seyn, und über dieser wieder eine höhere und so ins Unendliche fort. Allein wenn man nur weiß, was man in einer Rechtswissenschaft zu fragen und zu beantworten hat, so kann es mit Auflösung dieses, wie es scheint, Gordischen Knotens, gar keine Schwierigkeit haben. Es ist ja nur davon die Rede: ob Regent und Volk das

Recht haben sich bei dem Ausspruch eines Schiedsrichters nicht zu beruhigen; nicht aber ob sie es nicht *können*. Dafs sie aber dazu nicht berechtigt sind, das wird doch wohl keines weitläufigen Beweises bedürfen? Bei der Ernennung eines Schiedsrichters sind zwei Verträge vorhanden, der eine zwischen den streitenden Partheien (*compromissum*;) durch welchen sie sich verbindlich machen, das was der Dritte für Recht erkennt, auch für Recht gelten zu lassen; der andere zwischen den streitenden Partheien und dem Schiedsrichter (*receptum*,) durch welchen jene diesem sich unterwerfen, und dieser ihnen verspricht über ihre Sache zu entscheiden. Auf jeden Fall müssen sich daher die Streitenden bei dem Ausspruch eines Obmanns beruhigen: denn sie haben sich dies wechselseitig versprochen und keiner kann seine alten Ansprüche geltend machen, ohne dafs er seinen Ver-

trag verletze. Sie können sich einander nicht die Einrede entgegensetzen, daß sie durch den Spruch verletzt worden seyen. Durch den Schiedsrichter kann keiner Parthei unrecht geschehen, weil sich jeder Theil in dem Compromiß seines Rechts auf den Fall begiebt, wenn es ihm von dem Schiedsrichter abgesprochen werden sollte. Beide Theile begeben sich daher gänzlich des Rechts, über ihre streitigen Rechte ein praktisch gültiges Urtheil zu fällen und bestimmen durch Übereinkunft den Mund des Schiedsrichters als den einzig rechtsgültigen Entscheidungsgrund ihres Rechts. *Volenti non fit injuria.* — Haben Volk und Regent wegen eines zweifelhaften Rechts compromittirt, so ist, sobald der Ausspruch geschehen ist, das Recht gewiß geworden. Verweigert das Volk die Unterwerfung, so hat der Regent Recht es zu zwingen: verweigert

sie der Regent, so hat das Volk dieses Recht. Über den Schiedsrichter hinaus geht keine Appellation.

Vielleicht wirft man mir die Frage auf: *woher* denn dieser Schiedsrichter genommen werden solle? — Ich antworte, von *woher* es die Partheien wollen, aus dem Volck selbst, oder an einem andern Staat. *Uti pactum, ita jus.*

Ich wende mich nun zu dem letzten Haupteinwurfe der Gegner, den ich zwar, weil ich musste, schon hin und wieder berührt habe, der aber doch, weil er Haupteinwurf ist, einer besondern Erwägung bedarf. Sie behaupten, daß sich die *Maxime*, welche einem Widerstand gegen den Regenten zum Grunde liegt, nie als allgemeine *Maxime* aller Bürger denken lasse; indem durch sie die Existenz des Staats selbst aufgehoben würde. Wenn die Gegner unter der *Maxime*

dem Oberherrn sich zu widersetzen, die Maxime verstehen, sich dem Regenten nach bloßem *Gutdünken* zu widersetzen, dann sind wir vollkommen einig. Denn diese unsinnige Maxime ist nicht die unsrige und *kann* nie die unsrige werden. Wir behaupten ja nicht, daß es dem Volck erlaubt sey, sich überall wenn ihm der Ungehorsam zuträglicher dünkt, als der Gehorsam, dem Regenten zu widersetzen; wir behaupten ausdrücklich, daß dieß den Grundverträgen des bürgerlichen Vereins widerspreche und mit einem solchen Recht gar kein Recht im Staat bestehen könne. Unsere Meinung geht nur dahin, daß das Volck in dem Falle zum Widerstand berechtigt sey, wenn der Regent den Zweck des Staats zernichtet, oder sonst eine That begeht, durch welche er die Grenzen seiner ihm übertragenen Gewalt überschreitet. Und sollte

die Maxime, welche sich auf *diese* Behauptung stützt, wohl mit der Existenz des Staats im Widerspruche stehn? Ich glaube, daß sie treu befolgt, nicht nur den Staat nicht aufhebt, sondern ihn sogar erhalten und in seinen Grundsäulen befestigen muß. — Denn das Volck, wenn es dem Regenten sich widersetzt, der den Zweck des Staats verkehren oder zernichten will, — was thut es anders, als daß es eben den *Staat* zu erhalten sucht? — Nichts als der *Zweck* ist es, in dem und durch welchen eine Gesellschaft ihr Daseyn und ihre Dauer hat. So lange ihr Zweck vorhanden ist, so lange ist sie vorhanden; sie selbst wird zernichtet, sobald ihr Zweck zernichtet wird. So auch der Staat. Sein Daseyn ruht auf seinem Zweck, auf der wechselseitigen Freiheit aller, die der Grund der Vereinigung und des Gehorsams gegen die Gesetze ist. Wird

also dieser Zweck für immer aufgehoben, so wird auch sie für immer aufgehoben; und wird er nur durch einzelne Regierungsakte verletzt oder verkehrt, so ist sie in Beziehung auf diese einzelnen Regierungsakte aufgehoben. Widersetzt sich daher das Volk den unrechtmäßigen Annahmsungen des Regenten, so ist es weit entfernt den Staat zu zerstören: es erhält ihn, indem es den Zweck erhält, durch den allein die Gesellschaft als Staat vorhanden ist. — Die allgemeine Maxime einem *ungerechten* Regenten zu widerstehen, ist also (aus dem *rechtlichen* Gesichtspunkte betrachtet) keine feindselige, Staat und bürgerlichen Verein zerstörende — mithin keine sich selbst zerstörende Maxime. Sie muß vielmehr eine gerechte, wohlthätige und mit dem Princip des Bürgerthums vollkommen übereinstimmende Maxime genannt werden. Denn wäre

sie die Maxime jedes Bürgers, so würden keine Ungerechtigkeiten von Seiten des Regenten begangen werden können und es würde mithin nie der Fall eintreten, wo Staat und Bürgerthum als nicht vorhanden und zerstört betrachtet werden muß. Der Staat würde stets in seiner Reinheit bestehen; weil alle Bürger ihn in seiner Reinheit behaupten wollten und kein Despot seine Diener, kein Tyrann seine Henker finden würde. Nur darum herrschte ja von jeher die Ungerechtigkeit auf den Thronen, weil es immer Menschen gab, die bereit waren, sie zu ertragen; und weil die Tyrannei gebohrne Sklaven fand, die ihren Arm reichten ihr zu dienen, und ihren Nacken, ihr zu gehorchen.

Bei allen dem, kann man mir noch einwenden, vermag diese Maxime nicht als allgemeine Maxime ohne Widerspruch gedacht zu werden. Denn 1)

da das was in *concreto* Rechtens ist, oft in so großer Ungewisheit schwebt und ein einstimmiges Urtheil hierüber unter allen Köpfen nie zu erwarten ist, so könnte der Regent keinen Augenblick seiner rechtmässigen Gewalt versichert seyn, und der *Verstand* der Unterthanen müste, Trotz der Reinheit ihrer bürgerlichen Gesinnungen, dem ganzen Bürgerverein ein nahes Grab bereiten. — Und wie in aller Welt könnte daher ein Mensch, ohne wahn-sinnig zu seyn und sich in den lächerlichsten Widerspruch mit sich selbst zu setzen, unter einer solchen Voraussetzung einen Thron besteigen wollen? 2) Aus eben dieser Verschiedenheit der Rechtsurtheile der Menschen, fließt noch die Folge, daß nie das ganze Volck insurgiren wird, mithin ein Bürgerkrieg entstehen muß, der schon in seinem Begriff die Auflösung des Staats enthält. Da nun aber der

Staat heilig und der Bürger zu Erhaltung desselben durch seinen Vertrag verpflichtet ist, so kann unter keiner Bedingung eine Berechtigung zur Insurrection vorhanden seyn, und eine ihn enthaltende Maxime muß daher bloß als Maxime des Eigenwillens, die zur Allgemeingültigkeit untauglich ist, verdammt und verworfen werden.

Was den ersten Einwurf betrifft, so antworte ich folgender Gestalt.

1) Aus der Ungewissheit des Rechts folgt weiter nichts, als daß es sehr gut sey, wenn Volk und Regent sich einen Iustitia wählen, oder auf einen Schiedsrichter compromittiren. Denn durch diese Instanzen wird der Rechtsungewissheit abgeholfen und der Regent hat nun gar nicht mehr zu besorgen, daß er unrechtmäßiger Weise bald von dem, und bald von jenem seiner Bürger *ex opinione justi* angefallen werde. Mag ihr Urtheil noch so verschie-

den seyn — ihr Zwangsrecht wird unter jenen Voraussetzungen nur dann erst existent, wenn es ihnen nach Form Rechts zugesprochen worden ist.

2) Wenn das (aus andern Gründen erwiesene) Recht des Volks bloß darum seine Anwendung verlieren sollte, weil es in der Anwendung der Gefahr des Mißbrauchs unterworfen ist, so würde gar kein Recht ausgeübt werden dürfen — oder besser es würde nirgends in der Welt ein Recht *vorhanden* seyn. Wir müßten es daher auch dem Regenten verbieten, überhaupt zu regieren. Denn er kann ja in seinem Rechte irren und bald dem, bald jenem Bürger, bald in dieser, bald in jener Sache, unrecht thun. Er möchte immer die Hoheitsrechte behalten; aber sie auszuüben, — zu diesem gefahrvollen Recht würde er nie berechtigt seyn.

3) Wenn der Gegner fragt: wie kann ein Mensch unter solchen Voraus-

setzungen einen Thron besteigen wollen?“ So nehme ich den Grund aus dem er fragt an, und frage ihn: wie kann ein Mensch wegen der Ungewissheit und dem möglichen Mißbrauch der Rechte die andere gegen ihn haben, wenn er bei gesundem Verstande ist, ein Mensch seyn wollen? — Zu dieser Frage habe ich eben so gut ein Recht, als er zu der seinigen.

Was den zweiten Einwurf betrifft, so gebe ich gerne zu, daß wohl immer der insurgirenden Parthei eine andere entgegenstehen wird, und hieraus leicht ein Bürgerkrieg entstehen könne. Allein

1) zufällige Folgen, die aus dem rechtmässigen Gebrauch meines Rechts vielleicht entspringen mögen, heben mein Recht nicht auf. Ich übe die Gewalt, die die Gerechtigkeit mir giebt, und für das übrige laß ich Natur und Gottheit sorgen.

2) Verpflichtet seyn, dem den Gesellschaftszweck verletzenden Regenten nicht zu widerstehen, weil wir verpflichtet sind, den Staat zu erhalten, heisst nichts anders, *als verpflichtet seyn zu leiden, dass kein Staat existire, damit er existire.* — Oder giebt's einen Staat ohne einen Zweck des Staats?

Neuntes Kapitel.

Der Regent in so fern er blosser Privatperson ist, und als solche die Rechte der Unterthanen kränkt, kann mit Recht gezwungen werden.

Bisher wurde bewiesen, dass dem Unterthan ein Zwangsrecht gegen den Regenten zustehe, welcher den Unterwerfungsvertrag (von dem wir bis

jetzt noch nicht wissen, wie eine Verletzung, oder Ueberschreitung desselben von Seiten des Oberherrn gedacht werden könne) verletzt oder überschritten habe. Wir dachten uns also den Regenten als eine Person, die solche Handlungen unternimmt, welche zwar ihrer *Form* nach Regierungshandlungen, aber ihrem *Inhalte* nach, Privathandlungen sind. Demnach war in dieser Hinsicht uns der Regent zur Hälfte öffentliche, zur Hälfte Privatperson: jenes wegen der Form der Handlungen, dieses wegen dem Inhalt derselben. — Nun wollen wir uns aber den Regenten als *blofse* Privatperson denken. In so ferne müssen also seine Handlungen, in keiner Rücksicht als öffentliche; mithin sowohl der Form, als dem Inhalte nach wie Privathandlungen betrachtet werden *). — Und wann ge-

*) Denselben Unterschied zwischen *relativen* und *absoluten* Privathandlungen

schieht denn das? — Wann die Handlungen in keiner Rücksicht unter den Begriff von Handlungen der höchsten Gewalt überhaupt, mithin auch in keiner Rücksicht unter den Begriff von den vier besondern Formen der Ausübung höchster Gewalt subsumirt werden können. Eine bloße Privathandlung kann also weder ein Akt der oberherrlichen Aufsicht, noch ein Akt der gesetzgebenden, noch ein Akt der richterlichen,

des Regenten macht der gelehrte Eggers in *s. Institut. Iur. Civ. Publici. Deinde civis*, sagt er §. 142. *ab illo, cujus est imperium laesus intelligitur per ejusmodi actus, qui ab eo, non ut imperante, sed homine proficiscuntur. Quod quidem duplici ratione fieri potest, prout scilicet laesio ab imperante ita perpetratur, ut imperans et individuus homo aliquo modo conjuncti aut minus conjuncti videantur.* — Nur so kann wenigstens ich diesen §. verstehen.

noch ein Akt der ausübenden Gewalt des Regenten seyn. Ist sie dies, obgleich ungerecht, so gehört sie nicht zu den *absoluten*, sondern zu den *relativen* Privathandlungen des Regenten.

Der Regent, in so ferne er hier Gegenstand der Betrachtung ist, wäre also die mit der höchsten Gewalt bekleidete Person, in wie ferne sie freie Ursache solcher absoluten Privathandlungen ist.

Mit der Bestimmung dieses Begriffs könnte nun wohl die ganze gegenwärtige Untersuchung geschlossen werden. Denn was den Beweis betrifft, daß der Regent, der in der Eigenschaft einer bloßen Privatperson einen seiner Unterthanen beleidigt, dem rechtlichen Zwange des Beleidigten unterworfen sey; so darf ich mich nur auf meine vorhergehenden Untersuchungen berufen. Auf ihnen allein ruht die gegenwärtige Behauptung; und mit ihnen

mufs sie fallen. Denn derselbe Hauptgrund, der das Recht zum Ungehorsam und rechtlichem Widerstande gegen einen Regenten begründet, welcher dem Unterwerfungsvertrag zuwider handelt; derselbe Hauptgrund, begründet auch den rechtlichen Zwang der Bürger gegen den Regenten, der die Bürger beleidigt, und in dem Akt der Verletzung in *keiner Rücksicht* als öffentliche Person betrachtet werden kann.

Wir wollen aber, nicht etwa, um alle Fälle eines in dieser Rücksicht eintretenden Zwangsrechts der Unterthanen zu erschöpfen, sondern blos um die Fruchtbarkeit unsers Begriffs, von einem als blofse Privatperson betrachteten Regenten zu zeigen, uns auf einige Beispiele verbreiten. — Eine vollständige Aufzählung derselben, ist unmöglich; allein auch unnöthig, weil wir jede vorkommende Handlung nur mit unserm an sich klaren Begriff verglei-

chen dürfen, um sie als öffentliche oder nicht öffentliche Handlung zu erkennen.

Jede Handlung, die aus *Privatrechten* entspringt, oder auf dieselben sich bezieht, ist auch eine Privathandlung. Dies ist unmittelbar gewiss; denn Privatrechte sind solche, die nicht Rechte der höchsten Gewalt sind, wenn sie gleich der Person zukommen, welche sich im Besitz der höchsten Gewalt befindet. Denn sie hat die Privatrechte, nicht in so ferne sie Besitzerin der höchsten Gewalt ist, sondern in so ferne sie Mensch oder sonst etwas anders ist. Diese Rechte werden ihr also nicht durch den Vertrag der Unterwerfung übertragen, weil dieser nur Rechte der höchsten Gewalt überträgt; sondern sie empfängt dieselben aus einer ganz andern Quelle, entweder ursprünglich aus der bloßen Ver-

nunft, oder aus einem besondern Akt der Erwerbung, welcher durch die ursprünglichen Rechte des Menschen rechtlich begründet ist. — In Beziehung auf den Besitz von *Privatrechten* steht also der Regent mit seinen *Unterthanen* in gleichen Rechtsverhältnissen und unter denselben rechtlichen Bestimmungen, wie sie. Er kann also jene Rechte nur nach denselben Gründen rechtlich erwerben, nach welchen sie die Unterthanen erwerben können; kann sie nur unter denselben Bedingungen, Einschränkungen und rechtlichen Folgen ausüben, unter welchen sie die Unterthanen ausüben können.

Wenn nun der Regent Eigenthum besitzt — darf er dieses über die Grenzen der wechselseitigen Freiheit, ausdehnen, ohne daß die hiedurch in ihren Rechten gekränkten Unterthanen

zum Widerstand berechtigt wären? *) darf er unwiderstehbar seine Heerden auf die Weiden seiner Unterthanen führen? ihnen ihre Brunnen abgraben? ihnen ihre Aecker zum Vortheil der seinigen verderben? — Eigenthums-ist Privatrecht. Ihm kann widerstanden werden.

Der Regent will sich Eigenthum von seinen Unterthanen erwerben. — Er muß es sich also schenken lassen, oder kaufen, oder auf eine andere rechtsgültige Erwerbungsart an sich

*) Ich bin weit davon entfernt, dies in Beziehung auf die Staaten meines Vaterlandes sagen zu wollen. Hier findet von allem dem, was ich hier sage und oben gesagt habe, auch nicht die geringste Anwendung. Unsere Verfassung weist dem Unterthan Gerichte an, vor denen er Gerechtigkeit fordern und erhalten kann. Ich spreche bloß aus naturrechtlichen Principien von dem Regenten des *allgemeinen Staatsrechts*.

bringen. Will er es mit Gewalt nehmen, so kann ihm widerstanden werden; hat er sich der Sache mit Gewalt bemächtigt, so kann sie ihm mit Gewalt wiedergenommen werden; will er nicht bezahlen, wenn er gekauft hat, so kann er zur Bezahlung gezwungen werden. — Hier ist kein Hochverrath oder Verbrechen beleidigter Majestät. Denn hier ist kein Regent, sondern eine bloße Privatperson; keine Ausübung eines öffentlichen Rechts, sondern Ausübung eines Privat- und Menschenrechts. — — „Falsch! Allerdings ist hier ein öffentliches Recht, „Ausübung einer Befugniß höchster „Gewalt vorhanden! Giebt es kein *Staats-Ober-Eigenthum*?“ — so ruft vielleicht Mancher mir entgegen, und zeigt auf gelehrte Köpfe, die es unwiderleglich bewiesen haben, daß der Staat oder der Regent der wahre Eigenthümer aller sich im Staatsgebiet

befindenden Güter ist; — so wie es die weiland Pharaonen in Aegypten durch die Schalkheit des übertreuen Joseph geworden sind. *) Aber hat es nicht sogleich den Anschein, als wenn dieses beliebte *Staats - Ober - Eigenthum* aus einem orientalischen *Serail* in jene Köpfe sich verloren hätte? Denn in der That, es giebt kein Princip aus dem die Gerechtigkeit aller nur möglichen Ungerechtigkeiten so schnurgerade deducirt werden könn-

*) In vielen orientalischen Staaten ist noch heutiges Tags das Landeigenthum den Unterthanen bloß vergünstigungsweise überlassen. So war es auch in den ältern Zeiten. Nach *Strabo* und *Diodor von Sic.* waren die Monarchen von Indien die einzigen Eigenthümer des Landes, das sie nach Miethsrecht den Ryots überliefsen. Daraus leiten auch jene Schriftsteller die Landtaxe her, welche die indischen Fürsten von ihren Unterthanen zogen.

te, als aus diesem herrlichen Staats-Ober-Eigenthum. — Denn ist der Staat der wahre Eigenthümer des Vermögens im Gebiet des Staats, so folgt ja, daß das (Schein-) Eigenthum der Unterthanen nichts weiter ist, als eine Gnade, eine Vergünstigung des Staats, ein *precarium*; das ganz nach Lust und Belieben beschränkt, geraubt und zerstört werden kann. Die Privat-Eigenthümer sind denn nichts weniger als Eigenthümer; sie sind bloße Wirthe, bloße Besitzer von Laß-Gütern — und man zürne doch ja nicht mehr dem verkannten Nero, der sein Rom an allen vier Enden anzünden ließ, um doch einmal eine brennende Stadt zu sehen *), oder dem Befehls-

*) Es scheint mit Recht, als wenn Nero wegen dieser That noch gerechtfertigt werden könne. Er ließ nemlich, wie uns Sueton und Tacitus erzählen, die Stadt von neuem und viel prächtiger

haber von Gott geordnet, *Hakem-Banr-Ellah* in Aegypten, der Cairo in Brand steckte, um sich die lange Weile zu vertreiben; oder dem *πυλόν αίματι πεφουραμένον*, dem *Muley Ismael* von Marocco. Dieser Herr, der 30000 seiner Unterthanen die unverdiente Ehre erwies, sie mit eignen Händen abzuschlachten, erblickte einmal einen seiner Unterthanen, der eine Heerde Schaaf von der Weide trieb. „Wem gehört das Vieh?“ donnerte der Kaiser. „Sie sind mein, o Ismael, antwortete der Mann und fiel anbetend zur Erde. — Dein? du Bösewicht, dein? — bin ich nicht der einzige Eigenthümer in meinem Lande?“ Hier- auf durchbohrte er ihn und vertheilte

wieder aufbauen; woraus sich mit nicht geringer Wahrscheinlichkeit ergibt, daß das Anzünden der Stadt nur ein Nebenzweck dieses blutigen Tyrannen gewesen sey.

die Heerde unter seine Trabanten. — —
 Aber zum Trotz der Nerone, Hakem's
 und Ismaels, findet sich in dem Begriff
 des Staats, in der Natur der höchsten
 Gewalt, in dem bürgerlichen- und Un-
 terwerfungs - Vertrag auch nicht ein
 sterbendes Wörtchen für ein Staats-
 Ober - Eigenthum. Nur in so ferne
 ließe sich etwas von diesem Eigenthum
 (freilich in sehr uneigentlichem Sinne
 dieses Wortes) sprechen, als alle Gü-
 ter des Staats auch dem Staat unter-
 worfen und die Privat - Eigenthümer
 Glieder (Theile) des Staats sind. Mehr
 können wir nicht sagen, und die Grün-
 de die uns mehr zu sagen berechtigen
 sollen, sind offenbar falsch und beru-
 hen auf Mißverständnissen und Ver-
 wechslungen wesentlich verschiedener
 Begriffe. *)

*) *Hobbes* ist, so viel ich weiß, der wich-
 tigste ältere Rechtslehrer, der den Re-
 genten zum Eigenthümer an den Gütern

Eben die Gewalt, welche dem Regenten gewisse Rechtslehrer über das Eigenthum gestatten, eben diese gestatten ihm die Politiker über seine *Versprechungen* und *Verträge*. Diese brauchen von ihm eben nicht so unverbrüchlich gehalten zu werden, behauptet *Machiavell*, und giebt hiebei den Hirten der Völker eine Lehre, der

der Unterthanen macht. Er zählt die entgegenstehende Behauptung zu den *seditionis opinionibus*. — *Dominium*, sagt er *de Cive* C. XII. §. 7., *et proprietas tua, tanta est et tamdiu durat, quanta et quam diu ipse (imperans) vult. Sicut in familia filiorum singulorum propria sunt bona, quae et quamdiu vult pater*. Das Eigenthum der Unterthanen ist also ein *peculium profectitium*! — Unter den Neuern hat vorzüglich *Fischer* das StOE. in Schutz genommen, in mehrern Schriften. Gründlich widerlegt ist diese Behauptung von *Posse* über Staats - Ober-Eigenthum u. s. w. — S. auch *Hufeland* Lehrs. des N. R. §. 491. — 7. u. a.

sie auch von jeher treulich Folge geleistet haben. „Der Fürst muß sich geschickt in das Wesen der Thiere zu kleiden wissen und bald die Sitten des Fuchses, bald die des Löwen annehmen. Denn der Löwe ist nicht vor den Schlingen; der Fuchs nicht vor den Wölfen sicher. Um daher den Schlingen auszuweichen muß er ein Fuchs seyn, und um die Wölfe in Furcht zu jagen, ein Löwe. Die nur in des Löwen Fußstapfen treten, die verstehen das Handwerk nicht. — Der weise Fürst muß sich daher über die Versprechungen hinaussetzen, die seinem Vortheil entgegen sind. Freilich, wären die Menschen alle rechtschaffen, dann wäre die Vorschrift verwerflich. Da sie aber lasterhaft sind, und dir nicht Wort halten, warum es ihnen halten?“ *) Nützlich und politisch mag allerdings diese Maxime seyn;

*) *de Principe* Cap. XVIII. §. 3. et 4.

aber mit Abscheu wird sie von der Gerechtigkeit verworfen. Der Regent ist so fest an seine Versprechungen gebunden, wie ein jeder in seinem Staat; und bei Verletzung derselben, so gewiß einem gerechten Zwange unterworfen, wie jede andere Privatperson. Das Versprechen sey gegen Auswärtige oder sey gegen Unterthanen gerichtet — es ist eins und dasselbe. Denn ein pacificirender Regent ist Privatperson; das Recht Verträge zu schliessen, ein Privatrecht; der Akt des Vertragschliessens eine Privathandlung; alle durch einen Vertrag begründete Rechte, Privatrechte. Hier ist also keine höchste Gewalt, vor der sich der Unterthan zu beugen hätte; sondern hier ist ein Regent, der vom Thron herabgestiegen und seinen Bürgern einer ihres Gleichen geworden ist. Die Hugenotten Frankreichs, die gegen die Schlange *Katharina von Medicis* für Rechte kämpften,

die ihnen die feierlichsten Versprechen zugesichert hatten; die Schweden, welche sich der Herrschaft eines *Christiern* entzogen, der nach dem Versprechen vollkommener Amnestie, die Edelsten der Nation im Stockholmer Blutbade abschlachten liefs; die Niederländer, die gegen einen *Philipp* stritten, der ihnen die heiligsten Rechte gekränkt, die heiligsten Versicherungen gebrochen hatte — diese waren keine Rebellen, keine Beleidiger der Majestät und der höchsten Gewalt. Sie waren ein beleidigtes und gekränktes Volk, das auf dem verheerenden Wege der Gewalt die Gerechtigkeit suchte, die es auf dem Weg der Güte nicht erhalten konnte.

Aber ich will mich hiebei nicht länger verweilen, da die Sache keiner Erörterung bedarf. — Wie auch andere Privathandlungen des Regenten, die nicht in Privatrechten gegründet sind, gedacht werden können, das braucht

wohl auch nicht gezeigt und erklärt zu werden. — Erfahrung und Geschichte bieten uns unendliche Fälle dar. Man denke nur, um wenigstens einige Beispiele anzuführen, an die Ohrfeige, die *Essex* von der Hand der Königin *Elisabeth* empfing; oder an das Betragen *Peters des Großen* von Rußland in einem der Preussischen Staaten. Er verwunderte sich gar sehr, über den Diener der Gerechtigkeit, den man in der Kunstsprache, Galgen zu nennen pflegt. Man demonstirte ihm die nützliche Wirksamkeit dieser Maschine. Aber bei allen dem wünschte er doch gern eine anschauende Erkenntnis davon durch ein Experiment zu erlangen. Es wurde ihm versichert, daß gerade jetzt kein Candidat vorhanden sey. — Was braucht's das? — Man nehme da einen von meinen Leuten, damit ich sehe!“ Seine Neugierde gab sich nur dann erst zufrieden, als man

ihm ernstlich versicherte, daß in diesem Lande nur Verbrecher gehangen würden. — *Exempla sunt odiosa.*

Zehntes Kapitel.

Einige argumenta nat' αυθωπων gegen die Unwiderstehlichkeit des Regenten.

Damit ich für mein in Schutz genommenes Zwangsrecht der Unterthanen alles sage, was mit Fug und Recht dafür gesagt werden kann; will ich hier, als an dem schicklichsten Orte, noch einige Argumente die man nat' αυθωπων zu nennen pflegt, auf die volle Wagschaale legen.

Das erste ist folgendes. In vielen Staaten kann der Regent nur unter der Bedingung den Thron besteigen, wenn er vorher gewisse Artikel, welche die Constitution des Staats betreffen, beschworen und zu halten versprochen hat. *) — Gibt es wohl etwas lächerlicheres, als eine solche Bemühung

*) Selbst der türkische Sultan muß, wenn er mit dem Säbel umgürtet wird (dies ist die türkische Krönung) seinen Janitscharen und Großen schwören: ihre Vorrechte zu erhalten und — *gerecht zu regieren.* S. *Mosers Beyträge zum Völkerrecht.* Th. I. Bd. II. §. 13. — Ausser dem ausdrücklichen Versprechen haben noch die meisten Völker eine symbolische Handlung, durch welche sie die notwendige Abhängigkeit des Regentenwillens von dem allgemeinen Willen ihrem künftigen Fürsten zu erkennen geben. Er muß sich von ihnen die Krone *aufsetzen lassen.* — In Russland, wo der Zaar alles darf, *krönt er sich selbst.*

des Volks seine Rechte zu sichern, wenn der Oberherr zu Leistung seines Versprechens nicht gezwungen werden darf? — Warum läßt es sich erst eine heilige Versicherung geben, sobald es eben so gut ist, wenn es sich dieselbe nicht geben läßt? — Will es etwa dem Regenten eine vollkommene Verbindlichkeit auferlegen? Das kann es nicht. Das kräftigste Versprechen ist nicht von dieser Kraft. Will es ihm nur eine unvollkommene auferlegen? — Nun! die hatte ja der Regent auch ohne das Versprechen und das Volk hätte sich seine Mühe ersparen können.

Zweitens. Einige Völker vorbehielten sich *ausdrücklich* das Recht, ihren Regenten zu zwingen, wenn er die Constitution oder andre Rechte des Volks verletzen würde. Diese thaten denn etwas eben so überflüssiges, wenn die Theorie von der oberherrli-

chen Unwiderstehlichkeit gegründet ist. Der Regent darf nur das vorbehaltene Recht für nicht vorbehalten erklären, und dieser Erklärung gemäß sich betragen. Jeder Unterthan muß schweigen und gehorchen.

Drittens. Ich glaube, daß der gemeine Verstand sich vollkommen für unsere Parthei erklärt. Ich sage der *gemeine Verstand*, und nicht: die *Eigenliebe*. Diese versteckt sich oft hinter die Wahrheit und hält das für sehr vernünftig, was *ihrem Eigensinne* schmeichelt. Hier aber dürften wohl hinlängliche Kennzeichen vorhanden seyn, daß der Beyfall welchen unser Gefühl jenen Aussprüchen der Vernunft giebt, nicht ein Beyfall der *Eigenliebe*, sondern ein Beyfall unsres Sinnes für Recht und Unrecht — des gesunden Menschenverstandes sey. Ob *Tarquin* im Rom mit Glück tyrannisire, oder durch die Freyheit seines Throns beraubt

werde, das hat auf unsern Vorthail oder Schaden auch nicht den geringsten Einfluß. Und dennoch freuen wir uns seines Falles und huldigen mit Ehrfurcht einem *Brutus*, der sein Vaterland errettet und ihm die lang-ersehnte Freiheit schenkt. — *Hume* könnte also wohl recht haben, wenn er sagt: *) „Diejenigen, welche die Waffen gegen einen *Dionysius*, oder *Nero* oder *Philipp den zweiten* ergriffen, haben den Beyfall eines jeden, der ihre Geschichte lieset auf ihrer Seite; und nichts als die schrecklichste Verderbnis des gesunden Menschenverstandes kann uns verleiten, sie zu verdammen. Es ist also gewiß, daß sich in allen unsern moralischen Begriffen, die absurde Vorstellung eines leidenden Gehorsams nirgends findet, sondern daß es uns nach denselben

*) *Hume* über die menschliche Natur, übers. von *Jacob*. Band III. S. 121.

sehr wohl verstattet ist, uns heftigen Ausschweifungen der Tyrannei und Unterdrückung zu widersetzen. Die allgemeine Meinung des Menschengeschlechts hat in allen Fällen einiges Gewicht und Ansehen.“ Unsere Gegner wissen auch hierauf zu antworten. Sie zeihen uns eines Irrthums. „Ihr täuscht Euch, sagen sie, wenn Ihr in diesem Beyfall Eures Gefühls, den Beyfall eines gesunden Herzens zu hören glaubt. Es ist nichts weiter, als die sehr gewöhnliche Täuschung, die uns das Recht nach dem glücklichen oder unglücklichen Erfolg beurtheilen läßt. *Brutus* wäre Euch ein Verbrecher und Herzog *Guise* ein Patriot, wenn nicht jenen der Erfolg gekrönt, und diesem in der Ausführung seines Plans der Tod zuvorgekommen wäre.“ — Aber ich frage: wer ist der Mann, der die Parthei eines *Cronwell* ergreifen kann, obgleich dieser seinen

unglücklichen König auf das Schaffot geführt und auf den Trümmern eines Königreichs sich ein eignes gegründet hat? wo ist der Mann, der nicht von Unwillen und Verachtung gegen das römische Volk ergriffen wird, welches die thierische Tyrannenwuth seiner *Nerone* und *Caligula's* mit sklavischer Geduld erträgt und bei dem Morde seiner Verwandten kaum eine Thräne wagt? Wer beklagt nicht den unglücklichen *Wilhelm von Oranien*, der in der Vertheidigung der guten Sache seines Vaterlandes das blutige Opfer eines *Herzogs von Alba* und eines *Philipps des zweiten* wird?

Doch genug! Ich gebe das hier Gesagte nicht als Argumente hin. Es soll nicht beweisen, sondern bekräftigen, und könnte wohl füglich, wie einige Verordnungen der heiligen

Väter, mit: *Palea* *) überschrieben werden.

Eilftes Kapitel.

*Ueber die Art des rechtlichen Zwangs
gegen den Regenten im Allgemeinen.*

Aus den Argumenten, mit welchen ich die absolute Unwiderstehlichkeit des Regenten bestritten, und aus dem, was ich hin und wieder schon ausdrücklich über die Art des Zwangsrechts gegen den Oberherrn behauptet habe; wird es dem aufmerksamen Leser wohl nicht

*) So sind wirklich mehrere Verordnungen des *Corpus Jur. Can.* überschrieben. Die Juristen streiten über die Bedeutung dieses Worts. Die Philosophen sind aber wohl darüber einig.

mehr zweifelhaft seyn können, in wie ferne, nach meiner Theorie die Gewalt der Unterthanen gegen ihren Regenten in Beziehung auf die Art des Zwangs für gerecht oder ungerecht zu halten sey. Allein das Gesetz der Vollständigkeit, und die Furcht von Misverständnissen, welche nirgends mehr gegründet ist, als bei solchen Vorwürfen philosophische Untersuchungen, erinnern mich diesem Gegenstande eine eigne abgesonderte Stelle zu widmen.

Zum Behuf gegenwärtiger Untersuchung müssen wir den Zwang in einen *negativen* und einen *positiven* abtheilen. Jener besteht darin, daß ich mich gegen einen gegenwärtigen noch nicht consummirten widerrechtlichen Angriff auf meine Freiheit durch Gewalt vertheidige; dieser aber darin, daß ich einen Andern zu einer positiven oder negativen Handlung zur Erhaltung oder Wiedererhaltung meiner Freiheit bestimme. Und nun

können wir die obigen Fragen so fassen:
in wie ferne ist positiver, in wie ferne
blos negativer Zwang gegen den Re-
genten erlaubt oder nicht erlaubt?

1) *Gegen den Regenten der durch
eine öffentliche Handlung seine Unter-
thanen beleidigt, ist der positive
Zwang in Beziehung auf den gegen-
wärtigen Akt der Beleidigung durch-
aus unerlaubt, —* Wir unterstellen
also hier einen Regenten, welcher der
Form nach als öffentliche, dem Inhal-
te nach als Privatperson handelt, mit-
hin entweder durch ein ungerechtes
Gesetz, oder einen ungerechten Urtheils-
pruch, oder durch eine andere unge-
rechte Ausübung eines Rechts der höch-
sten Gewalt dem Unterwerfungsvertrag
zuwider sich beträgt. Wir unterstel-
len ferner Unterthanen, die gegen die-
se der Form nach öffentliche, dem In-
halte nach Privathandlung des Regen-
ten unmittelbar durch positiven Zwang

insurgiren , also durch denselben eine Aufhebung des vorigen Regierungsakts zu bewirken suchen. Es ergiebt sich sogleich, dafs diese Art der Widersetzung gegen den rechtmässigen Oberherrn einen strafbaren Eingriff in die Rechte der höchsten Gewalt in sich enthalte; mithin durchaus nicht vertheidigt und gerechtfertigt werden könne. Denn die Aufhebung eines Regirungsakts ist ein öffentliches Geschäft und in dem Umfange der höchsten Gewalt begriffen. Sie kann also nur dem Besitzer der höchsten Gewalt zustehen und darf nicht von dem usurpirt werden, welcher dieser Gewalt unterworfen ist. Dieser Usurpation macht sich aber offenbar das Volck schuldig, das auf die beschriebene Art gegen den Regenten sich erhebt. Denn es ordnet sich den Regenten unter, indem es ihn zwingt, den Regierungsakt zu zer-nichten, da doch der Regent vermöge

seiner Natur in allen Regierungshandlungen niemand untergeordnet ist. — Wenn also auch, um mich eines Beyspiels zu bedienen, der Regent ein Gesetz giebt, welches dem gemeinen Willen durchaus widerstreitet, so ist der Unterthan demungeachtet nicht berechtigt wegen dieses Gesetzes gegen ihn aufzustehen und Zwangsmittel zu gebrauchen, um ihn zu Aufhebung, oder Änderung desselben zu nöthigen. Denn so gewifs es ein Recht der höchsten Gewalt ist, Gesetze zu geben, so gewifs ist es auch ein ausschließliches Recht derselben sie nach eignem, keinem Höhern untergeordneten Willen entweder ganz oder nur zum Theil aufzuheben. Wie mag sich also der Unterthan für berechtigt halten können, dieses Recht, das nur Recht des Regenten ist, an sich zu reißen, einen Akt des Gesetzgeberwillens auszuüben, und sich über den Regenten zu

setzen, wo dieser keinem Andern, ausser seiner eignen Vernunft unterworfen ist? Ein solches Recht des Volks steht mit dem Begriff und den Rechten des Regenten im klärsten Widerspruch und kann aus dieser Ursache nicht einmal in einer Constitutionsakte dem Unterthan vorbehalten worden seyn.

2) *Gegen den Regenten der durch einen öffentlichen Akt den Unterwerfungsvertrag verletzt, ist der Unterthan zum negativen Zwang berechtigt, d. h. der Unterthan darf sich gegen die durch einen solchen Akt begründete widerrechtliche Beschränkung der Freiheit durch Gewalt vertheidigen.* Der Grund dieses Rechts ist durch die vorhergehenden Untersuchungen gezeigt, aus der Natur des Oberherrn, seiner Nichtexistenz im Fall einer Beleidigung und aus der Undenkbarkeit einer Verpflichtung, dem Oberherrn auch in ungerechten Verfügungen zu

gehorschen. Dafs aber diese Art des Zwangsrechts könne behauptet werden, wenn auch die erstere Art desselben geläugnet wird, dies ergibt sich von selbst, wenn wir nur das Wesen des positiven und des negativen Zwangs mit einander vergleichen und den Grund, aus welchem dieser behauptet, jener verworfen wird, mit gehörigem Blick der Aufmerksamkeit betrachten. Der positive Zwang ist ungerecht, weil er nicht geschehen kann, ohne dafs sich der Unterthan selbst zum Regenten macht und diesen in einem Geschäfte der Regierung sich unterwirft; der negative ist gerecht, weil der Unterthan der Ungerechtigkeit nicht zu gehorchen braucht, und weil der Zwang mit dem er sein Recht, nicht zu gehorchen, behauptet, keinen Eingriff in die Rechte der höchsten Gewalt in sich fafst. Denn wenn ich mich gegen das Unrecht des Oberherrn

bloß vertheidige, so thue ich weiter nichts, als daß ich mein Recht beschütze und eine Beleidigung von mir abhalte, ohne mir weiter das Recht anzumafsen, die höchste Gewalt zu einem andern und gerechten Akt ihrer Ausübung zu bestimmen. Ich zwinge also nicht den Regenten etwas zu thun, was er, als Besitzer der höchsten Gewalt bloß aus eigenem, freien und Niemanden untergeordneten Willen zu thun berechtigt ist: ich will kein Geschäft gestützt auf Gewalt ausführen, das, als Geschäft der oberherrlichen Gewalt, nur von dieser, nicht von ihrem Untergebenen, beschlossen und ausgeführt werden kann: ich will nur die widerrechtliche Beschränkung meiner Freiheit, welche durch die ungerechte Ausübung der höchsten Gewalt begründet wird, von mir abhalten, mithin mich des bloßen Rechts des Beleidigten gegen den Beleidiger bedie-

nen. — Ich fürchte Pedant zu werden, wenn ich dieses weiter erörtern wollte. Nur will ich noch eine Folgerung ziehen, die in dem bishergesagten enthalten ist. Sie besteht darin, daß ich behaupte: der Unterthan kann nie ein Recht haben, gegen den Regenten, als Gesetzgeber oder als Richter, wegen eines bestimmten Gesetzes oder Urtheilsspruchs zu insurgiren, sondern er darf nur der ausübenden Gewalt, in so fern er sich dieser zur Vollstreckung seines Gesetzes oder Urtheils bedient, widerstehen. Denn jede Insurrektion unmittelbar gegen das Gesetz oder Urtheil kann nur als positiver Zwang gedacht werden; der, wie gezeigt worden, der Gerechtigkeit widerspricht. Ein Gesetz, das gegen den Unterwerfungsvertrag, ein Urtheilsspruch, der gegen das Gesetz gegeben ist, ist also zwar ungerecht und als Gesetz oder Urtheil nicht vorhanden; al-

lein es begründet doch weiter nichts, als ein Recht, ihm nicht zu gehorchen, oder dessen Herrschaft sich zu entziehen. Nur erst dann kann ich Gewalt brauchen, wenn ich gezwungen werden soll, mich dem Gesez zu unterwerfen, oder dem Urtheil Folge zu leisten. Mein Zwangsrecht ist also *unmittelbar* bloß gegen den Regenten als ausübende Macht, und gegen den Regenten als Richter oder Gesetzgeber nur *mittelbar* gerichtet.

3) *Gegen den Regenten, in so fern er durch eine absolute Privathandlung die Freiheit der Unterthanen beleidigt, ist auch positiver Zwang erlaubt.* — Denn in diesem Fall ist gar kein Grund vorhanden, der uns nöthigen könnte, die allgemeinen Rechte, die dem Beleidigten gegen den Beleidiger zustehen, zu verwerfen oder zu beschränken. Hier nämlich ist der positive Zwang mit keinem Eingriff in die Rechte der

höchsten Gewalt verbunden: und dies aus dem Grunde, weil der Regent, der auf diese Weise Beleidiger ist, nicht einmal der Form nach als Regent gedacht werden kann, und also hier durch den positiven Zwang keine Wirkung hervorgebracht werden soll, deren Bewirkung lediglich in dem Rechte der höchsten Gewalt begriffen ist. — Wenn die Person, welche die oberste Würde im Staate trägt, aus Muthwill meinen Acker verwüstet hat, und ich nun, weill ich keine Genugthuung in Güte erhalten kann, sie mit Gewalt zum Ersatz des Schadens nöthige, ist etwa diese Leistung des Ersatzes, die ich bewirke, eine Handlung, zu welcher blos die höchste Gewalt berechtigt ist? — Ich denke wohl nicht. Es ist die blofse Handlung des Privatmannes. Es ist mithin auch kein Eingriff in die Rechte der oberherrlichen Gewalt, wenn ich den, der sie trägt,

zu dieser Handlung zwingen, zu der er gar nicht als Regent, sondern nur als Privatmann berechtigt und verpflichtet ist.

4) *Der Unterthan darf gegen den Regenten als öffentliche Person in so fern positiven Zwang ausüben, als er ihm zur Sicherung der Freyheit für künftige Fälle, mit Strafen droht, wenn er den Unterwerfungsvertrag verletzen sollte.* Denn jeder hat das Recht Strafen anzudrohen, der Rechte zu erhalten hat, und gegen jeden kann diese Drohung gerichtet werden, der Rechte zu verletzen die Macht und den Willen hat. Auch der Regent ist also der Androhung von Strafen unterworfen, wenn er schon durch Handlungen bewiesen hat, daß er den bösen Willen habe, die Pflichten des Regenten zu übertreten. Den Grund dieses Rechts haben wir schon oben dedu-

cirt, und dafs die Ausübung desselben ohne alle Usurpation der Regierungsrechte gedacht werden könne, dies glaube ich, um nicht durch Wiederholungen zu ermüden, der Vergleichung eines jeden überlassen zu können.

Jena , gedruckt bey Etzdorf u. Comp.

Es ist nicht zu bezweifeln, dass die
eigentliche Ursache der Krankheit
nicht in der Luft, sondern in der
Nahrung zu suchen ist, und dass
die Nahrungsmittel, welche die
Krankheit verursachen, in der
Nahrung zu suchen sind.

Die Ursache der Krankheit ist
nicht in der Luft, sondern in der
Nahrung zu suchen, und dass
die Nahrungsmittel, welche die
Krankheit verursachen, in der
Nahrung zu suchen sind.

Die Ursache der Krankheit ist
nicht in der Luft, sondern in der
Nahrung zu suchen, und dass
die Nahrungsmittel, welche die
Krankheit verursachen, in der
Nahrung zu suchen sind.

Druckfehler

1. Die Anzahl der
2. Die Anzahl der
3. Die Anzahl der
4. Die Anzahl der
5. Die Anzahl der
6. Die Anzahl der
7. Die Anzahl der
8. Die Anzahl der
9. Die Anzahl der
10. Die Anzahl der

Druckfehler.

S. 11. Z. 3. v. u. statt mancherliche lies
mancherlei. S. 25. Z. 9. v. o. st. Dennoch
l. Denn noch. S. 30. Z. 9. v. o. st. denn l.
Denn. S. 45. Z. 7. v. u. st. denn l. Denn.
S. 49. Z. 4. v. u. st. Lehrbegriffe l. Vorbe-
griffe. S. 53. Z. 5. v. o. st. unrechtmässigen
l. rechtmässigen.

1 0. Feb. 1998

Buch
H.
85376 |
Tel.: 0





Feuerbach, Paul Johann Anselm

Anti-Hobbes oder über die Grenzen der höchsten Gewalt und das Zwangsrecht
der Bürger gegen Oberherrn

Bd.: Erstes Bändchen

Erfurt MDCCXCVIII

Ph.pr. 456-1

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10040501-0

VD18 90530071